



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Zukunftsforum Ländliche Entwicklung

Starkes Ehrenamt – für ein gutes Leben auf dem Land

Beim größten Bürgerforum der ländlichen Räume standen praktische Lösungen, Austausch und Vernetzung im Mittelpunkt. Im Rahmen des virtuellen Zukunftsforums Ländliche Entwicklung unter dem Motto „Starkes Ehrenamt – für ein gutes Leben auf dem Land!“ diskutierte das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, wie Herausforderungen bewältigt und als Chance wahrgenommen werden können.

Laut Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir sind Ehrenamtliche „wahre Alltagshelden“. Sie seien nach Feierabend in der Nachbarschaftshilfe aktiv, engagierten sich am Wochenen-

men, Ehrenamt und demokratisches Engagement verlässlich zu unterstützen. Konkret heißt das so wenig Bürokratie wie möglich, leicht zugängliche Fördermöglichkeiten und Planungssicherheit. Engagement für die Gemeinschaft kostet Zeit und Herzblut, aber eben auch Geld. Gerade für finanzschwache Kommunen ist das eine Herausforderung. Um sie gezielt zu stärken, wollen wir mit einem neuen Modellvorhaben im Bundesprogramm Ländliche Entwicklung sehen, welche innovativen Ansätze es gibt und das Wissen teilen.“

Rückenwind für freiwillig Engagierte

Der Bundesminister unterstreicht zudem die Bedeutung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt, deren Stiftungsratsvorsitz er zum 1. Januar für ein Jahr übernommen hat: „Weniger als zwei Jahre nach ihrer Gründung gibt die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt den freiwillig Engagierten schon kräftig Rückenwind. Allein 2021 hat sie mehr

als 2.700 gemeinnützige Projekte im ganzen Land finanziell unterstützt. Als Stiftungsratsvorsitzender will ich noch zusätzlich Schub geben. Wir werden die ländlichen Räume noch stärker in den Fokus rücken. Engagement und Ehrenamt sind unverzichtbar für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und ein starkes Mittel gegen demokratiefeindliche Kräfte.“

Verbundprojekt

In einem eigenen Fachforum stellte der Kommunalverband das vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft geförderte Verbundprojekt (Fortsetzung auf Seite 4)



Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir.

Bild: BMEL/Thomas Trutschel/photothek

de in Sportvereinen oder setzen sich in ihrer Freizeit für eine offene Willkommenskultur ein. Gemeinsam stemmten sie Projekte und übernahmen Verantwortung, damit der Laden läuft. „Sie gestalten, anstatt zu spalten. Das verdient Anerkennung und braucht Unterstützung.“

Gute Rahmenbedingungen, verlässliche Infrastrukturen

Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement benötigen gute Rahmenbedingungen und verlässliche Infrastrukturen, so Özdemir. „Unser Land, unsere Gesellschaft befindet sich in einem Transformationsprozess, den wir nur gemeinsam mit einer aktiven Zivilgesellschaft meistern können. Wir haben uns deshalb vorgenom-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

In 30 Fachforen beleuchteten Teilnehmer aus ganz Deutschland sowie dem Partnerland Schweden das Thema Ehrenamt aus verschiedenen Blickwinkeln – von neuen Förderformaten über junge Beteiligungsprojekte auf dem Land bis hin zur digitalen Unterstützung für Ehrenamtliche in ländlichen Regionen. Zwei dieser Begleitveranstaltungen wurden vom Deutschen Landkreistag ausgerichtet.

Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetags:

Energiepreise und Sportförderung

Steigende Energiepreise sowie die Förderung des Breitensports standen auf der Agenda der jüngsten Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetags. Laut Präsident Markus Lewe (OB Münster) unterstützt der Verband die geplante Heizkostenpauschale für Wohngeldbezieher und Bafög-Geförderte. Die Städte fordern außerdem den Bund auf, die EEG-Umlage auf den Strompreis noch in diesem Jahr abzuschaffen und die Stadtwerke als Grundversorger der Bevölkerung nicht zusätzlich zu belasten.

„Die plötzlich in die Höhe kletternden Energiepreise machen uns große Sorgen. Niemand darf im Winter frieren müssen, weil er sich Wärme nicht leisten kann. Die Betroffenen müssen sowohl beim Strompreis als auch beim Wohngeld unterstützt werden“, machte Lewe deutlich. Deshalb sei es ein gutes Signal, dass der Bund den Heizkostenzuschuss im Wohngeld nun auch für Geförderte in Ausbildung vorsieht. Dies entlaste die von unverhältnismäßig steigenden Energiepreisen besonders betroffenen Menschen mit niedrigen Einkommen

Ort. Um den überproportionalen und unverhältnismäßigen Anstieg der Stromkosten ab- (Fortsetzung auf Seite 4)



„Kein wirksames Mittel, um die Omikron-Welle zu dämpfen oder zu stoppen“, sieht Ministerpräsident Dr. Markus Söder in einer Impfpflicht für Klinik- und Pflegepersonal zum 15. März. Zu groß sei die Gefahr, dass sich dadurch die Belastungssituation im Pflegebereich erhöht. Bayern will die Impfpflicht für Klinik- und Pflegepersonal vorerst nicht umsetzen. „Großzügigste Übergangsregelungen“, so der CSU-Chef, sollen „de facto auf ein Aussetzen des Vollzugs“ hinauslaufen. Bei Corona-bedingten Einschränkungen plädiert er in jüngster Zeit grundsätzlich für „konsequente Öffnungsschritte“. Beim Treffen mit dem Ministerpräsidenten hatte KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle in Abstimmung mit dem Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, die Probleme der Gesundheitsämter angesprochen. Der Vollzugsaufwand bei der einrichtungsbezogenen Impfpflicht sei für örtliche Gesundheitsämter nicht umsetzbar.

Bild: Günter Leinfelder, CSU



Burkhard Jung, Vizepräsident des Deutschen Städtetags.

Bild: Michael Bader

in diesem Jahr. Über eine Million Haushalte in Deutschland würden damit erreicht. Perspektivisch sollten statt solcher Einmalzahlungen die Energiekosten laufend im Wohngeld eingepreist werden, zum Beispiel mittels einer Klimakomponente oder durch anteilige Berücksichtigung der Warmmiete im Wohngeld. Der Verband machte darauf aufmerksam, dass die steigenden Energiepreise private Haushalte genauso belasteten wie die Städte mit ihren öffentlichen Gebäuden, die Unternehmen sowie die Stadtwerke als Grundversorger für die Menschen vor



Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetags.

Bild: Paul-Philipp Braun



Warum kann Deutschland an Ägypten Waffen liefern, aber nicht an die Ukraine? Deutschland stünde doch aus seiner Geschichte heraus in der Verantwortung, gerade unter den Nachfolgestaaten der Sowjetunion für Frieden zu sorgen. Pino erklärt sich die deutsche Zurückhaltung mit einem Zitat von Charles de Gaulles: „Staaten haben keine Freunde, sie haben Interessen“. Der Rathauskater glaubt an die Stärke der Diplomatie. S. 15

DKGH zur COVID 19-Pandemie:

Plädoyer für kontrollierte Exit-Strategie

Geht es nach der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene in Berlin, ist es mit Blick auf die Coronavirus-Pandemie an der Zeit, eine Exit-Strategie zu diskutieren. „Auch wenn wir uns aktuell grundsätzlich im Übergang in eine endemische Situation vergleichbar mit der Influenza befinden, müssen die kurzfristigen Herausforderungen durch die steigenden Infektionszahlen und die damit einhergehenden Belastungen der medizinischen Versorgung beherrscht werden“, heißt es dazu in einer aktuellen Stellungnahme.

Laut DGKH verlangt die massenhafte Zunahme der Omikron-Infektionen – wie im Pandemieplan vorgesehen – „den Strategiewechsel vom Containment mit dem Ziel der Vermeidung jeder Infektion hin zur Protection, d.h. dem Schutz vor schweren Erkrankungen und Tod statt Schutz vor jeder Infektion“. Für den Öffentlichen Gesundheitsdienst müsse gelten: „Priorisierung auf den effektiven Schutz der Vulnerablen und auf gezieltes Ausbruchmanagement statt ungezielter Kontaktnachverfolgung und umfangreicher Quarantänisierung“.

Auch müsse die Funktionsfähigkeit der Kritischen Infrastruktur und des Gesundheitswesens sichergestellt werden durch den Wegfall inflationärer Quarantäneanordnungen und zu spätem Freitesten. Generell sollten strik-

te behördliche Quarantäneanordnungen für Kontaktpersonen ersetzt werden durch eigenverantwortliche Symptomkontrolle und gezieltes Testen mit qualifizierten Antigen-Schnelltests bei Fortsetzung der Tätigkeit.

Priorisierung und Ressourcenschonung hätten auch bei der Teststrategie Vorrang, heißt es weiter: PCR-Tests sollten zielgerichtet im Bereich der medizinischen Versorgungsstrukturen und zur Diagnostik von Erkrankungen eingesetzt werden.

Schluss mit anlasslosem Massentesten

Schulen und Kitas müssten offenbleiben, da Kinder und Schüler nicht zu den vulnerablen Personengruppen zählen, betont die Deutsche Gesellschaft für Kran-

kenhaushygiene. Es müsse Schluss sein mit anlasslosem Massentesten bei Kindern und Jugendlichen. Dies führe nicht nur zu unnötigem Bedarf an PCR-Bestätigungstesten, die in den medizinischen Versorgungsstrukturen dringlich benötigt werden, sondern auch zu wirkungslosen und inflationären Quarantäneanordnungen, die die Kritische Infrastruktur durch die häusliche Präsenz der Eltern zusätzlich gefährde.

Generell gelte es, die Impfkampagne im Bündel mit den etablierten Hygieneschutz- und zielgerichteten Kontaktreduktionsmaßnahmen zu intensivieren. Impfen schütze vor Erkrankung, nicht vor Infektion. Eine Impfpflicht für besondere Gruppen dürfe nur nach konsentierten wissenschaftlichen Standards zur Schutzdauer, Schutzeffektivität und zur Wahl der Impfstoffe gelten.

„Nur wenn der Strategiewechsel als normal und sinnvoll kommuniziert wird, kann er gelingen, ohne die Angst als schlechtem Ratgeber und das Gefühl des Ausgeliefertseins in der Bevölkerung weiter zu steigern“, stellt die DKGH abschließend fest. DK

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Umgang mit Corona-Spaziergängen	2
Wie kann die Politik die Inflation bekämpfen	2
GZ-Akademie	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
KPV: Kommunalen Wohnungsraum in Stadt und Land stärken	3
CSU-Bundestagsfraktion: Aufbruch 22	3
Bundes-SGK: Starke Kommunen für die soziale Demokratie	4
Digitalisierung • Breitband • Mobilfunk • IT	6 - 10
Umweltschutz • Kreislaufwirtschaft • Nachhaltigkeit	11 - 12
Weiterbildung	13
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Umgang mit Corona-Spaziergängen

Herrmann: Verfassungsrechtliche Garantien / Bürgerliche Demonstranten

In den vergangenen drei Monaten haben Demonstrationen gegen die verordneten Corona-Maßnahmen rasant zugenommen. Laut Innenminister Joachim Herrmann (CSU) handele es sich dabei um Menschen aus dem bürgerlichen Milieu; lediglich bei knapp sieben Prozent der Versammlungen wurden Extremisten gesichtet. Der Minister informierte die Mitglieder des Innenausschusses im Bayerischen Landtag über das Corona-Versammlungsgeschehen und appellierte an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich an die demokratischen Spielregeln zu halten und Proteste vorher anzumelden. Er erläuterte zudem, wie Kommunen gegen „Corona-Spaziergänge“ rechtlich einschreiten können. Die Abgeordneten forderten in diesem Zusammenhang Unterstützung für kleine Kommunen.

Seit November 2021 stieg die Zahl der Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen in ganz Deutschland exponentiell an. Allein am 24. Januar hätten in Bayern 160 Protestaktionen stattgefunden, berichtete Innenminister Joachim Herrmann (CSU) dem Innenausschuss im Landtag. „Neben den Verschärfungen der Infektionsschutzbestimmungen mobilisiert vor allem die mögliche Einführung einer Impfpflicht die Menschen massiv.“ Dagegen auf die Straße zu gehen, sei das verfassungsrechtlich garantierte Recht der Bürgerinnen und Bürger. Allerdings gibt es laut Herrmann klare Regeln. So müssten Demonstrationen vorher angemeldet werden. Was allerdings nicht bedeute, dass unangemeldete Versammlungen automatisch immer unzulässig seien.

Soziale Medien unterstützen „Corona-Spaziergänge“

Ein neues Phänomen seien laut Herrmann die sogenannten „Corona-Spaziergänge“, zu denen sich teilweise mehrere hundert Menschen spontan über die sozialen Medien verabreden würden. Dies seien auch politische Versammlungen – egal, wie es die Betroffenen deklarieren. Das sehe auch das Bundesverfassungsgericht so. „Dabei werden oftmals Corona-Regeln wie Mindestabstände oder die Maskenpflicht missachtet und Einsatzkräften gegenüber sehr aggressiv aufgetreten“, sagte Herrmann. Betroffen seien besonders München und Schweinfurt. Kommunen könnten in solchen Fällen mit einer Allgemeinverfügung Einschränkungen bei Ort, Zeit oder Teilnehmerobergren-

oder Personen mit demokratiefeindlichen Bestrebungen gesichtet werden. Besonders aktiv sei die Kleinpartei „Der Dritte Weg“, aber auch eine neue Gruppierung aus Nordbayern.

Diskussion um Impfpflicht

Eine Prognose über die zukünftige Entwicklung der Demonstrationen wollte Innenminister Herrmann nicht abgeben. Das hänge von der Entwicklung der Impfpflicht ab. Aktuell hätten sich die Proteste auf einem hohen Niveau verstetigt. „Bei einer Einführung ist aber durchaus eine Steigerung zu erwarten“, sagte er. Polizei und Verfassungsschutz würden sich auf alle denkbaren Maßnahmen vorbereiten.

Allerdings räumte er ein, dass die Sicherung der Versammlungen ein „gigantischer Personalaufwand“ sei. Es hätten zwischen den Jahren sogar schon Polizeibeamte aus dem Weihnachtsurlaub zurückgerufen werden müssen.

Hohes Gut der Versammlungsfreiheit

Katharina Schulze (Bündnis 90/Die Grünen) betonte in der anschließenden Aussprache das hohe Gut der Versammlungsfreiheit. „Auch in einer Pandemie muss Kritik an der Regierung auf der Straße öffentlich gemacht werden können.“ Teile der Szene würden sich aber radikalisieren.

Schulze warf Herrmann vor, diese Tatsache zu lange ignoriert zu haben, obwohl sie seit Mai 2020 bekannt sei. Daher brauche es jetzt mehr Polizeipersonal, damit die Beamtinnen und Beamten von den Demonstranten nicht „überannt“ würden.

Demokratie muss Proteste aushalten

Alfred Grob (CSU) berichtete, dass es in vielen kleinen bayerischen Städten mehrmals pro Woche zu unangemeldeten Spaziergängen mit über 1.000 Demonstranten käme. „In der überwiegenden Zahl sind diese ohne

Beanstandung verlaufen.“ Auch in seiner Heimatgemeinde habe es seit Wochen keine Ausschreitung gegeben. Solche Proteste müsse eine wehrhafte Demokratie aushalten. Die Grenze sei erreicht, wenn Kinder als Schutzschilde missbraucht würden und den Einsatz der Polizei behinderten.

Extremistische Einzelfälle

Richard Graupner (AfD) mahnte bei den Allgemeinverfügungen zu mehr Augenmaß, um das Versammlungsrecht weiterhin zu gewährleisten. „Wenn der Kommune und der Polizei wie in Schweinfurt bekannt ist, dass 5.000 Teilnehmer kommen, braucht es keinen Organisator mehr“, sagte er. Ausschreitungen durch Extremisten nannte er „Einzelfälle“. Die meisten Demonstranten seien gewöhnliche Menschen aus dem Einzelhandel, der Pflege oder der Kultur.

Spielregeln einhalten

Alexander Muthmann (FDP) nannte es ein wesentliches Grundrecht, sich zur gemeinsamen Meinungsäußerung zusammenzufinden. Er appellierte aber an die Veranstalter, sich an die Spielregeln der Demokratie zu halten. „Dass Spaziergänge wegen mancher Exzesse in Misskredit geraten sind, ist auch für die, die sich friedlich versammeln wollen, ein Problem.“ Muthmann hofft, dass die Polizei durch die Einsätze nicht an anderen Stellen zurückstecken muss.

Lob für Verfassungsschutz

„Die Zahlen zeigen, dass die meisten Versammlungen friedlich verlaufen“, resümierte Wolfgang Hauber (Freie Wähler). Er schlug vor, die Personen, die zu nicht angemeldeten Versammlungen aufrufen, offiziell als Ansprechpartner zu werten. Hauber lobte den Blick des Bayerischen Verfassungsschutzes auf die Beteiligung von Extremisten. Viele Eltern nähmen ihre Kinder mit auf die Demonstrationen. „Bei friedlichen Versammlungen ist das kein Problem, aber wenn mit Gewalt zu rechnen ist, ein großes.“ red

GZ

Akademie

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Große Projekte kommunizieren

21. März 2022, 14:00 - 15:30 Uhr

Es gibt Projekte, die eine Menge Geld kosten, die der Bürger aber gar nicht wirklich wahrnimmt. Der Tiefbau kann ein Lied davon singen. Wenn hier gearbeitet wird, dann erkennt der Bürger das am besten daran, dass seine Mobilität in irgendeiner Form gehemmt wird. Außerdem kostet das Ganze hohe Summen, die aus Sicht der Bürger „versickern“. Die wenigsten wissen, was eine funktionierende Infrastruktur wert ist. Also sollte man solche Projekte besonders gut kommunizieren. Der Vortrag gibt Hinweise, wie das gelingen kann und zeigt auch ein paar Beispiele zu diesem Thema.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 95,- € zzgl. MwSt.

Expertenrunde „Heimische Rohstoffe“

Gewinnung, Recycling, Entsorgung und Artenschutz

24. März 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Wir alle brauchen heimische Rohstoffe wie Sand, Kies und Naturstein – täglich. Sie begleiten uns nicht nur bei baulichen Maßnahmen, sondern begegnen uns schon nach dem Aufstehen z.B. beim Zähneputzen oder der Tasse Kaffee danach. 150 Mio. Tonnen beträgt der Bedarf an Gesteinsrohstoffen in Bayern pro Jahr. Wir sind in Bayern und Deutschland in der glücklichen Lage, mit mineralischen Rohstoffen gesegnet zu sein und diese regional fördern zu können. Das macht uns unabhängig von Importen und schont die Umwelt durch kurze Transportwege.

Ohne Frage ist eine Rohstoffgewinnungsstätte zunächst ein Eingriff in die Landschaft – jedoch in vielerlei Hinsicht ein positiver. Kommunale Entscheider befinden sich hier oft im Spagat zwischen Bedenken der Bevölkerung und dem gesellschaftlichen Auftrag, unseren alltäglichen Bedarf zu decken. Hintergrundwissen und eine überzeugende Kommunikation sind gefragt – denn von vielen Aspekten der Rohstoffgewinnung vor Ort können Gemeinden und sogar die Natur profitieren.

Schon während der Gewinnung verwandelt sich die Grube oder der Steinbruch, z.B. von einer zuvor intensiv genutzten landwirtschaftlichen Fläche, in Überlebensräume für gefährdete Tier- und Pflanzenarten.

Explodierende Kosten und der Mangel an geeigneten Verfüllstandorten stellen Gemeinden bei der Entsorgung von Bodenaushub vor große Herausforderungen. Auch wenn Recycling von Bauschutt und nachhaltige Baustoffe künftig feste Bestandteile des Rohstoffmix sein werden, wird die Verfüllung von Gruben und Brüchen nach der Gewinnungsphase weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Die vielfältigen Möglichkeiten der Flächennutzung nach der Gewinnung bergen für Gemeinden zudem gewinnbringende Chancen.

Gemeinsam mit dem Bayerischen Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden hat die Bayerische Gemeindezeitung ein Programm entwickelt, das praxisnah die vielfältigen Fragestellungen rund um die Rohstoffgewinnung und die Entsorgung von Bodenaushub erklärt sowie Hintergrundwissen, Lösungen und Argumentationshilfen anbietet.

Sie haben bis 14.03.2022 die Möglichkeit Fragen an news@gemeindezeitung.de einzusenden, die an die Referenten weitergeleitet werden.

Programm:

- Impuls Vortrag heimische Rohstoffe: Bedarf, Flächen und Bedeutung: Dr. Bernhard Kling | Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV)
- Erfahrungen mit Biotopen auf Zeit in Bayern: Dr. Andreas von Lindeiner | Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V. (LBV)
- Bodenaushub – die Sicht der Gemeinden: Direktor Stefan Graf | Bayerischer Gemeindetag
- Bodenaushub – Abfall oder Ressource? Holger Seit | Landesverband Bayerischer Bauinnungen (LBB)
- Effiziente Flächennutzung mit Rohstoffgewinnung: Pius Geiger | Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG, Oberstdorf

Moderation Constanze von Hassel | Bayerische Gemeindezeitung

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: kostenfrei

Social Media für Kommunen

21. Juni 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Über die Nutzung von Sozialen Netzwerken wird viel diskutiert. Was ist für Bürgermeister und Bürgermeisterinnen sinnvoll zu nutzen? Wovon hängt es ab, wie Informationen in die Öffentlichkeit getragen werden? Und wie sollen Politiker und Verwaltungen agieren? Der Vortrag öffnet Gedanken und Wege der Social Media-Nutzung und der sinnvollen Alternativen. Diskutieren Sie mit!

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Karl Schmidt
97258 Ippesheim
am 10.2.

Bürgermeister Hubert Endres
97494 Bundorf
am 12.2.

Bürgermeisterin
Johanna Purschke
87616 Wald
am 12.2.

Bürgermeister Peter Klinger
96367 Tschirn
am 16.2.

Bürgermeister Georg Hofer
94094 Malching
am 17.2.

Bürgermeister Johann Biederer
93102 Pfatter
am 21.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Adolf Barth
94139 Breitenberg
am 13.2.

Bürgermeister Karl Kolb
96486 Lautertal
am 19.2.

Bürgermeister
Christian Müllinger
84335 Mitterskirchen
am 23.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Robert Pöttsch
84478 Waldkraiburg
am 13.2.

Bürgermeister
Richard Greiner
86356 Neusäß
am 14.2.

Bürgermeister
Martin Link
97640 Stockheim
am 21.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Simone Kirschner
95500 Heinersreuth
am 20.2.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Maria Weber
85134 Stammham
am 18.2.

Bürgermeister
Robin Haseler
63937 Weilbach
am 20.2.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Tobias Strauß
91625 Schnellendorf
am 16.2.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Wie kann die Politik die Inflation bekämpfen?

Der Bayerische Landtag hat sich in einer Aktuellen Stunde auf Antrag der CSU-Fraktion mit der gestiegenen Inflationsrate beschäftigt. Sowohl die Regierungsfraktion als auch die Teile der Opposition plädierten für eine vorzeitige Abschaffung der EEG-Umlage durch den Bund. Debattiert wurde zudem eine Erhöhung der Pendlerpauschale sowie die Einführung eines Heizkostenzuschusses.

Die höchste Inflationsrate in Deutschland seit 30 Jahren – das ist der neue Höchststand von 5,3 Prozent im Dezember 2021. Die CSU-Fraktion hat dazu eine Aktuelle Stunde Ende Januar mit dem Titel „Inflation bekämpfen – Lebenshaltungskosten und Energiepreise müssen bezahlbar bleiben“ im Bayerischen Landtag einberufen. Denn: „Die Inflationsrate ist nicht nur eine abstrakte Zahl. Gerade Haushalte mit mittlerem oder niedrigem Einkommen sind auf stabile Preise angewiesen“, stellte der stellvertretende CSU-Fraktionsvorsitzende Alexander König zu Beginn der Debatte heraus. Da die Preissteigerungen in erster Linie auf einen Anstieg der Energiepreise zurückzuführen seien, forderte er unter anderem eine frühere Abschaffung der EEG-Umlage und eine Senkung der Stromsteuer. Die Pendlerpauschale solle zudem an die Entwicklung der Kraftstoffpreise gekoppelt werden und die EZB schrittweise den Leitzins erhöhen, um eine Abwertung im Vergleich zum US-Dollar zu vermeiden. Ludwig Hartmann, Fraktionsvorsitzender von Bündnis90/Die Grünen, erwiderte,

dass die Verantwortung nicht auf Brüssel geschoben werden könne. Er plädierte dafür, besonders drei Bereiche in den Blick zu nehmen: „Wir müssen kurzfristig für sozialen Ausgleich sorgen, unabhängiger von fossilen Energieträgern werden und erzeugte Energie effizienter einsetzen.“

CO2-Bepreisung im Fokus

Gerald Pittner, finanzpolitischer Fraktionssprecher der Freien Wähler, plädierte für einen monatlichen Energiekostenzuschuss für Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen, der sich aus den Einnahmen der staatlichen CO2-Bepreisung speisen solle. Er forderte zudem: „Die CO2-Bepreisung muss mit Augenmaß erfolgen und gerade jenen energieintensiven Unternehmen besondere Ausnahmeregelungen ermöglichen, die im internationalen Wettbewerb stehen.“ Christian Klingen, Vorsitzender der AfD-Fraktion, warf der Regierung vor, Deutschland durch seine energiepolitischen Maßnahmen in den vergangenen Jahren zerstört zu haben. Er befürwortete einen Weiterbetrieb der baye-

rischen Kernkraftwerke, die Förderung synthetischer Kraftstoffe sowie eine Erhöhung der Pendlerpauschale.

Abschaffung der EEG-Umlage

Florian von Brunn, der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, forderte wie die CSU eine Abschaffung der EEG-Umlage. „Dies entlastet jede Familie um 300 Euro.“ Zudem sprach er sich für die Anhebung des Mindestlohns auf zwölf Euro aus – davon würden eine Million Menschen in Bayern profitieren. Auch Dr. Helmut Kaltenhauser, finanzpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, bezeichnete die Abschaffung der EEG-Umlage als wichtigste Entlastung für Bürger und Unter-

nehmen: „Auf Drängen der Freien Demokraten soll dies schon in diesem Herbst und nicht erst Anfang nächsten Jahres erfolgen.“ Als weitere Gegenmaßnahme er die Einführung eines Heizkostenzuschusses für die Bezieher von Wohngeld oder die geplante Erhöhung des Sparerpauschaltrags.

Auch die Ampel-Koalition berät angesichts steigender Energiekosten über eine frühere Abschaffung der EEG-Umlage über die Stromrechnung. Bisher ist dies zum 1. Januar 2023 geplant. Die Umlage zur Förderung des Ökostroms nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) soll dann aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. red

Klausurtagung der CSU im Bundestag:

„Aufbruch 22“

Startschuss für das Projekt „Aufbruch 22“ im Rahmen der traditionellen Klausurtagung der CSU im Bundestag: Neben der Diskussion mit hochkarätigen Gästen über die vielfältigen Herausforderungen der 2020er Jahre stand die Verabschiedung eines „bürgerlichen Kontrastprogramms zur Ampel-Koalition“ im Mittelpunkt der Berliner Veranstaltung. Mit dem Beschlusspapier, das „für einen Aufbruch, für Respekt vor Leistung und Chancen auf Teilhabe“ steht, soll das Fundament für ein Comeback in Regierungsverantwortung geschaffen werden.

Deutschland werde derzeit unter Wert regiert, kritisierte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt. Die Ampel glänze durch Uneinigkeit, Untätigkeit und Unzuverlässigkeit. Die CSU stehe für „die kritische Begleitung der Bundesregierung - konstruktiv, aber kritisch“, so Dobrindt. Will heißen: „Wir sind nicht die Claqueure, sondern die Kontrolleure einer Ampel-Regierung, und haben die Aufgabe zu zeigen, dass es bessere Konzepte gibt.“

CSU-Parteivorsitzender Dr. Markus Söder mahnte, die Bundesregierung müsse in diesen unruhigen und unsicheren Zeiten ein Gefühl von Sicherheit, Verlässlichkeit und Klarheit definieren. Mit Blick auf das Chaos um die KfW-Förderung für energieeffizientes Bauen forderte Söder die Bundesregierung auf, die soziale Dimension des Klimaschutzes zu berücksichtigen. Es sei weder eine klare Linie erkennbar, noch reichten die beschlossenen Maßnahmen aus. Söder machte klar: „Klimaschutz ja, aber Versorgungssicherheit und Preisstabilität müssen berücksichtigt werden.“

Die galoppierende Inflation war Thema des Gesprächs mit Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, dem emeritierten Präsidenten des Ifo Instituts. Sinn beschrieb die Gefahr einer Stagflation und nannte vier Gründe für die historische Inflationsentwicklung: die Steigerung der Energiepreise, die globalen Lieferengpässe, die exzessive Staatsverschuldung gerade in Europa und die enorme Vermehrung der Geldmenge in der Eurozone. Ein Umsteuern der EZB in der Politik der Null-Zinsen und Staatsanleihenkäufe sei daher dringend geboten, so Sinn.

Wirtschaft und Energie standen auch im Zentrum der Diskussionen mit Oliver Zipse, Vorstandsvorsitzender der BMW AG sowie Leonhard Birnbaum, CEO der E.ON SE. Beide beschrieben eindrücklich die Folgen der Energiepreisentwicklung auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und plädierten für einen engen Dialog von Industrie und Politik. Fragen wie der Aufbau einer strategischen Gasreserve müssten rasch entschieden werden.

Betrug am Steuerzahler

Im Beschlusspapier kritisiert die CSU im Bundestag zunächst den „Versuch der links-gelben Koalition, mit Schuldenakrobatik das Grundgesetz zu umgehen“. Als erste Amtshandlung habe der neue Finanzminister Christian Lindner einen Haushalt vorgelegt, der über 60 Milliarden Euro an der Schuldenbremse „vorbeischummelt“. „Wir wollen diesen Betrug am Steuerzahler mit einer Klage beim Bundesverfassungsgericht stoppen.“

Da die Schuldenbremse ein Erfolgsmodell und ein echter Garant für Generationengerechtigkeit sei, schlägt die CSU einen dreistufigen Neustart für das Projekt Schwarze Null vor: ab 2023 Schuldenbremse wieder einhalten, ab 2025 wieder Haushalte ohne neue Schulden und bis 2030 eine Schuldenquote von unter 60 Prozent.

Weil die neue Regierung auf „mehr Steuern statt Gegensteuern“ setze und sich damit zur „Teuer-Koalition für die Menschen in unserem Land“ mache, will die CSU-Landesgruppe eine soziale Steuerreform umsetzen

und kleine wie mittlere Einkommen deutlich entlasten. Gleichzeitig solle die Höhe der Sozialabgaben für kleine Einkommen gedeckelt werden. Für die Mitte der Gesellschaft und damit für alle Einkommen unter 60.000 Euro wird ein „Super-Pauschbetrag“ in Höhe von 1.000 Euro für die Jahre 2021 und 2022 empfohlen.

„Wir wollen Familien entlasten und unterstützen, die Preissteigerung im Alltag abzufedern. Wir halten deshalb am Ehegattensplitting fest und wollen zusätzlich Kinder positiv berücksichtigen, indem wir den Steuerfreibetrag für Kinder auf das Niveau des Erwachsenenfreibetrags anheben“, heißt es weiter. Gleichzeitig soll der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auf 5.000 Euro angehoben und das Wohngeld für Alleinerziehende um 20 Prozent aufgestockt werden.

„Private Altersvorsorge braucht Zinsen. Solange die EZB die Zinsen künstlich auf oder unter Null drückt, werden Sparer enteignet und zusätzlich mit Negativzinsen belastet. Deutschland braucht einen Zinsbonus statt des EZB-Spamalus“, macht die CSU-Landesgruppe deutlich. „Wir wollen dafür eine Deutschland-Innovationsanleihe für kleine und mittlere Einkommen einführen – mit einem staatlich garantierten Positivzins von 2 Prozent und einer Laufzeit von mindestens 10 Jahren.“

4. Säule Generationenfonds

Aufbruch lautet die Devise auch beim Thema Rente – mit einem Paradigmenwechsel hin zu einer Kombination aus stabilem Rentenniveau, attraktiven privaten Vorsorgeoptionen, bezahlbaren Beiträgen und einer neuen vierten Renten-Säule mit einer Altersvorsorge von Anfang an. Dabei wird auf das Prinzip „Früher vorsorgen statt länger arbeiten“ gesetzt. Nach dem Willen der CSU sollen die bestehenden drei Säulen der Altersvorsorge um eine vierte Säule ergänzt werden: einen Generationenfonds, der eingezahlte Beiträge renditeorientiert anlegt. In diesen Generationenfonds zahlt der Staat in einer Einzahlphase für jedes Kind ab Geburt bis zum 18. Lebensjahr monatlich 100 Euro ein. Mit dem Eintritt in das Rentenalter beginnt die Auszahlphase. Ziel ist es, die Rentenlücke zu füllen, indem jede und jeder Einzelne zukünftig zusätzlich eine Generationenrente erhält und dadurch Altersarmut wirksam vermieden wird.

Thema Gesundheit: „Wir wollen einen steuerfreien Sofort-Bonus für Intensivpflegekräfte in Höhe von 3.000 Euro. Der Bundeskanzler hat einen solchen Pflegebonus versprochen, sein Versprechen aber nicht eingehalten“, kritisiert die CSU-Landesgruppe. Eine Pflege-Prämie sei bis heute weder ausgezahlt worden, noch wurden die notwendigen Rechtsgrundlagen dafür geschaffen.

Technologieoffenheit

Stichwort Mobilität: „Wir glauben, das Auto hat Zukunft mit der ganzen Bandbreite von Elektromobilität über Wasserstoff bis zu synthetischen Kraftstoffen. Diese Notwendigkeit der Technologieoffenheit ergibt sich auch aus den unterschiedlichen Anforderungen an die Antriebe in den

verschiedenen Anwendungsfeldern. Die Ampel hingegen verabschiedet sich von der technologieoffenen Förderung und setzt nur auf die Elektromobilität“, heißt es in dem Papier.

Die CSU stehe für das Gegenmittel mit intelligenten Mobilitätskonzepten statt ideologischem Einheitsrezept. Dazu zählten: Perspektive für den sauberen Verbrenner, Mobilitäts-Garantie für den ländlichen Raum, beste Infrastruktur im ganzen Land sowie schnelle Verbindungen zwischen Umland und Stadtmitte (u.a. Zweckbindung der GVFG-Mittel mit einem klaren Schwerpunkt auf die Anbindung des Umlandes sowie Ausbau von S- und U-Bahnen und Park-and-Ride-Flächen).

Wirtschafts-Booster

Auf der To-Do-Liste steht zudem ein „Booster-Programm für die Wirtschaft“. Betriebe sollen entlastet werden; zudem soll es mehr Spielräume geben für nachhaltiges Wachstum, neue Arbeitsplätze, mehr Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsinvestitionen in Klima und Digitalisierung. Angedacht ist u. a. für kleine und mittelständische Unternehmen eine Flat-tax von 20 Prozent für im Unternehmen einbehaltene (thesaurierte) Gewinne. Laut CSU-Landesgruppe wird damit die notwendige Liquidität für Investitionen in die Zukunft geschaffen. „Für alle anderen Unternehmen und Betriebe wollen wir eine Unternehmenssteuerreform mit einer Gesamtsteuerlast von maximal 25 Prozent, um international wettbewerbsfähig zu bleiben mit unseren Konkurrenten aus den USA und Asien.“

Mit Blick auf die steigenden Energiepreise soll ein Sofortprogramm gestartet werden, das die Energiepreise wirksam senkt und die Industrie international wettbewerbsfähig hält. „Dafür wollen wir Steuern wie Abgaben auf Energieträger auf das Mindestniveau nach EU-Recht absenken, die EEG-Umlage schon 2022 abschaffen und den Energiesteuer-Spitzenausgleich verlängern.“

Um die Resilienz der deutschen Wirtschaft zu stärken, müssten Schlüsseltechnologien und -produkte künftig vermehrt auch wieder in Europa produziert werden, betont die CSU. Neben der Chipproduktion seien weitere Schlüsseltechnologien im Rahmen europäischer Industriepolitik zu unterstützen.

Stichwort Sicherheit: Vor dem Hintergrund, dass sich einige digitale Kommunikationsdienste zu Plattformen des Hasses und der Hetze entwickelt haben, will die CSU dafür sorgen, dass digitale Kommunikationsdienste zweifelsfrei mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz erfasst werden.

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

wie wohnen Sie? Kennen Sie persönlich oder aus Familie und Freundeskreis eine gewisse Unsicherheit über die Zukunft des eigenen Wohnraums, die massiven Mietsteigerungen und die steigenden Grundstücks- und Baupreise? Vor diesen Herausforderungen stehen auch die bayerischen Kommunen, insbesondere in den Städten, aber ebenso in ländlichen Regionen Bayerns.

Der eigene Wohnraum ist der persönliche Lebensmittelpunkt und ein langfristiger Garant für die Heimat der Menschen in Bayern. Die Stichworte dabei sind die hohe Lebensqualität sowie die langfristige Bezahlbarkeit für Bürgerinnen und Bürger. Fest steht: In Bayern wurden – dank Freistaat und Kommunen – noch nie so viele Bauanträge genehmigt wie aktuell.

KPV: Kommunalen Wohnraum in Stadt und Land stärken

Bei uns gibt es viele erfolgreiche Ansätze, wie der Einklang von Wohnraum, Flächenverbrauch und Bezahlbarkeit erreicht werden kann. Ein wichtiges Mittel ist dabei die Erhöhung der staatlichen Finanzierung für die Wohnraumförderung sowie die Garantie einer langfristigen Investitionsplanung für die bayerischen Kommunen beim Wohnungsbau. Mit dem Wohnungspakt Bayern aus dem Jahr 2015 konnten so schon so einige kommunale Erfolge erzielt werden. Diese positiven Erfahrungen sollen weiterverfolgt werden.

Für die KPV ist klar: Kommunaler Wohnungsbau und Neubau von bezahlbarem und sozialem Wohnraum ist eine gemeinsame Zukunftsaufgabe von Bund, Freistaat und Kommunen. Auch deshalb sieht die KPV den sofortigen Förder-

Damit Straftaten effektiv verfolgt werden können, brauche es eine Nutzerdatenerhebung auch durch nummernunabhängige Telekommunikationsanbieter, damit die Behörden im begründeten Verdachtsfall einen Ermittlungsansatz haben. „Wir wollen Telekommunikationsdienstleister zur Mitwirkung bei Online-durchsuchungen und Quellen-TKÜ verpflichten. Auch Anbieter, die ihren Firmensitz außerhalb Deutschlands haben, sollen zur Kooperation mit deutschen Behörden verpflichtet werden.“

Zudem plädiert die CSU-Landesgruppe für eine Reform des Cyberstrafrechts mit härteren Strafen, die den besonderen Unrechtsgehalt der Cyberstraftaten widerspiegeln. Datendie-



stopp der KfW-Bank für energieeffiziente Gebäude durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz als kontraproduktiv an.

Die Kommunen benötigen beim Wohnungsbau die Unterstützung von Land und Bund, damit hier die regionalen Ziele erreicht werden können. Beiträge hierzu könnten auch die Beschleunigung, Entbürokratisierung und Vereinfachung des Bauplanungsrechts sowie die Erweiterung von baurechtlichen Vorkaufs- und Zugriffsrechten für Kommunen sein.

Um Wohnraum vor Ort zu schaffen brauchen die Kommunen weitere rechtliche Mittel. Dazu zählen insbesondere weitere Vereinfachungen beim kommunalen Vergaberecht. Alles in allem müssen wir auch die Verwaltungsstrukturen stärken und somit die kommunalen Verwaltungen entlasten, um effizienten Wohnungsbau realisieren zu können.

Zugleich muss der Grundsatz „Innen vor Außen“ weiterbestehen. Neuer Wohnraum darf nicht nur in Form von Ausweisungen neuer Wohngebiete abgebildet werden. Der zielgerichtete Fokus sollte vielmehr auf der Mobilisierung von baureifen, innerörtlichen Flächen liegen. Nur so können wir in der Fläche einen Ausgleich zwischen Wohnen, Landwirtschaft und Umwelt schaffen.

Daneben sehen wir einen enormen Anstieg der Baukosten. Bezahlbaren oder sozialen Wohnungsbau zu refinanzieren wird somit umso schwerer. Eine Anpassung der Fördersummen an die gestiegenen Baukosten und eine Anhebung der Kostenobergrenzen für kommunale Förderprogramme können Mittel sein, wieder Anreize zu schaffen und neue Möglichkeiten zu bieten.

Die KPV begrüßt die zusätzliche finanzielle Unterstützung für den kommunalen Hochbau im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs und setzt sich für eine weitere Stärkung von kommunalem Wohnraum und Städtebau ein.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat Landkreis Donau-Ries

Ansprüche der gesellschaftlichen Mitte

Mit Blick auf das Thema Migration wird darauf verwiesen, dass in Europa nur Schutz finden kann, wer einen berechtigten Asylanspruch hat. Deshalb solle spätestens bei Ankunft an den EU-Außengrenzen entschieden werden, welcher Flüchtling einen berechtigten Aufenthaltsstatus hat und welcher nicht.

„Wir richten unsere Politik aus

an den Ansprüchen der gesellschaftlichen Mitte: Respekt vor Leistung und Chancen auf Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Dabei leiten uns klare Grundsätze: Verstehen statt verklären“, heißt es abschließend. Besonders bei den Kindern habe die Pandemie sichtbar Spuren hinterlassen. Stärker als bisher müssten daher nicht nur die entstandenen Defizite in Bildung und Ausbildung in den Blick genommen werden, sondern auch die psychosozialen Folgen und Entwicklungen.

„Wir wollen ein Entwicklungspaket, das insbesondere außerschulische Schwerpunkte setzt und dabei dezidiert Sichtweisen und Wünsche von Kindern sowie Jugendlichen beinhaltet“, so die CSU-Forderung. **DK**

Ich lese die GZ

» ... weil ich damit als leidenschaftlicher Kommunalpolitiker immer bestens informiert bin. «

Josef Mederer

Bezirkstagspräsident Bezirk Oberbayern



Bundes-SGK-Delegiertenversammlung digital:

Starke Kommunen für die soziale Demokratie

Michael Ebling, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz und Vorsitzender der SGK Rheinland-Pfalz, ist neuer Vorsitzender der Bundes-SGK. Mit knapp 97 Prozent wurde er auf der digitalen Delegiertenversammlung unter dem Motto „Wir gestalten die Zukunft in unserem Land – Gesellschaftlicher Fortschritt findet in Städten, Gemeinden und Kreisen statt“ zum Nachfolger des ehemaligen OB von Gelsenkirchen, Frank Baranowski, gewählt. Rund 350 sozialdemokratische Kommunalpolitiker und Gäste sowie hochrangige Vertreter aus der Bundes-, Landes- und Europapolitik nahmen an der Tagung teil.

Anlässlich seiner Wahl erklärte Michael Ebling: „Die soziale Demokratie braucht starke Kommunen. Starke Kommunen brauchen engagierte ehren- und hauptamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Die SGK ist seit jeher die starke Stimme dieser sozialdemokratischen Kommunalpolitiker.“

Als enorme Herausforderung bezeichnete der neue Vorsitzende neben bezahlbarem Wohnraum unter anderem den Klimawandel. Vor dem Hintergrund, dass in den kommenden Jahren und Jahrzehnten mit einer Zunahme an Starkregenereignissen, Sturm und Hitze zu rechnen sei, müsse dringend die Resilienz der Kommunen gestärkt werden, machte Ebling deutlich. Die Kommunen müssten ihren Beitrag dazu leisten, das Klima zu schützen. Dazu zählten ein klimaneutraler ÖPNV, klimaneutrale Versorgung mit Energie und Heizwärme, Umstellung der Wärmeversorgung hin zur Karbonisierung und vieles mehr.

Kommunen entschulden

Gemeinsam mit Bundeskanzler Olaf Scholz wolle man gemeinsam daran arbeiten, die Kommunen zu entschulden, damit sie die Herausforderungen der nächsten Jahre anpacken können, fuhr Ebling fort. „Kommunen und ihre kommunalen Unternehmen betreiben im besten Sinne des Wortes Daseinsvorsorge nah an den Menschen. Damit sie zentrale Themen wie eine sozial verträgliche Energie- und Verkehrswende oder digitalisierte Verwaltungen, die den Bürgerinnen und Bürgern dienen, umsetzen können, benötigen sie die finanzielle Unterstützung des Bundes, wie sie die Ampel-Koalition angekündigt hat“, unterstrich der SGK-Chef.

Neben Redebeiträgen und Videogrußworten von SPD-Vorsitzender Saskia Esken, SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert, Bundesbauministerin Klara Geywitz, Bernhard Daldrup, kommunalpolitischer Sprecher und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wohnen, Stadtentwicklung, Bauen und Kommunales der SPD-Bundestagsfraktion, Ralph Spiegler, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Patrik Lauer, Präsidiumsmitglied des Deutschen Landkreistages, Pit Clausen, Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages sowie Christophe Rouillon, Präsident von PES Local (Euro-SGK), stand die Verabschiedung zahlreicher Beschlüsse, darunter „Klimaschutz und Klimaanpassung – auf dem Weg zur resilienten Kommune“, „Digitale Souveränität von Kommunen in einer digitalisierten Welt“, „Kindergrundsicherung – ein Meilenstein im Kampf gegen Kinderarmut Schaffung einer inklusiven Welt“, sowie „Zukunft der Innenstädte und Ortszentren“ auf der Agenda.

Im Beschlusspapier „Wir gestalten die Zukunft in unserem Land – Gesellschaftlicher Fortschritt findet in Städten, Gemeinden und Kreisen statt“ wird darauf verwiesen, dass die Arbeiten zum geplanten Ausbau- und Modernisierungspakt, bei dem sich Bund, Länder und

beratung angewiesen. „Die bestehenden Förderkonzepte sind stärker auf Zuschüsse und Quartierskonzepte zu orientieren. Eine Weiterentwicklung des Gebäudeenergiegesetzes ist gemeinsam mit den Kommunen umzusetzen. Eine kommunale Wärmeplanung sollte die ‚Wärmewende‘ vorantreiben. Die dafür erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen sind zügig noch in 2022 gemeinsam zu entwickeln.“

Kommunen „die Treiber der Kreislaufwirtschaft“

Gefordert wird zudem die frühzeitige Einbeziehung der Kommunen bei der Erarbeitung des angestrebten Klimaanpassungsgesetzes. Begrüßt wird die Absicht der neuen Bundesregierung, die Transformation von der linearen zur Kreislaufwirtschaft zu fördern und damit zahlreiche Arbeitsplätze zu schaffen. Dies gelinge jedoch nur, wenn die Kommunen „die Treiber der Kreislaufwirtschaft“ werden. Kommunen könnten ihre bestehenden Netzwerke mit Hochschulen, Unternehmen, Bürgern und Verbänden nutzen und durch die Beschaffung Vorbildfunktion übernehmen.

Des Weiteren spricht sich die Bundes-SGK dafür aus, dass die Kommunen in den Prozess der Reorganisation der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung verstärkt mit einbezogen werden. „Insbesondere für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes OZG bedarf es eines klaren und realistischen Zeithorizontes“, heißt es.

Möglichst zeitnah soll außerdem das „Bündnis bezahl-

barer Wohnraum“ begründet und die Kommunen an der Entwicklung der neuen Instrumente beteiligt werden. „Wir unterstützen vor Ort das Ziel, jährlich 400.000 neue Wohnungen entstehen zu lassen, darunter auch viele öffentlich geförderte. Die Bundes-SGK plädiert dafür, dass auch die Mietpolitik Gegenstand des Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum unter Federführung des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen wird.“

Zudem wird für eine Novellierung des Baugesetzbuchs (BauGB) mit dem Ziel plädiert, seine Instrumente noch effektiver und unkomplizierter anzuwenden zu können. Hierzu soll auch die bodenpolitische Dimension einbezogen sowie die Anwendbarkeit der mit dem Baulandmobilisierungsgesetz erreichten Instrumente entfristet und von länderrechtlichen Regelungen unabhängig gemacht werden.

Darüber hinaus werden die Länder aufgefordert, gemeinsam mit den Kommunen flexible Digitalstrategien für die Schulen zu entwickeln „und sich dabei von einer einseitig an den Investitionen in Hard- und Software orientierten Förderungsstrategie zugunsten einer Verbesserung der jeweiligen Implementationsbedingungen aus ganzheitlicher Sicht unter Einbeziehung des Lehrkörpers leiten zu lassen“.

Begrüßt wird auch die Absicht der neuen Bundesregierung, eine neue Beteiligungskultur zu praktizieren. „Wir sind bereit dazu, den gesellschaftlichen Fortschritt in einem Gemeinschaftsprojekt eines kooperativen Föderalismus zu befördern, denn der Fortschritt muss sich in Städten, Gemeinden und Kreisen verwirklichen“, so die Bundes-SGK.

Zukunftsfähige Pflege

„Rolle der Kommunen in einer zukunftsfähigen Pflege stärken“ lautet ein weiterer Beschluss. Dies vor dem Hintergrund, als den Kommunen im Bereich Pflege nur begrenzte Gestaltungsmöglichkeiten in Planung, Beratung und Steuerung zur Verfügung stünden, da mit Einführung der Pflegeversicherung die Steuerungskompetenzen im Pflegesystem auf Bundes- und Landesebene zentralisiert wurden.

Als notwendig erachtet es die Bundes-SGK, stationäre und ambulante Pflege enger zu verzahnen, damit eine moderne sektorenübergreifende Pflegepolitik für die Bürger möglich wird. Kommunen sollen zudem mehr Kompetenz in der Planung, Steuerung, Beratung und Entscheidung im Bereich Pflege und Pflegevermeidung erhalten. Nur so könne eine sozialräumlich orientierte Pflegeinfrastruktur erreicht werden, die auf dem Land anders aussehen muss als in der Stadt. „Dies kann zum Beispiel durch die verpflichtende Berücksichtigung der kommunalen Pflegeplanung bei der Zulassung von Pflegeeinrichtungen realisiert werden.“

Kommunen seien finanziell so auskömmlich auszustatten, dass Gesundheitsförderung und Prävention vor Ort adäquat umgesetzt werden können, „denn diese können wirkungsvoll Pflegebedürftigkeit vermeiden, verhindern oder hinauszögern“. Verstärkt müssten Kommunen in die Prozesse zur Anerkennung von niedrigschwelligen Angeboten zur Pflege eingebunden werden. Auch seien Pflegebedürftige und ihre Angehörigen mehr als bisher von steigenden Eigenanteilen in der Pflege durch eine veränderte Pflegeversicherung zu entlasten. „Die Pflegeversicherung sollte die pflegebedingten Aufwendungen vollständig abdecken. Insoweit sind die Überlegungen zu einer Pflegevollversicherung zu begrüßen.“ DK

Energiepreise und Sport...

(Fortsetzung von Seite 1)

zufedern, müsse der Bund die EEG-Umlage auf den Strompreis so schnell wie möglich noch in diesem Jahr komplett abschaffen.

„Es ist gut, dass diese Forderung jetzt in der Ampel aufgegriffen werden soll. Erst bis 2023 zu warten, kommt zu spät“, unterstrich Lewe. Den Preisanstieg der Energiepreise zu dämpfen und gleichzeitig die Energiewende umzusetzen, bleibe für 2022 eine Riesenherausforderung. Der Bund müsse zügig liefern, um den Vertrauensvorsprung für die Energiewende nicht durch den Frust über stark steigende Energiepreise zu verspielen. Hier seien kreative und pragmatische Lösungen und viel Dialog vonnöten. Außerdem müsse bald das System der Steuern und Abgaben auf den Strompreis reformiert werden, so dass grüner, CO2-freier Strom gefördert wird. Auch bei der Wärmeerzeugung müsse rasch auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Hier gingen die Pläne der Bundesregierung in die richtige Richtung.

Stadtwerke als Grundversorger

Wie der Deutsche Städtetag mitteilte, stünden die Stadtwerke als Grundversorger bereit, hunderttausende Neukunden aufzunehmen, die aufgrund von Insolvenzen und oder vertragswidrigen Kündigungen ihren bisherigen Energieversorger verloren haben. Dafür müssten viele Stadtwerke über ihren kalkulierten Bedarf hinaus jetzt zusätzliche Energie beschaffen, die nach Marktlage sehr teuer eingekauft werden muss.

„Jeder der will, wird von den Stadtwerken mit Energie versorgt. Aber es darf nicht dazu führen, dass die Stadtwerke und ihre treue Kundschaft für fragwürdige Geschäftsmodelle anderer Anbieter zur Kasse gebeten werden und für deren kurzfristige Finanzierung geradestehen müssen. Deshalb muss der Bund rechtlich klarstellen, dass Stadtwerke für diese Fälle unterschiedliche Preise für Grund- und Ersatzversorgung nutzen dürfen“, betonte der Verbandschef. Eine transparente Kalkulation nach Stichtag wäre beispielsweise eine gute Grundlage. Dies praktizierten einige Stadtwerke bereits und passen die Grundtarife bei wieder sinkenden Energiepreisen auch entsprechend an.

Faire und sozial gerechte Energiepreise

Lewe zufolge „brauchen wir ein deutliches Signal für faire und sozial gerechte Energiepreise“. Einheitliche Preise für bestehende Verträge und Neukunden würden die Kosten für alle in die Höhe treiben. Darunter würden besonders schutzbedürftige Kunden mit niedrigem Einkommen leiden, die schon lange bei den Stadtwerken sind, weil sie aufgrund ihrer persönlichen Situation kein anderer Lieferant nimmt. Dies würde die Not dieser Kunden nochmals vergrößern.

Nach Ansicht der Städte ist die Bundesnetzagentur verantwortlich, neue Energieanbieter besser zu beaufsichtigen. „Die Bundesnetzagentur muss kontrollieren, ob die Geschäftsmodelle neuer Anbieter nachhaltig sind. Nur das hilft, die Gefahr von weiteren Insolvenzen zu vermindern. Billiganbieter mit risikoreichen Geschäftsmodellen haben auf dem Markt nichts zu suchen“, stellte Markus Lewe klar.

Mit Blick auf die Kommunen als größte Förderer des Sports

fordert der Deutsche Städtetag zudem Bund und Länder auf, den Breitensport stärker zu fördern und die Städte bei Sanierung und Ausbau der Sportinfrastruktur besser zu unterstützen. Sport in den Städten sei in all seinen Facetten bedeutsam für Lebensqualität und Gesundheit, Wertevermittlung sowie Zusammenhalt und Integration der Menschen.

Sanierungs- und Investitionsstau

Nach den Worten des Städtetags-Vizepräsidenten Burkhard Jung (OB Leipzig) „brauchen wir angesichts eines Sanierungs- und Investitionsstaus von 11 Milliarden Euro bei den Vereinssportstätten in Deutschland und von 20 Milliarden Euro bei den kommunalen Sportstätten dringend ein langfristig angelegtes und angemessen dimensioniertes Sportstätteninvestitionsprogramm von Bund und Ländern“. Dieses sollte ein jährliches Fördervolumen von 1 Milliarde Euro aufweisen und in den Städten sowohl die Sanierung als auch den Neubau von Sportstätten ermöglichen.

Insgesamt ist der Sanierungsbedarf bei den Sportstätten gewaltig. Gut zwei Drittel der Sportstätten in Deutschland befinden sich in kommunaler Trägerschaft. Vieles stammt aus den 1960er und 1970er-Jahren und entspricht nicht mehr heutigen Standards.

Auch im Sport wandeln sich die Anforderungen der Menschen. Ziel der Städte sei die zeitgemäße Förderung des Sports auf der Grundlage einer kommunalen Sportentwicklungsplanung, wie Jung feststellte: „Die Kommunen sind die größten Förderer des Sports in Deutschland. Sie bringen circa 80 Prozent aller öffentlichen Gesamtausgaben im Sport auf. Und die Städte wollen dem Sportverhalten und den Interessen der Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft gerecht werden.“

Dabei bleibe der organisierte Sport mit seinen Vereinen und Verbänden vor Ort der wichtigste Partner bei der Entwicklung des Sports. Gerade im hochverdichteten Stadtgebiet mit knappem Flächenangebot richteten die Städte ihr Augenmerk immer stärker darauf, einen breiten Zugang zu vorhandenen Sportstätten und -orten zu ermöglichen. Dies gelte auch und gerade in der Pandemie, wenn dem die zeitweise nötigen Beschränkungen nicht entgegenstehen.

„Die kommunale Sportförderung muss sich weiterhin auf den vereinsgebundenen Sport ausrichten, aber auch darauf, dass immer mehr Menschen selbstorganisiert Sport treiben. Nötig ist eine Sportinfrastruktur mit modernen, multifunktionalen Sportanlagen und Sportmöglichkeiten im öffentlichen Raum“, hob der Verbandschef hervor. Die Förderung des Sports sei nicht nur Teil kommunaler Daseinsvorsorge, ein vielfältiges Sportangebot vor Ort mache Städte auch maßgeblich attraktiver.

Die Veränderungen im Bereich der Sportinfrastruktur und beim Sportverhalten der Menschen sowie die notwendigen Anpassungen beleuchtet das aktuell veröffentlichte Grundsatzpapier „Kommunale Sportpolitik und Sportförderung“ des Deutschen Städtetags. Es liefert Handreichungen für die Mitgliedstädte ebenso wie Empfehlungen zu den wichtigsten sportpolitischen Handlungsfeldern. Darüber hinaus sind die zentralen sportpolitischen Forderungen der Städte an Bund, Länder und den organisierten Sport enthalten. DK

Zukunftsforum Ländliche ...

(Fortsetzung von Seite 1)

„Hauptamt stärkt Ehrenamt“ vor. Im Kern geht es dabei um die Chancen und Möglichkeiten, ehrenamtliche Arbeit durch das öffentlich-rechtliche Hauptamt zu fördern. In die Riege der bundesweit 18 Flächenlandkreise, die an dem Projekt teilnehmen dürfen, wurde als einziger in Bayern der Landkreis Regensburg aufgenommen. Dort wird das Vereinscoaching ausgeweitet und aus den gewonnenen Erkenntnissen ein Leitfadens für die Vereine erstellt.

Ein weiteres Fachforum richtete der Deutsche Landkreistag gemeinsam mit der Agrarsozialen Gesellschaft e. V. (ASG), der Andreas Hermes Akademie (AHA), dem Bundesverband der Gemeinnützigen Landesgesellschaften (BLG), dem Deutschen Bauernverband e. V. (DBV), dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB), dem Verband der Landwirtschaftskammern (VLK) dem Thünen-Institut (VTI), dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), sowie der Landwirtschaftlichen Rentenbank aus. Unter dem Titel „ELER: Bürgerschaftliches Engagement und Netzwerke“ wurde erörtert, wie bürgerschaftliches Engagement, neue Formen von Zusammenarbeit und starke Netzwerke die Zukunft auf dem Land gestalten.

Darüber hinaus war erneut auch das vom Deutschen Landkreistag begleitete Modellvorhaben „Smarte.Land.Regionen“ in das Zukunftsforum eingebunden, nachdem im vergangenen Jahr dort sieben ausgewählte Landkreise, darunter auch Neustadt an der Waldnaab, ihre Förderbescheide erhalten hatten.

Anhand der zu ermittelnden Bedarfe sollen innovative digitale Lösungen und Anwendungen entwickelt und erprobt werden, die den Alltag der Menschen in ländlichen Räumen und dabei vor allem die Daseinsvorsorge verbessern. Diese Lösungen werden in den Themenbereichen „Bildung & Arbeit“,

„Gemeinschaft & Ehrenamt“, „Gesundheit & Pflege“ und „Mobilität“ entwickelt. Letztlich soll ein Digitales Ökosystem für die Landkreise entstehen. Neustadt an der Waldnaab kümmert sich gemeinsam mit dem Landkreis Lörrach um „Gesundheit & Pflege“ und will mit seinen Ideen die gesundheitliche Betreuung von Zuhause aus, den Austausch und die Übermittlung von Gesundheitsdaten sowie die Reduzierung von einzelnen Terminen realisieren.

Geld hilft nicht immer

„Geld hilft nicht immer – wer rettet das Ehrenamt“ lautete das Thema eines vom DStGB veranstalteten Forums. Aus Sicht des Kommunalverbandes geht es dabei nicht nur um die Frage, wie es künftig kleinen, finanzschwachen Kommunen besser gelingen kann, das Ehrenamt zu unterstützen.

Kommunen benötigten darüber hinaus konkrete Maßnahmen, mit denen die Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen verbessert werden. Ziel müsse sein, die Infrastruktur in den ländlichen Räumen auszubauen. Den Belastungen durch die Energie- und Klimawende müssten auch Entlastungen gegenüberstehen.

Zugleich müsse die Wirkung von Förderprogrammen stets auf ihre räumliche Wirkung überprüft und die Förderbürokratie weiter abgebaut werden, hieß es weiter. Viele der „normalen“ Bundesprogramme erreichten verwaltungs- und finanzschwache Kommunen nicht ausreichend. Gründe seien mangelnde Personalressourcen, fehlende Eigenmittel, komplexe Antragsverfahren und zu kurze Laufzeiten. Bund und Länder hätten die Aufgabe, Vereinigungen zu schaffen. Schließlich dürfe die Inanspruchnahme der Fördermittel nicht an der Leistungsfähigkeit und Haushaltslage einzelner Städte und Gemeinden scheitern. DK

Diskussion um Digitalbooster

Digitalministerin Judith Gerlach hat im Wirtschaftsausschuss das Jahresmotto „Markt.Wirtschaft.Digital“ vorgestellt. Eine entscheidende Rolle spielen dabei Fort- und Weiterbildung. Die Ausschussmitglieder forderten von der Digitalministerin konkrete Strategievorschläge im Bereich Cybersicherheit und sicherten Unterstützung zu.

In diesem Jahr steht für das Bayerische Digitalministerium die Frage im Fokus: „Wer ist für den Wohlstand in Bayern verantwortlich?“ Das Motto für 2022 lautet daher „Markt.Wirtschaft.Digital“. Konkrete Maßnahmen dazu stellte Digitalministerin Judith Gerlach im Wirtschaftsausschuss vor: „Wir identifizieren und fördern in diesem Jahr zahlreiche digitale Lösungen und Initiativen, die Bayerns Wirtschaft zugutekommen. So wollen wir diejenigen Macherinnen und Macher unterstützen, die große Verantwortung haben.“ Dazu nannte Gerlach konkrete Projekte. Beispielsweise soll das Potenzial Künstlicher Intelligenz genutzt und Anwendungsmöglichkeiten für Betriebe aufgezeigt werden.

Expertise vor Ort behalten

Dazu werden mit dem Projekt „KI-Transfer Plus“ kleine und mittelständische Unternehmen bei Aufbau und Anwendung von KI-Kompetenzen unterstützt. Die Einführung eines Unternehmenskontos soll garantieren, dass alle Unternehmen einen einfachen und zentralen Zugang zu Verwaltungsleistungen haben. Es geht aber nicht nur um „schmückende Projekte“. „Wir gehen auch di-

rekt auf die Unternehmer zu und setzen dort an, wo sie auch neue Innovationen einsetzen können“, bestätigte die Ministerin. Betreuung für den Einzelhandel bietet die Digitalisierungsinitiative „Online - fertig - los“. Unternehmer werden beispielsweise im Rahmen von Workshops dabei unterstützt, ihren Betrieb durch den Aufbau einer Homepage im Netz sichtbar zu machen.

Staatsverwaltung aus anderen Perspektiven

Die Erfüllung der Forderungen im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) bis zum Ende 2022 ist eine der zentralen Herausforderungen der öffentlichen Verwaltung. Viele Kommunen in Bayern haben bereits mit viel Engagement die Digitalisierung ihrer Verwaltungsleistungen begonnen. So werden mit dem Prädikat „Digitales Amt“ des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales Behörden ausgezeichnet, die die OZG-Umsetzung aktiv angehen und bei der Digitalisierung bereits besonders weit vorangeschritten sind. Konkret geht die Auszeichnung an bayerische Kommunen, die mindestens 50 kommunale und zentrale Online-Verfahren im Bayern-Portal eingestellt, beziehungs-

weise verlinkt haben. Im Januar 2022 startete zudem das ressortübergreifende Fellowship-Programm „Digitalschmiede Bayern“. Darin bringen Mitarbeiter aus verschiedenen Bereichen ihre Expertise in die Zusammenarbeit ein und vernetzen sich mit Kollegen. Auch die Unternehmensübergabe wird gefördert. Mit dem Nachwuchsnetzwerk „NextGeneration4Bavaria“ soll der Nachfolgegeneration im Mittelstand die Möglichkeit zum Austausch mit Experten der digitalen Transformation gegeben werden. Zu den Bereichen, in denen es Verbesserungspotential gebe, zählte die Ministerin den Bürokratieabbau, Fachkräftemangel und den Ausbau der Breitbandinfrastruktur.

Ministerin fordert Lösungsvorschläge

In der anschließenden Aussprache erkundigte sich Benjamin Adjei (Bündnis90/Die Grünen), wie der Cyberschutzschirm für den Mittelstand entwickelt und Unternehmen mit konkreten Maßnahmen unterstützt werden sollen, wenn sie von Hackern angegriffen wurden. Gerlach spielte den Ball zurück an die Abgeordneten: „Ich kann Ihnen da heute keine Lösung bieten – Vorschläge von Seiten des Wirtschaftsausschusses nehmen wir entgegen.“ Benjamin Miskowitsch (CSU) betonte, dass Unternehmensansiedlungen von Technologieunternehmen oft nicht an mangelnder Unterstützung scheiterten, sondern aufgrund anderer

Hindernisse, wie Bürgerinitiativen, die Ansiedlungen verhinderte. Gerd Mannes (AfD) fragte nach Plänen, um Unternehmen sowohl kurzfristig als auch langfristig im Bereich Startup zu fördern. Laut Ministerin spielten Fort- und Weiterbildung in diesem Bereich eine wichtige Rolle. Albert Duin (FDP) erkundigte sich, wie der Landtag in die Arbeit des interministeriellen Digitalrats miteinbezogen werden könne. Dieser wurde im Rahmen des Digitalpakts im November 2021 beschlossen. Der Rat überprüft regelmäßig den Abruf der für die Digitalisierung verfügbaren Haushaltsmittel. Den Vorsitz hat das Digitalministerium. Gerald Pittner (Freie Wähler) fragte, wie die Zusammenarbeit mit dem Finanz- und Wirtschaftsministerium umgesetzt werde. Gerlach betonte, dass dabei vor allem die Absprache der „großen Linien“ im Vordergrund stehe. Michael Busch (SPD) forderte einen besseren Breitbandausbau – vor allem für die ländlichen Regionen. Ausschussvorsitzender Sandro Kirchner (CSU) hob in diesem Zusammenhang hervor, dass Bayern – auch im Vergleich zum Ausland – über vorzeigbare Rahmenbedingungen verfüge und unterstrich sein Argument mit aktuellen Zahlen. Laut Breitbandatlas des Bundes sind derzeit (Stand Mitte 2020) 97 Prozent der bayerischen Haushalte mit mind. 30 Mbit/s versorgt. Zum Vergleich: Ende 2013 waren in ländlichen Gemeinden nur 27 Prozent erschlossen. „Aber wir nehmen die Herausforderung der Ministerin an und werden uns mit Vorschlägen einbringen“, kündigte Kirchner abschließend an. **red**

Digitalgesetz im Landtag

Digitalministerin Judith Gerlach: Bayern auf gutem Weg zum europäischen E-Government Champion

Der Gesetzentwurf zum neuen Bayerischen Digitalgesetz nimmt die nächste Hürde. Am 25. Januar wurde der Entwurf des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales in erster Lesung im Bayerischen Landtag beraten. Digitalministerin Judith Gerlach erklärt: „Ein moderner Staat muss ein serviceorientierter Staat sein. Mit unserem neuen Digitalgesetz wollen wir deshalb die Digitalisierung zum Nutzen der Menschen gestalten. Das digitale Verfahren wird zum Regelfall. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten einen Anspruch auf digitale Identität. Bayern ist damit auf gutem Weg zum europäischen E-Government Champion. Denn wie die TU München in einer Studie bestätigt, ist der Freistaat mit dem Digitalgesetz sogar im europäischen Vergleich ganz vorne dabei.“

Mit dem neuen Bayerischen Digitalgesetz wird Digitalisierung auch rechtlich nicht nur punktuell, sondern als zusammenhängender Sachbereich erfasst. Der Gesetzentwurf besteht aus drei Kernbausteinen. In einem ersten „Allgemeinen Teil“ werden erstmals Digitalisierungsaufgaben des Freistaats gesetzlich definiert und wesentliche digitale Rechte der Bürgerinnen und Bürger verankert. Zu

den gesetzlich definierten Aufgaben des Freistaats im Bereich der Digitalisierung zählen u.a. die Förderung digitaler Technologien, leistungsfähiger digitaler Infrastrukturen sowie die Digitalisierung der Verwaltung.

Der zweite Schwerpunkt des Gesetzentwurfs liegt in der erstmaligen Verankerung einer „Charta“ digitaler Rechte und Gewährleistungen. Beim heutigen Stand der Digitalisierung ist die Ausübung fast aller Grundrechte eng mit der Möglichkeit des Internetzugangs verknüpft. Daher soll im Bayerischen Digitalgesetz bundesweit erstmals ein explizites Abwehrrecht auf freien Zugang zum Internet verankert werden. Zudem schreibt das Gesetz weitere Rechte fest, etwa das Recht auf Mobile Government und Digitale Identität. Drittens umfasst der Entwurf des Digitalgesetzes ein umfassendes Programm zur Verwaltungsmodernisierung und zum Bürokratieabbau durch ein effizientes und innovationsoffenes digitales Verwaltungsrecht. **□**



Judith Gerlach.

Bild: Kurt Krieger

GZ KOMMUNAL-ABC



ABC des Mobilfunknetzausbaus

In Kooperation mit dem Informationszentrum Mobilfunk www.gemeindezeitung.de/ABC

Teil 5:

Mobilfunk und Gesundheit

Täglich nutzen wir Smartphones und andere mobile Geräte und können uns ein Leben ohne mobile Kommunikation kaum mehr vorstellen. Die Technologie entwickelt sich schnell weiter und der steigende Datenverkehr macht den weiteren Ausbau der Infrastruktur erforderlich. Im ABC des Mobilfunknetzausbaus erläutern wir genauer, warum die Netze weiter ausgebaut werden, wie die kommunale Beteiligung beim Ausbau geregelt ist, was 5G eigentlich ist und welchen Kenntnisstand es zur Auswirkung von Mobilfunk auf die Gesundheit gibt.

Wirkung elektromagnetischer Felder

Alle Funkdienste nutzen zur Informationsübermittlung elektromagnetische Felder. Diese werden technisch erzeugt und über Antennen ausgesendet beziehungsweise empfangen. Elektromagnetische Felder gehören zum Bereich der sogenannten nicht ionisierenden Strahlung. Eine wichtige Eigenschaft dieser Felder ist, dass ihre Energie nicht ausreicht, um bei der Durchdringung von Stoffen Atome oder Moleküle in einen elektrisch geladenen Zustand zu versetzen (zu ionisieren). Die Wirkung von elektromagnetischen Feldern auf Lebewesen hängt von der Frequenz und der Intensität ab. Hochfrequente elektromagnetische Felder, wie sie auch beim Mobilfunk zum Einsatz kommen, dringen nur wenige Zentimeter in den Körper ein. Sie werden größtenteils an der Hautoberfläche absorbiert. Die dabei entstehende leichte Temperaturerhöhung kompensiert der Körper, indem er die Wärme über den Blutkreislauf abtransportiert. Diese Wärmewirkung ist die bislang einzige wissenschaftlich anerkannte und belegte Wirkung mit gesundheitlicher Relevanz.

Um zu gewährleisten, dass Handys, Smartphones oder Tablets jederzeit ohne gesundheitliche Gefährdungen genutzt werden können, hat der Gesetzgeber verbindliche Grenzwerte zum Schutz der Gesundheit festgelegt. Diese basieren auf dem aktuellen wissenschaftlichen Stand, um vor möglichen gesundheitlichen Risiken elektromagnetischer Felder zu schützen.

Stand der Forschung

Über biologische und gesundheitliche Wirkungen von Mobilfunkfeldern wird seit 20 Jahren intensiv geforscht. Vor allem die Frage, ob schwache elektromagnetische Felder einen negativen Einfluss auf die Gesundheit haben könnten, wird untersucht. Es gibt Versuche im Labor mit Zellen und Tieren, um mögliche Effekte nachzuweisen und zu verstehen. Auch Laborstudien mit Menschen – zum Beispiel zur Wahrnehmung von Feldern oder zum Schlafverhalten – werden durchgeführt. Medizinische Daten, die aus Befragungen

oder Statistiken stammen, werden in sogenannten epidemiologischen Studien ausgewertet.

Einen umfassenden Überblick über den aktuellen Forschungsstand bietet das EMF-Portal des Forschungszentrums für Elektromagnetische Umweltverträglichkeit der RWTH Aachen (www.emf-portal.de/). In der Literaturlistenbank des EMF-Portals sind derzeit rund 35.000 wissenschaftliche Publikationen abrufbar und ca. 7.000 Zusammenfassungen einzelner wissenschaftlicher Arbeiten zu den Wirkungen elektromagnetischer Felder.

Wie ist die Einschätzung nationaler und internationaler Expertengremien?

Die Forschungsergebnisse werden von Wissenschaftlern diskutiert und dienen als Ansatzpunkt für neue Fragestellungen und Studien. Nationale und internationale Expertengremien sichten kontinuierlich den aktuellen Forschungsstand und erstellen zusammenfassende Bewertungen der Studienlage. Politische Entscheidungsträger nutzen diese Forschungsberichte wiederum als Leitfaden zur Festlegung gesetzlicher Richtlinien.

Auf Basis der aktuellen Forschungsergebnisse kommen die Expertengremien wie die Internationale Strahlenschutzkommission (ICNIRP), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die deutsche Strahlenschutzkommission (SSK) oder das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) übereinstimmend zu dem Schluss, dass bei Einhaltung der Grenzwerte eine sichere Nutzung der Mobilfunktechnologie für alle Personengruppen gewährleistet ist. Dennoch empfehlen sie die Durchführung weiterer Forschungsarbeiten, vor allem hinsichtlich der Langzeiteffekte des Mobilfunks auf den Menschen.

Gelten die Erkenntnisse auch für 5G?

Die aktuell beim 5G-Ausbau verwendeten Frequenzen liegen im bereits heute genutzten Bereich des elektromagnetischen Spektrums. Die derzeit vorhandenen Forschungserkenntnisse haben also auch für 5G weitgehend Gültigkeit. Laut Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) sind die vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse zu den Wirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Felder auf den Menschen auch für den 5G-Standard grundsätzlich anwendbar.

Das BfS zieht in einer aktuellen Publikation folgendes Fazit: „Es gibt – bei umfangreicher Datenlage – keine wissenschaftlich gesicherten Belege für negative Gesundheitseffekte durch 5G unterhalb der bestehenden Grenzwerte. Den stets verbleibenden Unsicherheiten in der wissenschaftlichen Risikobewertung wird über Forschung Rechnung getragen. Das BfS wird auch weiterhin die wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen kontinuierlich verfolgen, um zeitnah reagieren zu können, wenn sich an dieser Bewertung etwas ändern sollte.“¹

Der 6. und letzte Teil des ABC des Mobilfunknetzausbaus erläutert, welche Rolle die Kommunen im Spannungsfeld des Netzausbaus haben. **□**

Weitere Informationen unter: www.kommunalinfo-mobilfunk.de und www.informationszentrum-mobilfunk.de

¹<https://www.bfs.de/SharedDocs/Downloads/BfS/DE/broschueren/emf/standpunkt-5g.html>



Mobilfunkversorgung im ländlichen Raum.

Foto: Informationszentrum Mobilfunk – Hendrik Zwietsch

vbw-Appell zum Netzausbau:

Mit steigendem Bedarf Schritt halten!

Die Corona-Krise hat das Tempo der digitalen Transformation potenziert, die bayerischen Unternehmen setzen immer intensiver auf digitale Technologien. Die Breitbandbedarfe steigen weiter – sowohl festnetzgebunden als auch bei der mobilen Datenübertragung. Dank der Förderpolitik der Bayerischen Staatsregierung hat der Netzausbau im Freistaat deutliche Fortschritte gemacht. Zu diesen Ergebnissen kommen aktuelle Studien des vbw zum Breitbandbedarf der Unternehmen und zum Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern. „Jetzt geht es darum, diesen Kurs zu halten und bedarfsgemäß einen Gang hochzuschalten“, erklärte vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt im Rahmen einer Online-Pressekonferenz.

Wie Finanz- und Heimatminister Albert Füracker betonte, „ist der Breitbandausbau in Bayern das erfolgreichste Infrastrukturprojekt der letzten Jahre. Der Glasfaserausbau in Bayern läuft auf Hochtouren. Dies belegen auch die aktuellen vbw-Studien: 90,7 Prozent der Menschen in Bayern und 89,9 Prozent aller Gewerbestandorte in Bayern können mit mindestens 100 Mbit/s surfen, über 64 Prozent sogar mit Gigabitgeschwindigkeit.“

Kein Bundesland unterstützt seine Kommunen beim Glasfaserausbau stärker als der Freistaat Bayern, fuhr Füracker fort. „Unsere Förderprogramme sind unbürokratisch und effektiv. Mehr als 1,6 Milliarden Euro Fördergelder investiert der Freistaat in den Glasfaserausbau – ein bundesweiter Spitzenwert. Eine moderne digitale Infrastruktur ist Grundpfeiler für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und essenzieller Standortfaktor für die bayerischen Unternehmen und Kommunen. Für unsere Familien und unsere Kultur ist Glasfaser die digitale Lebensader der Gegenwart und Zukunft. Unser ambitioniertes Ziel bleibt: Gigabit bis in jedes Haus.“

Graue Flecken-Förderung

Laut Minister beweisen die vbw-Studien, dass bei der Versorgung mit 100 Mbit/s und 1 Gbit/s Bayern deutlich über dem Bundesschnitt liegt. Mit der Bayerischen Gigabitrichtlinie habe der Freistaat den Weg geebnet und könne seitdem als erste Region in der Europäischen Union den Glasfaserausbau auch dort fördern, wo bereits ein Netzbetreiber mindestens 30 Mbit/s anbietet (sog. graue Flecken). Bislang seien schon über 1.000 Gemeinden in das Förderverfahren eingestiegen.

Eine Spitzenposition belegt Bayern bei der Versorgung von Gewerbestandorten: Rund 59 Prozent hätten mindestens 1 Gbit/s zur Verfügung – ein Zuwachs um 12,6 Prozentpunkte gegenüber Ende des Jahres 2019. Die Studien der vbw zeigten auch, dass Gigabitbandbreiten, obwohl

sie technisch zur Verfügung stehen, oft nicht gebucht werden, so Füracker. Das Ausbaitempo liege somit deutlich vor der tatsächlichen Nachfrage.

Auch wies der Minister darauf hin, dass in keinem Bundesland ländliche Gemeinden ähnlich gut versorgt seien wie in Bayern. Dort habe sich seit 2013 die Versorgung von 27,1 Prozent der Haushalte um 66 Prozentpunkte auf 93,7 Prozent verbessert – der Spitzenwert in Deutschland. Schnelles Internet sei im Freistaat nahezu flächendeckend verfügbar. Aktuell seien bereits rund 98 Prozent der Haushalte bayernweit mit schnellem Internet ausgestattet, nach Abschluss aller laufenden Förderprojekte werden es über 99 Prozent sein.

Beste Fördermöglichkeiten

„Die Kommunen und damit auch die Unternehmen vor Ort haben mit der Kombination von Bundesförderung, bayerischer Kofinanzierung und Gigabitrichtlinie auch bundesweit mit Abstand die besten Fördermöglichkeiten“, hob Füracker hervor. Von den derzeit zugesagten bayerischen Fördermitteln wurden über 310 Millionen Euro als unbürokratische Kofinanzierung zur Bundesförderung, sowie über 96 Millionen Euro zum Glasfaserausbau für öffentliche Schulen, Rathäuser und Plankrankenhäuser bewilligt. Seit 2014 haben Freistaat, Bund und Kommunen zusammen über 2,5 Milliarden Euro in den bayerischen Breitbandausbau investiert.

Laut der Studie „Breitbandbedarf der bayerischen Unternehmen – leitungsgelinkt und mobil“ steigt dieser bis zum Jahr 2023 nochmals spürbar an. 58 Prozent der Unternehmen gehen von einem steigenden Bedarf aus. Das entspricht einem langjährigen Trend. Für 2023 erwarten 92 Prozent der Unternehmen einen Bandbreitenbedarf von über 50 Mbit/s, 71 Prozent rechnen damit, dass sie Übertragungsgeschwindigkeiten von über 100 Mbit/s benötigen werden, und 15 Prozent rechnen mit einem Bedarf von über 500 Mbit/s.

Gestiegen ist auch der Anteil der Mitarbeiter mit internetfähigen Mobilgeräten. 58 Prozent der Unternehmen haben Mitarbeiter bereits mit 5G-fähigen Mobilgeräten und entsprechenden Tarifen ausgestattet oder planen dies. 20 Prozent der Unternehmen beabsichtigen oder diskutieren die Entwicklung eigener 5G-spezifischer Produkte bzw. Dienstleistungen, weitere 33 Prozent können es sich vorstellen. Bei den übrigen Studienteilnehmern überwiegen Bedenken zur Datensicherheit (55 Prozent), fehlende Budgets (43 Prozent), fehlende Standards (46 Prozent), fehlende Anwendungsmöglichkeiten (44 Prozent, einziger zum Vorjahr gestiegener Wert) oder ein noch unklarer Nutzen (26 Prozent).

Zudem setzen die Unternehmen immer intensiver auf digitale Technologie. Die Einsatzgebiete zeigen: Nach wie vor ist die Corona-Pandemie dafür ein wichtiger Treiber. So bietet derzeit fast jedes Unternehmen (91 Prozent) Home-Office an. Rund 90 Prozent nutzen Videokonferenzen und 45 Prozent Service-Portale für Kunden. Fernwartungen und -zugriffe zeigen einen beachtlichen Zuwachs auf aktuell 43 Prozent (Vorjahr 30 Prozent). Verschiedene Cloud-Varianten werden von zehn (Outsourcing ganzer Geschäftsbereiche) bis 42 Prozent der Unternehmen (unternehmenseigene Cloud-Dienste) genutzt.

Deutlich angestiegen ist die Nutzung externer digitaler Infrastrukturen (von 22 auf 37 Prozent) und von Anwendungen bzw. Software externer Anbieter (von 22 auf 29 Prozent). Beim „Internet der Dinge und Dienste“ nimmt neben der tatsächlichen Nutzung verschiedener Optionen auch das zusätzlich wahrgenommene Nutzungspotenzial zu. Ähnliches gilt, teilweise noch auf etwas niedrigerem Niveau, auch für andere innovative Anwendungen. All dies verursacht auch weiter steigende Bandbreitenbedarfe.

Aktuell sind 60 Prozent der Betriebe mit der Bandbreite im Festnetz zufrieden. Nach den Worten von vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt „ist das in der mehrjährigen Reihe unserer Studien ein Höchstwert. Die Pandemie ist für die digitale Infrastrukturlösung zu einer unerwarteten Bewährungsprobe geworden, die sie bestanden hat – das honorieren die Betriebe. Gleichzeitig werden beispielsweise unternehmenseigene Cloud-Lösungen und Big Data immer wichtiger. Des-

halb mahnen die Unternehmen weiterhin Handlungsbedarf beim Netzausbau an: 54 Prozent der befragten Betriebe sehen sich durch ein unzureichendes Festnetz im Geschäft beeinträchtigt, 72 Prozent sind es beim Mobilfunknetz.“

Brossardt zufolge wirkt das bayerische Breitbandförderprogramm, insbesondere auch in den ländlichen Regionen. Dort verfügen 77 Prozent der Haushalte über Anschlüsse mit mindestens 100 Mbit/s, während es deutschlandweit nur 68,8 Prozent sind. Auch der Ausbau des Glasfasernetzes in Bayern ist in den vergangenen Jahren deutlich fortgeschritten: Rund 18 Prozent

der Haushalte verfügten Mitte 2021 über einen Glasfaserausbau, deutschlandweit sind es im Schnitt nur 15,8 Prozent. Im internationalen Vergleich schneidet Deutschland bei Hochgeschwindigkeitsanschlüssen jedoch nur mäßig ab und fällt hinter Länder wie Südkorea und Japan aber auch Schweden, Italien oder Frankreich zurück.

Glasfaser flächendeckend und 5G lückenlos bis 2025

„Hier müssen wir Boden gutmachen und unseren Wirtschaftsstandort zukunftssicher und wettbewerbsfähig aufstellen. Wir müssen beim Netzausbau an un-

seren ehrgeizigen Zielen festhalten“, hob Brossardt hervor. „Bis 2025 muss Glasfaser flächendeckend ausgebaut und 5G lückenlos verfügbar sein. Dafür gilt es, den privatwirtschaftlichen Ausbau weiter zu fördern. Den nötigen Geschwindigkeitsschub müssen straffere Genehmigungsverfahren und Erleichterungen bei der Standortsuche für Mobilfunkmasten bringen. Schließlich müssen die Widerstände aus der Bevölkerung adressiert werden. Mit Blick auf die Sceptiker gilt es, Sorgen vor gesundheitlichen Schäden auszuräumen und den Nutzen einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur noch stärker herauszustellen.“

DK

M-net bringt Glasfaser in die Gewerbegebiete Oberpfaffenhofen und Neugilching:

Zukunftssichere Glasfaseranschlüsse für rund 80 Unternehmen

Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net hat den Ausbau der Gewerbegebiete an Argelsrieder Feld in Oberpfaffenhofen und Neugilching mit einem offiziellen Spatenstich gestartet. Bis Ende Mai erschließt M-net diese Gewerbegebiete eigenwirtschaftlich mit Glasfaser und bietet den rund 80 dort ansässigen Unternehmen leistungsstarke Datenanbindungen mit Bandbreiten bis zu 1 Gbit/s über direkte Glasfaserleitungen bis ins Büro (FTTH) oder alternativ symmetrische Bandbreiten bis zu 10 Gbit/s über Direct Access-Festverbindungen. Im Rahmen einer Vorvermarktung hat sich bereits ein Großteil der Unternehmen im Ausbaubereich für einen Glasfaseranschluss entschieden. Bestellungen der weiteren dort ansässigen Firmen sind noch während der laufenden Bauphase möglich. Parallel prüft M-net die Glasfaser-Erschließung für rund 70 weitere Unternehmen im Gewerbegebiet Gilching-Süd, die im Anschluss starten könnten.

Nachdem M-net bereits im gesamten Landkreis Starnberg schnelles Internet, Telefon und IPTV-Dienste für Privatkunden anbietet, erschließt das Unternehmen nun im Rahmen eines eigenwirtschaftlichen Ausbauprojektes die Gewerbegebiete Oberpfaffenhofen und Neugilching mit zukunftssicheren Glasfaserleitungen. Zunächst wird in den kommenden Tagen eine Glasfasertrasse auf dem Gelände in Oberpfaffenhofen am Argelsrieder Feld südlich des DLR-Geländes verlegt, anschließend wird diese entlang der Münchner und Friedrichshafener Straße bis ins Gewerbegebiet Neugilching erweitert. Sobald es die Witterungsbedingungen zulassen, werden im nächsten Schritt die einzelnen Firmengebäude an die Glasfaserrasse angebunden und die Anschlüsse aktiviert.

„Die zunehmende Vernetzung im digitalen Leben, neue Industrieverfahren sowie datenintensive Anwendungen wie Cloud-Computing oder Video-Konferenzen benötigen zunehmend hohe Bandbreiten sowie eine stabile Leitung. Viele der Unternehmen in den Gewerbegebieten Oberpfaffenhofen und Neugilching haben sich daher bereits für einen Glasfaseranschluss entschieden. Alle weiteren Unternehmen, die sich noch jetzt während der Bauphase für einen Anschluss von M-net melden, erhalten die Glasfaser-Anbindung ihres Firmengebäudes kostenlos. Zu einem späteren Zeitpunkt werden für die Anbindung an das Glasfasernetz Erschließungskosten fällig.“

„Die Ausbauphase ist also die letzte Gelegenheit, kostenlosen Anschluss an das zukunftssichere Glasfasernetz zu erhalten“, erklärt Nelson Killius, der Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Die Glasfaser ist das einzige Übertragungsmedium, das ausreichend Kapazität bietet, um

den immer weiter steigenden Daten- und Bandbreitenbedarf auch in Zukunft ohne Nachrüstungen zu erfüllen. Sie trägt damit auch entscheidend zur Wertigkeit von Wohn- oder Gewerbeimmobilien bei.“

Interessierte Unternehmen können sich unverbindlich per E-Mail an ausbau-b2b@m-net.de oder per Telefon unter 089 452003118 an das M-net Ausbaumanagement wenden.

„Die zunehmende Vernetzung im digitalen Leben, neue Industrieverfahren sowie datenintensive Anwendungen wie Cloud-Computing oder Video-Konferenzen benötigen zunehmend hohe Bandbreiten sowie eine stabile Leitung. Viele der Unternehmen in den Gewerbegebieten Oberpfaffenhofen und Neugilching haben sich daher bereits für einen Glasfaseranschluss entschieden. Alle weiteren Unternehmen, die sich noch jetzt während der Bauphase für einen Anschluss von M-net melden, erhalten die Glasfaser-Anbindung ihres Firmengebäudes kostenlos. Zu einem späteren Zeitpunkt werden für die Anbindung an das Glasfasernetz Erschließungskosten fällig.“

„Die Ausbauphase ist also die letzte Gelegenheit, kostenlosen Anschluss an das zukunftssichere Glasfasernetz zu erhalten“, erklärt Nelson Killius, der Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Die Glasfaser ist das einzige Übertragungsmedium, das ausreichend Kapazität bietet, um

den immer weiter steigenden Daten- und Bandbreitenbedarf auch in Zukunft ohne Nachrüstungen zu erfüllen. Sie trägt damit auch entscheidend zur Wertigkeit von Wohn- oder Gewerbeimmobilien bei.“

Interessierte Unternehmen können sich unverbindlich per E-Mail an ausbau-b2b@m-net.de oder per Telefon unter 089 452003118 an das M-net Ausbaumanagement wenden.

„Die zunehmende Vernetzung im digitalen Leben, neue Industrieverfahren sowie datenintensive Anwendungen wie Cloud-Computing oder Video-Konferenzen benötigen zunehmend hohe Bandbreiten sowie eine stabile Leitung. Viele der Unternehmen in den Gewerbegebieten Oberpfaffenhofen und Neugilching haben sich daher bereits für einen Glasfaseranschluss entschieden. Alle weiteren Unternehmen, die sich noch jetzt während der Bauphase für einen Anschluss von M-net melden, erhalten die Glasfaser-Anbindung ihres Firmengebäudes kostenlos. Zu einem späteren Zeitpunkt werden für die Anbindung an das Glasfasernetz Erschließungskosten fällig.“

„Die Ausbauphase ist also die letzte Gelegenheit, kostenlosen Anschluss an das zukunftssichere Glasfasernetz zu erhalten“, erklärt Nelson Killius, der Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Die Glasfaser ist das einzige Übertragungsmedium, das ausreichend Kapazität bietet, um

den immer weiter steigenden Daten- und Bandbreitenbedarf auch in Zukunft ohne Nachrüstungen zu erfüllen. Sie trägt damit auch entscheidend zur Wertigkeit von Wohn- oder Gewerbeimmobilien bei.“

Interessierte Unternehmen können sich unverbindlich per E-Mail an ausbau-b2b@m-net.de oder per Telefon unter 089 452003118 an das M-net Ausbaumanagement wenden.

„Die zunehmende Vernetzung im digitalen Leben, neue Industrieverfahren sowie datenintensive Anwendungen wie Cloud-Computing oder Video-Konferenzen benötigen zunehmend hohe Bandbreiten sowie eine stabile Leitung. Viele der Unternehmen in den Gewerbegebieten Oberpfaffenhofen und Neugilching haben sich daher bereits für einen Glasfaseranschluss entschieden. Alle weiteren Unternehmen, die sich noch jetzt während der Bauphase für einen Anschluss von M-net melden, erhalten die Glasfaser-Anbindung ihres Firmengebäudes kostenlos. Zu einem späteren Zeitpunkt werden für die Anbindung an das Glasfasernetz Erschließungskosten fällig.“

„Die Ausbauphase ist also die letzte Gelegenheit, kostenlosen Anschluss an das zukunftssichere Glasfasernetz zu erhalten“, erklärt Nelson Killius, der Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Die Glasfaser ist das einzige Übertragungsmedium, das ausreichend Kapazität bietet, um

den immer weiter steigenden Daten- und Bandbreitenbedarf auch in Zukunft ohne Nachrüstungen zu erfüllen. Sie trägt damit auch entscheidend zur Wertigkeit von Wohn- oder Gewerbeimmobilien bei.“

Interessierte Unternehmen können sich unverbindlich per E-Mail an ausbau-b2b@m-net.de oder per Telefon unter 089 452003118 an das M-net Ausbaumanagement wenden.

„Die zunehmende Vernetzung im digitalen Leben, neue Industrieverfahren sowie datenintensive Anwendungen wie Cloud-Computing oder Video-Konferenzen benötigen zunehmend hohe Bandbreiten sowie eine stabile Leitung. Viele der Unternehmen in den Gewerbegebieten Oberpfaffenhofen und Neugilching haben sich daher bereits für einen Glasfaseranschluss entschieden. Alle weiteren Unternehmen, die sich noch jetzt während der Bauphase für einen Anschluss von M-net melden, erhalten die Glasfaser-Anbindung ihres Firmengebäudes kostenlos. Zu einem späteren Zeitpunkt werden für die Anbindung an das Glasfasernetz Erschließungskosten fällig.“

„Die Ausbauphase ist also die letzte Gelegenheit, kostenlosen Anschluss an das zukunftssichere Glasfasernetz zu erhalten“, erklärt Nelson Killius, der Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Die Glasfaser ist das einzige Übertragungsmedium, das ausreichend Kapazität bietet, um

den immer weiter steigenden Daten- und Bandbreitenbedarf auch in Zukunft ohne Nachrüstungen zu erfüllen. Sie trägt damit auch entscheidend zur Wertigkeit von Wohn- oder Gewerbeimmobilien bei.“

Interessierte Unternehmen können sich unverbindlich per E-Mail an ausbau-b2b@m-net.de oder per Telefon unter 089 452003118 an das M-net Ausbaumanagement wenden.

„Die zunehmende Vernetzung im digitalen Leben, neue Industrieverfahren sowie datenintensive Anwendungen wie Cloud-Computing oder Video-Konferenzen benötigen zunehmend hohe Bandbreiten sowie eine stabile Leitung. Viele der Unternehmen in den Gewerbegebieten Oberpfaffenhofen und Neugilching haben sich daher bereits für einen Glasfaseranschluss entschieden. Alle weiteren Unternehmen, die sich noch jetzt während der Bauphase für einen Anschluss von M-net melden, erhalten die Glasfaser-Anbindung ihres Firmengebäudes kostenlos. Zu einem späteren Zeitpunkt werden für die Anbindung an das Glasfasernetz Erschließungskosten fällig.“

„Die Ausbauphase ist also die letzte Gelegenheit, kostenlosen Anschluss an das zukunftssichere Glasfasernetz zu erhalten“, erklärt Nelson Killius, der Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Die Glasfaser ist das einzige Übertragungsmedium, das ausreichend Kapazität bietet, um

den immer weiter steigenden Daten- und Bandbreitenbedarf auch in Zukunft ohne Nachrüstungen zu erfüllen. Sie trägt damit auch entscheidend zur Wertigkeit von Wohn- oder Gewerbeimmobilien bei.“

Interessierte Unternehmen können sich unverbindlich per E-Mail an ausbau-b2b@m-net.de oder per Telefon unter 089 452003118 an das M-net Ausbaumanagement wenden.

„Die zunehmende Vernetzung im digitalen Leben, neue Industrieverfahren sowie datenintensive Anwendungen wie Cloud-Computing oder Video-Konferenzen benötigen zunehmend hohe Bandbreiten sowie eine stabile Leitung. Viele der Unternehmen in den Gewerbegebieten Oberpfaffenhofen und Neugilching haben sich daher bereits für einen Glasfaseranschluss entschieden. Alle weiteren Unternehmen, die sich noch jetzt während der Bauphase für einen Anschluss von M-net melden, erhalten die Glasfaser-Anbindung ihres Firmengebäudes kostenlos. Zu einem späteren Zeitpunkt werden für die Anbindung an das Glasfasernetz Erschließungskosten fällig.“

„Die Ausbauphase ist also die letzte Gelegenheit, kostenlosen Anschluss an das zukunftssichere Glasfasernetz zu erhalten“, erklärt Nelson Killius, der Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Die Glasfaser ist das einzige Übertragungsmedium, das ausreichend Kapazität bietet, um

den immer weiter steigenden Daten- und Bandbreitenbedarf auch in Zukunft ohne Nachrüstungen zu erfüllen. Sie trägt damit auch entscheidend zur Wertigkeit von Wohn- oder Gewerbeimmobilien bei.“

Interessierte Unternehmen können sich unverbindlich per E-Mail an ausbau-b2b@m-net.de oder per Telefon unter 089 452003118 an das M-net Ausbaumanagement wenden.

„Die zunehmende Vernetzung im digitalen Leben, neue Industrieverfahren sowie datenintensive Anwendungen wie Cloud-Computing oder Video-Konferenzen benötigen zunehmend hohe Bandbreiten sowie eine stabile Leitung. Viele der Unternehmen in den Gewerbegebieten Oberpfaffenhofen und Neugilching haben sich daher bereits für einen Glasfaseranschluss entschieden. Alle weiteren Unternehmen, die sich noch jetzt während der Bauphase für einen Anschluss von M-net melden, erhalten die Glasfaser-Anbindung ihres Firmengebäudes kostenlos. Zu einem späteren Zeitpunkt werden für die Anbindung an das Glasfasernetz Erschließungskosten fällig.“

„Die Ausbauphase ist also die letzte Gelegenheit, kostenlosen Anschluss an das zukunftssichere Glasfasernetz zu erhalten“, erklärt Nelson Killius, der Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Die Glasfaser ist das einzige Übertragungsmedium, das ausreichend Kapazität bietet, um

den immer weiter steigenden Daten- und Bandbreitenbedarf auch in Zukunft ohne Nachrüstungen zu erfüllen. Sie trägt damit auch entscheidend zur Wertigkeit von Wohn- oder Gewerbeimmobilien bei.“

Interessierte Unternehmen können sich unverbindlich per E-Mail an ausbau-b2b@m-net.de oder per Telefon unter 089 452003118 an das M-net Ausbaumanagement wenden.

„Die zunehmende Vernetzung im digitalen Leben, neue Industrieverfahren sowie datenintensive Anwendungen wie Cloud-Computing oder Video-Konferenzen benötigen zunehmend hohe Bandbreiten sowie eine stabile Leitung. Viele der Unternehmen in den Gewerbegebieten Oberpfaffenhofen und Neugilching haben sich daher bereits für einen Glasfaseranschluss entschieden. Alle weiteren Unternehmen, die sich noch jetzt während der Bauphase für einen Anschluss von M-net melden, erhalten die Glasfaser-Anbindung ihres Firmengebäudes kostenlos. Zu einem späteren Zeitpunkt werden für die Anbindung an das Glasfasernetz Erschließungskosten fällig.“

„Die Ausbauphase ist also die letzte Gelegenheit, kostenlosen Anschluss an das zukunftssichere Glasfasernetz zu erhalten“, erklärt Nelson Killius, der Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Die Glasfaser ist das einzige Übertragungsmedium, das ausreichend Kapazität bietet, um

den immer weiter steigenden Daten- und Bandbreitenbedarf auch in Zukunft ohne Nachrüstungen zu erfüllen. Sie trägt damit auch entscheidend zur Wertigkeit von Wohn- oder Gewerbeimmobilien bei.“

Interessierte Unternehmen können sich unverbindlich per E-Mail an ausbau-b2b@m-net.de oder per Telefon unter 089 452003118 an das M-net Ausbaumanagement wenden.

„Die zunehmende Vernetzung im digitalen Leben, neue Industrieverfahren sowie datenintensive Anwendungen wie Cloud-Computing oder Video-Konferenzen benötigen zunehmend hohe Bandbreiten sowie eine stabile Leitung. Viele der Unternehmen in den Gewerbegebieten Oberpfaffenhofen und Neugilching haben sich daher bereits für einen Glasfaseranschluss entschieden. Alle weiteren Unternehmen, die sich noch jetzt während der Bauphase für einen Anschluss von M-net melden, erhalten die Glasfaser-Anbindung ihres Firmengebäudes kostenlos. Zu einem späteren Zeitpunkt werden für die Anbindung an das Glasfasernetz Erschließungskosten fällig.“

„Die Ausbauphase ist also die letzte Gelegenheit, kostenlosen Anschluss an das zukunftssichere Glasfasernetz zu erhalten“, erklärt Nelson Killius, der Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Die Glasfaser ist das einzige Übertragungsmedium, das ausreichend Kapazität bietet, um

den immer weiter steigenden Daten- und Bandbreitenbedarf auch in Zukunft ohne Nachrüstungen zu erfüllen. Sie trägt damit auch entscheidend zur Wertigkeit von Wohn- oder Gewerbeimmobilien bei.“

Interessierte Unternehmen können sich unverbindlich per E-Mail an ausbau-b2b@m-net.de oder per Telefon unter 089 452003118 an das M-net Ausbaumanagement wenden.

„Die zunehmende Vernetzung im digitalen Leben, neue Industrieverfahren sowie datenintensive Anwendungen wie Cloud-Computing oder Video-Konferenzen benötigen zunehmend hohe Bandbreiten sowie eine stabile Leitung. Viele der Unternehmen in den Gewerbegebieten Oberpfaffenhofen und Neugilching haben sich daher bereits für einen Glasfaseranschluss entschieden. Alle weiteren Unternehmen, die sich noch jetzt während der Bauphase für einen Anschluss von M-net melden, erhalten die Glasfaser-Anbindung ihres Firmengebäudes kostenlos. Zu einem späteren Zeitpunkt werden für die Anbindung an das Glasfasernetz Erschließungskosten fällig.“

„Die Ausbauphase ist also die letzte Gelegenheit, kostenlosen Anschluss an das zukunftssichere Glasfasernetz zu erhalten“, erklärt Nelson Killius, der Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Die Glasfaser ist das einzige Übertragungsmedium, das ausreichend Kapazität bietet, um

den immer weiter steigenden Daten- und Bandbreitenbedarf auch in Zukunft ohne Nachrüstungen zu erfüllen. Sie trägt damit auch entscheidend zur Wertigkeit von Wohn- oder Gewerbeimmobilien bei.“

Interessierte Unternehmen können sich unverbindlich per E-Mail an ausbau-b2b@m-net.de oder per Telefon unter 089 452003118 an das M-net Ausbaumanagement wenden.

„Die zunehmende Vernetzung im digitalen Leben, neue Industrieverfahren sowie datenintensive Anwendungen wie Cloud-Computing oder Video-Konferenzen benötigen zunehmend hohe Bandbreiten sowie eine stabile Leitung. Viele der Unternehmen in den Gewerbegebieten Oberpfaffenhofen und Neugilching haben sich daher bereits für einen Glasfaseranschluss entschieden. Alle weiteren Unternehmen, die sich noch jetzt während der Bauphase für einen Anschluss von M-net melden, erhalten die Glasfaser-Anbindung ihres Firmengebäudes kostenlos. Zu einem späteren Zeitpunkt werden für die Anbindung an das Glasfasernetz Erschließungskosten fällig.“

„Die Ausbauphase ist also die letzte Gelegenheit, kostenlosen Anschluss an das zukunftssichere Glasfasernetz zu erhalten“, erklärt Nelson Killius, der Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Die Glasfaser ist das einzige Übertragungsmedium, das ausreichend Kapazität bietet, um

den immer weiter steigenden Daten- und Bandbreitenbedarf auch in Zukunft ohne Nachrüstungen zu erfüllen. Sie trägt damit auch entscheidend zur Wertigkeit von Wohn- oder Gewerbeimmobilien bei.“

Interessierte Unternehmen können sich unverbindlich per E-Mail an ausbau-b2b@m-net.de oder per Telefon unter 089 452003118 an das M-net Ausbaumanagement wenden.

„Die zunehmende Vernetzung im digitalen Leben, neue Industrieverfahren sowie datenintensive Anwendungen wie Cloud-Computing oder Video-Konferenzen benötigen zunehmend hohe Bandbreiten sowie eine stabile Leitung. Viele der Unternehmen in den Gewerbegebieten Oberpfaffenhofen und Neugilching haben sich daher bereits für einen Glasfaseranschluss entschieden. Alle weiteren Unternehmen, die sich noch jetzt während der Bauphase für einen Anschluss von M-net melden, erhalten die Glasfaser-Anbindung ihres Firmengebäudes kostenlos. Zu einem späteren Zeitpunkt werden für die Anbindung an das Glasfasernetz Erschließungskosten fällig.“

„Die Ausbauphase ist also die letzte Gelegenheit, kostenlosen Anschluss an das zukunftssichere Glasfasernetz zu erhalten“, erklärt Nelson Killius, der Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Die Glasfaser ist das einzige Übertragungsmedium, das ausreichend Kapazität bietet, um

den immer weiter steigenden Daten- und Bandbreitenbedarf auch in Zukunft ohne Nachrüstungen zu erfüllen. Sie trägt damit auch entscheidend zur Wertigkeit von Wohn- oder Gewerbeimmobilien bei.“

Interessierte Unternehmen können sich unverbindlich per E-Mail an ausbau-b2b@m-net.de oder per Telefon unter 089 452003118 an das M-net Ausbaumanagement wenden.

„Die zunehmende Vernetzung im digitalen Leben, neue Industrieverfahren sowie datenintensive Anwendungen wie Cloud-Computing oder Video-Konferenzen benötigen zunehmend hohe Bandbreiten sowie eine stabile Leitung. Viele der Unternehmen in den Gewerbegebieten Oberpfaffenhofen und Neugilching haben sich daher bereits für einen Glasfaseranschluss entschieden. Alle weiteren Unternehmen, die sich noch jetzt während der Bauphase für einen Anschluss von M-net melden, erhalten die Glasfaser-Anbindung ihres Firmengebäudes kostenlos. Zu einem späteren Zeitpunkt werden für die Anbindung an das Glasfasernetz Erschließungskosten fällig.“

„Die Ausbauphase ist also die letzte Gelegenheit, kostenlosen Anschluss an das zukunftssichere Glasfasernetz zu erhalten“, erklärt Nelson Killius, der Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Die Glasfaser ist das einzige Übertragungsmedium, das ausreichend Kapazität bietet, um

den immer weiter steigenden Daten- und Bandbreitenbedarf auch in Zukunft ohne Nachrüstungen zu erfüllen. Sie trägt damit auch entscheidend zur Wertigkeit von Wohn- oder Gewerbeimmobilien bei.“

Interessierte Unternehmen können sich unverbindlich per E-Mail an ausbau-b2b@m-net.de oder per Telefon unter 089 452003118 an das M-net Ausbaumanagement wenden.

„Die zunehmende Vernetzung im digitalen Leben, neue Industrieverfahren sowie datenintensive Anwendungen wie Cloud-Computing oder Video-Konferenzen benötigen zunehmend hohe Bandbreiten sowie eine stabile Leitung. Viele der Unternehmen in den Gewerbegebieten Oberpfaffenhofen und Neugilching haben sich daher bereits für einen Glasfaseranschluss entschieden. Alle weiteren Unternehmen, die sich noch jetzt während der Bauphase für einen Anschluss von M-net melden, erhalten die Glasfaser-Anbindung ihres Firmengebäudes kostenlos. Zu einem späteren Zeitpunkt werden für die Anbindung an das Glasfasernetz Erschließungskosten fällig.“

„Die Ausbauphase ist also die letzte Gelegenheit, kostenlosen Anschluss an das zukunftssichere Glasfasernetz zu erhalten“, erklärt Nelson Killius, der Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Die Glasfaser ist das einzige Übertragungsmedium, das ausreichend Kapazität bietet, um

den immer weiter steigenden Daten- und Bandbreitenbedarf auch in Zukunft ohne Nachrüstungen zu erfüllen. Sie trägt damit auch entscheidend zur Wertigkeit von Wohn- oder Gewerbeimmobilien bei.“

Interessierte Unternehmen können sich unverbindlich per E-Mail an ausbau-b2b@m-net.de oder per Telefon unter 089 452003118 an das M-net Ausbaumanagement wenden.

„Die zunehmende Vernetzung im digitalen Leben, neue Industrieverfahren sowie datenintensive Anwendungen wie Cloud-Computing oder Video-Konferenzen benötigen zunehmend hohe Bandbreiten sowie eine stabile Leitung. Viele der Unternehmen in den Gewerbegebieten Oberpfaffenhofen und Neugilching haben sich daher bereits für einen Glasfaseranschluss entschieden. Alle weiteren Unternehmen, die sich noch jetzt während der Bauphase für einen Anschluss von M-net melden, erhalten die Glasfaser-Anbindung ihres Firmengebäudes kostenlos. Zu einem späteren Zeitpunkt werden für die Anbindung an das Glasfasernetz Erschließungskosten fällig.“

„Die Ausbauphase ist also die letzte Gelegenheit, kostenlosen Anschluss an das zukunftssichere Glasfasernetz zu erhalten“, erklärt Nelson Killius, der Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Die Glasfaser ist das einzige Übertragungsmedium, das ausreichend Kapazität bietet, um

den immer weiter steigenden Daten- und Bandbreitenbedarf auch in Zukunft ohne Nachrüstungen zu erfüllen. Sie trägt damit auch entscheidend zur Wertigkeit von Wohn- oder Gewerbeimmobilien bei.“

Interessierte Unternehmen können sich unverbindlich per E-Mail an ausbau-b2b@m-net.de oder per Telefon unter 089 452003118 an das M-net Ausbaumanagement wenden.

„Die zunehmende Vernetzung im digitalen Leben, neue Industrieverfahren sowie datenintensive Anwendungen wie Cloud-Computing oder Video-Konferenzen benötigen zunehmend hohe Bandbreiten sowie eine stabile Leitung. Viele der Unternehmen in den Gewerbegebieten Oberpfaffenhofen und Neugilching haben sich daher bereits für einen Glasfaseranschluss entschieden. Alle weiteren Unternehmen, die sich noch jetzt während der Bauphase für einen Anschluss von M-net melden, erhalten die Glasfaser-Anbindung ihres Firmengebäudes kostenlos. Zu einem späteren Zeitpunkt werden für die Anbindung an das Glasfasernetz Erschließungskosten fällig.“

„Die Ausbauphase ist also die letzte Gelegenheit, kostenlosen Anschluss an das zukunftssichere Glasfasernetz zu erhalten“, erklärt Nelson Killius, der Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Die Glasfaser ist das einzige Übertragungsmedium, das ausreichend Kapazität bietet, um

den immer weiter steigenden Daten- und Bandbreitenbedarf auch in Zukunft ohne Nachrüstungen zu erfüllen. Sie trägt damit auch entscheidend zur Wertigkeit von Wohn- oder Gewerbeimmobilien bei.“

Interessierte Unternehmen können sich unverbindlich per E-Mail an ausbau-b2b@m-net.de oder per Telefon unter 089 452003118 an das M-net Ausbaumanagement wenden.

„Die zunehmende Vernetzung im digitalen Leben, neue Industrieverfahren sowie datenintensive Anwendungen wie Cloud-Computing oder Video-Konferenzen benötigen zunehmend hohe Bandbreiten sowie eine stabile Leitung. Viele der Unternehmen in den Gewerbegebieten Oberpfaffenhofen und Neugilching haben sich daher bereits für einen Glasfaseranschluss entschieden. Alle weiteren Unternehmen, die sich noch jetzt während der Bauphase für einen Anschluss von M-net melden, erhalten die Glasfaser-Anbindung ihres Firmengebäudes kostenlos. Zu einem späteren Zeitpunkt werden für die Anbindung an das Glasfasernetz Erschließungskosten fällig.“

„Die Ausbauphase ist also die letzte Gelegenheit, kostenlosen Anschluss an das zukunftssichere Glasfasernetz zu erhalten“, erklärt Nelson Killius, der Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Die Glasfaser ist das einzige Übertragungsmedium, das ausreichend Kapazität bietet, um

den immer weiter steigenden Daten- und Bandbreitenbedarf auch in Zukunft ohne Nachrüstungen zu erfüllen. Sie trägt damit auch entscheidend zur Wertigkeit von Wohn- oder Gewerbeimmobilien bei.“

Interessierte Unternehmen können sich unverbindlich per E-Mail an ausbau-b2b@m-net.de oder per Telefon unter 089 452003118 an das M-net Ausbaumanagement wenden.

„Die zunehmende Vernetzung im digitalen Leben, neue Industrieverfahren sowie datenintensive Anwendungen wie Cloud-Computing oder Video-Konferenzen benötigen zunehmend hohe Bandbreiten sowie eine stabile Leitung. Viele der Unternehmen in den Gewerbegebieten Oberpfaffenhofen und Neugilching haben sich daher bereits für einen Glasfaseranschluss entschieden. Alle weiteren Unternehmen, die sich noch jetzt während der Bauphase für einen Anschluss von M-net melden, erhalten die Glasfaser-Anbindung ihres Firmengebäudes kostenlos. Zu einem späteren Zeitpunkt werden für die Anbindung an das Glasfasernetz Erschließungskosten fällig.“

„Die Ausbauphase ist also die letzte Gelegenheit, kostenlosen Anschluss an das zukunftssichere Glasfasernetz zu erhalten“, erklärt Nelson Killius, der Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Die Glasfaser ist das einzige Übertragungsmedium, das ausreichend Kapazität bietet, um

den immer weiter steigenden Daten- und Bandbreitenbedarf auch in Zukunft ohne Nachrüstungen zu erfüllen. Sie trägt damit auch entscheidend zur Wertigkeit von Wohn- oder Gewerbeimmobilien bei.“

Interessierte Unternehmen können sich unverbindlich per E-Mail an ausbau-b2b@m-net.de oder per Telefon unter 089 452003118 an das M-net Ausbaumanagement wenden.

„Die zunehmende Vernetzung im digitalen Leben, neue Industrieverfahren sowie datenintensive Anwendungen wie Cloud-Computing oder Video-Konferenzen benötigen zunehmend hohe Bandbreiten sowie eine stabile Leitung. Viele der Unternehmen in den Gewerbegebieten Oberpfaffenhofen und Neugilching haben sich daher bereits für einen Glasfaseranschluss entschieden. Alle weiteren Unternehmen, die sich noch jetzt während der Bauphase für einen Anschluss von M-net melden, erhalten die Glasfaser-Anbindung ihres Firmengebäudes kostenlos. Zu einem späteren Zeitpunkt werden für die Anbindung an das Glasfasernetz Erschließungskosten fällig.“

„Die Ausbauphase ist also die letzte Gelegenheit, kostenlosen Anschluss an das zukunftssichere Glasfasernetz zu erhalten“, erklärt Nelson Killius, der Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Die Glasfaser ist das einzige Übertragungsmedium, das ausreichend Kapazität bietet, um

Kommunales GIS-Forum 2021:

Verwaltung stärken

Auch in der online-Variante stieß das Kommunales GIS-Forum des Runden Tisch GIS e.V. in Kooperation mit der Stadt und dem Landkreis Neu-Ulm mit über 250 Teilnehmern auf großes Interesse. Dabei lag das Augenmerk auf den Themen Stadtentwicklung mit Geodaten, Mobilität der Zukunft sowie Geoinformation in der kommunalen Praxis.

In seinem Impulsvortrag „Kommunen auf dem Weg zum digitalen Zwilling“ machte Prof. Dr. Thomas H. Kolbe, Vorstandsvorsitzender des Runden Tisch GIS, darauf aufmerksam, dass ein hoher Nutzen eines digitalen Zwillings in allen Phasen des Lebenszyklus bestehe. Er untermauerte seine Einschätzung unter anderem anhand des Beispiels des digitalen Zwillings in München. Verantwortliche der Landeshauptstadt bezeichneten ihn als das „digitale Herzstück der Zukunftstadt München“. Anwendungsszenarien fänden sich dort unter anderem in der Sicherheitsumfeld, dem Klimaschutz oder im Bereich der Bürgerbeteiligung. Kolbe zufolge erfordert die digitale Zwilling eine Infrastruktur. Einen guten Ausgangspunkt bildeten die Geodateninfrastrukturen mit der standardisierten Vernetzung von Geodaten verschiedener Herkunft.

Digitale Zwilling

Dieter Heß vom Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg und ebenfalls Vorstandsmitglied des Runden Tisch GIS, unterstrich die Herausforderungen beim Aufbau eines digitalen Zwillings. Er sieht in diesem Kontext viel Arbeit auf die Kommunen zukommen. Während die Umsetzung eines digitalen Zwillings in Großstädten, wie Stuttgart oder München, machbar sei, können diese Herausforderungen aus Heß' Sicht vor allem von kleinen und mittleren Kommunen nur in interkommunaler Kooperation und im Schulterschluss mit der Kreis- und Landesebene gestemmt werden.

Bei der „XPlanung in Bayern“ geht es im Grunde um Prozessverbesserungen und darum, die Kooperationen über alle Verwaltungsebenen zu stärken, in dem alle Akteure dieselbe Sprache sprechen. Wie diese einheitliche Sprache zu einer besseren Verständigung zwischen den Akteuren beitragen kann, darüber informierte Marcel Kühner vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr.

Vor dem Hintergrund eines digitalen Umbruchs, vor dem sich auch die Städte nicht verschließen können, wird laut Kühner klar, dass Städte künftig stärker zusammenarbeiten und ihre internen Prozesse besser abstim-

men müssen. Da jedes einzelne Fachgebiet immer komplexer und spezifischer werde, sei es erforderlich, dass komplexe Daten in einer bestimmten Struktur ihre Einbindung in die Bauleitplanung finden. Dabei werde auch aus Sicht des Städtebaus die Frage immer wichtiger, wie diese komplexen Informationen in einen Bauleitplan integriert werden können.

Die informelle Planung ist die Vorbereitung einer Bauleitplanung. Von daher besteht Kühner zufolge die Notwendigkeit einer datengestützten Bestandserfassung und der Verschneidung mit raumbezogenen Daten. Diesen Aspekt untersuchte das STMB unter Federführung des Referats für „Städtebauförderung“ aktuell in dem Modellprojekt „Smart Cities, Smart Regions – Kommunale Digitalisierungsstrategien für Städtebau und Mobilität der Zukunft“, von dem bayernweit elf Städte, Märkte, Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbände oder interkommunale Zusammenschlüsse profitierten.

XPlanung in Bayern

Vorgesehen ist, bei allen 2.056 Kommunen in Bayern den Standard XPlanung einzuführen – wissend um die Herausforderungen, die ein solches Projekt mit sich bringt, so Kühner. Wie komplex die Aufgaben sind, verdeutlichen allein rund 3.500 laufende Bauleitplanungsverfahren im Jahr, mit der gesamten Prozesskette und Datenstruktur dahinter. Um bei der Einführung allen Beteiligten einen gleichwertigen Zugang zu XPlanung und letztlich den Informationen zu ermöglichen, sei eine einheitliche Sprache eines der wesentlichen Elemente, betonte Kühner.

Im Umfeld der Mobilität der Zukunft kommt dem Geodaten-einsatz im Verkehrsmanagement eine wesentliche Rolle zu, machte Jürgen Biedermann, Geschäftsbereichsleiter Multimobilität, Stadtwerke Augsburg Carsharing GmbH, am eigenen Mobilitätsanspruch deutlich. Daran gemessen sehen sich die Stadtwerke Augsburg (SWA) als Treiber für nachhaltige Mobilitätslösungen in der Stadt sowie der Region. Als wichtiges Bindeglied einer durchgängigen Mobilitätsinfrastruktur steht

nach Biedermanns Auffassung das Bereitstellen der kompletten Wegeketten im Mittelpunkt – vom Rad über das Auto bis zum ÖPNV.

Dabei geht es um grundsätzliche Fragen wie: Welche Mobilitätsangebote bestehen bereits und wo befinden sich diese? Oder: Wo sollten Bike- und/oder Car-Sharing-Angebote eröffnet werden? Den Grundsatzfragen auf der Spur erweiterten die SWA ihre bestehende GIS-Lösung um den Baustein der Mobilität. Ergänzt wurde das System laut Biedermann um Geodaten zum ÖPNV-Liniennetz, zur Verkehrsichte und dem Parkdruck innerhalb der Fuggerstadt. Mittels der integrierten Geodaten können Auslastungen, Optimierungspotenziale und letztlich der Mobilitätsbedarf ermittelt werden. Wichtig sei dies auch, um beispielsweise bei künftigen Infrastrukturprojekten bereits frühzeitig Car- und Bike-Sharing-Optionen in den Planungsprozess zu integrieren.

Landkreis Cham: Projekt CIS 4.0

Welchen Stellenwert ein professioneller Umgang mit der jeweiligen Geodateninfrastruktur hat, zeigt sich nicht zuletzt in der kommunalen Praxis. Um die Datenerfassung bei Baulücken im Kontext des digitalen Siedlungsmanagements zu verbessern, setzt der Landkreis Cham auf das „Projekt CIS 4.0“, wie Lisa Rehm (Landratsamt Cham) berichtete. Dabei geht es um die Entwicklung von Vermark-

tungsansätzen für Leerstände und Baulücken und um das Be-reithalten aktueller Bestandsdaten im GIS.

Um ein solches Projekt umzusetzen, setzt der Landkreis Cham auf technische Komponenten mittels des Interkommunalen Geoinformationssystems (IKGIS) im Landkreis und Esri-Lösungen (ArcGIS Pro, ArcGIS Online, ArcGIS Enterprise). Wichtig ist Rehm zufolge zudem die enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden, um beispielsweise Daten regelmäßig zu validieren. Der eigentliche Workflow zur Bestimmung von Baulücken setzt bei einer automatisierten Baulückenberechnung an. Die Daten werden anschließend von der jeweiligen Gemeinde überprüft, bevor sie in ein Baulücken-Exposé einfließen, um sie abschließend in das interne IKGIS-Portal zu integrieren. Auch hier zeigt sich, dass es neben dem Willen zur Umsetzung eine übergreifende Lösung braucht – inklusive flächendeckender und aktueller Datenbestände.

Fazit: Das Kommunales GIS-Forum 2021 eröffnete neue Optionen, um nach vorne zu blicken und die kommunalen Herausforderungen der Zukunft im Sinne der Städte und ihrer Menschen zu lösen – auch dank starker Computer und Lösungen, die helfen, Ideen zu verwirklichen. Entsprechend zufrieden zeigte sich Wolfgang Bauer, Präsident des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, München und Vorstandsmitglied des Runden Tisch GIS: „Denn ein Ziel des Runden Tisch GIS ist es, dass Projekte vorgestellt werden und viele Nachahmer finden“, resümierte er die Forum-Aktivitäten. **DK**

Mehr als 20 Mio. Euro bleiben ungenutzt

Zahlreiche Gemeinden lassen EU-Förderprogramm zur Digitalisierung verstreichen

Deutschland hinkt in Sachen Digitalisierung meilenweit hinterher, nicht nur in Europa, sondern auch im globalen Vergleich. Fehlende finanzielle Mittel seien die Hauptursache, so zumindest der einhellige Tenor der deutschen Politik. Gerade die Gemeinden ächzen schon seit Jahren unter finanziellen Belastungen und fehlender Unterstützung von Bund und Ländern. Da sollte das WiFi4EU-Förderprogramm der EU zum Ausbau des öffentlichen WLAN-Netzwerkes wie ein Geschenk des Himmels wirken. Doch noch immer haben rund 1.500 Gemeinden keinen Gebrauch von der Möglichkeit gemacht, mehr als 20 Millionen Euro liegen nach wie vor ungenutzt im Topf.

Dabei hat sich die EU bemüht, das gesamte Verfahren möglichst unbürokratisch zu gestalten: Interessierte Kommunen stellen einen Antrag über eine Website und erhalten nach der Zusage der Förderung einen Gutschein über 15.000 Euro. Damit können kostenlose WLAN-Hotspots an Orten von öffentlichem Interesse installiert werden, etwa in Rathäusern, Bibliotheken, Museen, Parks und anderen kommunalen Einrichtungen. Der Gutschein wird hierzu an ein beauftragtes Unternehmen gegeben, welches diesen dann bei der EU zur Rückerstattung der Kosten einreicht. 120 Millionen Euro stellt die Europäische Union dafür seit 2018 zur Verfügung – mehr als ein Sechstel ist bis heute nicht abgerufen worden. Hinzu kommen über 300 Ortschaften, deren Gutscheine zwar bewilligt wurden, die diese jedoch bislang nicht eingesetzt, also noch kein Unternehmen kontaktiert haben. Dabei drängt die Zeit, denn die Fristen für die Gemeinden laufen ab Anfang 2022 aus.

Öffentliches WLAN für alle

Kostenlose, frei zugängliche WLAN-Hotspots sind heute allgegenwärtig und eigentlich zum Standard geworden, nicht nur in der Gastronomie oder im Einzelhandel, sondern auch in öffentlichen Einrichtungen. Davon profitieren nicht nur die Einwohner, sondern auch Touristen, wie Felix Schönfelder, Geschäftsführer des WLAN-Anbieters MeinHotspot, weiß: „Ein allgemein zugänglicher Internetzugang ist ein effizienter Bürgerservice und gleichzeitig ein wichtiges Marketinginstrument im Tourismus. Das geht weit über das Anbieten des Internets hinaus. Städte und Kommunen eröffnen sich eigene Werbepattformen und die Möglichkeit zum zusätzlichen Dialog, sowohl zu Bewohnern als auch zu Urlaubern.“ Gerade in Gebieten mit schlechtem Dateneingang bieten diese Hotspots oftmals die einzige Möglichkeit, mobiles Internet zu nutzen. Denn nach wie vor gibt es in Deutschland zahlreiche so-

genannte weiße Flecken auf der Landkarte.

In der digitalen Wettbewerbsfähigkeit fällt Deutschland im europäischen und weltweiten Vergleich immer weiter zurück. Einer Untersuchung des Berliner European Center for Digital Competitiveness (ECDC) aus dem Herbst 2021 zufolge belegt Deutschland in Europa den vorletzten Platz, wenn es um die digitale Entwicklung geht. Nur Albanien weist hier noch größere Defizite auf. Voraussetzung für eine flächendeckende Digitalisierung ist jedoch eine entsprechende Infrastruktur, zu der nicht nur schnellere Verbindungen und besser ausgebaute Netze gehören. „Um digitale Angebote annehmen zu können, bedarf es entsprechender Nutzungsmöglichkeiten“, so Schönfelder. „Dazu gehört in erster Linie ein für alle zugänglicher Service, der das eigene Datenvolumen nicht belastet und so keine persönlichen Kosten verursacht.“

Sicherheit und Datenschutz werden großgeschrieben

Für die notwendige Sicherheit sorgen Anbieter wie MeinHotspot unter anderem mit starken Firewalls, die zum Beispiel Viren und Trojanern keine Chance lassen. Mit regelmäßigen Updates und notwendigen Sicherheitsanpassungen kann auf veränderte Bestimmungen und potenzielle Gefahren reagiert werden. Zudem garantiert der WLAN-Anbieter den Gemeinden vollständige Rechtssicherheit, sollte ein Nutzer die Internetverbindung für illegale Aktivitäten missbrauchen.

Bleibt die Frage, warum noch immer so viele Gemeinden keinen Antrag auf die WiFi4EU-Förderung der EU gestellt haben. „Das Verfahren ist einfach und transparent und der Mehrwert für die Kommunen immens“, ist Schönfelder überzeugt. Und wie er hofft zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, dass sich noch möglichst viele Rathäuser dazu entscheiden, die Möglichkeit zu nutzen und ihre Gemeinden mit öffentlich zugänglichem WLAN ausstatten. **□**

Verbraucherportal Bayern neu gestaltet

Das Online-Nachschlagewerk zum Verbraucherschutz präsentiert sich im neuen, modernen Design: Nutzer finden auf dem Verbraucherportal Bayern durch eine einfachere Struktur und eine optimierte, zentrale Suchfunktion ab sofort noch schneller Informationen rund um Verbrauchertemen.

Bayerns Verbraucherschutzminister Thorsten Glauber betonte dazu in München: „Die Welt verändert sich rasant. Für Verbraucher ist schnell verfügbares, aktuelles Wissen über Geld, Digitalisierung, Datenschutz oder Konsum mehr denn je eine wichtige Entscheidungsgrundlage. Unser neu gestaltetes Online-Portal bietet eine umfassende und leicht zu bedienende Anlaufstelle für Alltagsfragen – ob zu Hause am PC oder unterwegs auf dem Handy.“

Wie konsumiere ich sicher und nachhaltig? Wo finde ich verlässliche Antworten auf meine Finanzfragen? Welche Rechte habe

ich im Internet? Wie ernähre ich mich gesund? Antworten auf diese und viele weitere Fragen finden Nutzer auf dem neugestalteten Verbraucherportal Bayern jetzt noch leichter: Die über 600 Beiträge umfassende Webseite wurde grundlegend aktualisiert, die Navigationsstruktur flacher und intuitiver gestaltet. Die zentrale und verbesserte Suchfunktion und die Optimierung der Inhalte für mobile Endgeräte machen die Seite für jede Zielgruppe nutzbar. Gesuchte Themen lassen sich jetzt auf verschiedenen Wegen und mit wenigen Klicks finden. **□**



LEONET SAGT DANKE FÜR IHR VERTRAUEN

Herr Zanker,
2. Bürgermeister
der Marktgemeinde
Altenstadt

Mit LEONET haben wir einen Partner gefunden, der den Breitbandausbau in Altenstadt über die Grenzen der staatlichen Förderung hinaus ermöglicht hat. Über diese große Chance, die Attraktivität unserer Marktgemeinde als Wohn- und Gewerbestandort zu sichern, freue ich mich sehr!

KOMMUNALER GLASFASER-AUSBAU MIT LEONET

Als Telekommunikationsdienstleister aus Bayern für Bayern haben wir von LEONET es uns zur Aufgabe gemacht, bayerische Gemeinden wie die Marktgemeinde Altenstadt mit nahezu 100 % Glasfaser zu versorgen. Ein Fünftel aller Glasfaseranschlüsse bauen wir mit Hilfe der Gigabit-Förderung des Freistaates Bayern. Die übrigen etwa 80 % übernehmen wir auf eigene Rechnung. Damit garantieren wir eine nachhaltige Versorgung sowie einen offenen Netzzugang für weitere Netzwerkbetreiber. Mit Blick auf die Wünsche und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger, richten wir die Grenzen des Breitbandausbaus neu aus!

Ihre Gemeinde ist noch nicht an das Glasfasernetz angeschlossen? Gehen wir es gemeinsam an!



ICH BERATE SIE GERN!



Ihr persönlicher LEONET-Berater
Herr Adrian Richter
Teamleitung Kommunalbetreuung
Tel.: +49 (0)151 1881 5692
E-Mail: adrian.richter@leonet.de

Synergieeffekte konsequent genutzt

Landkreis Regensburg und Kommunen professionalisieren Breitbandausbau interkommunal

Landkreis Regensburg. Mit dem Startschuss für das „Bundesförderprogramm für superschnelles Internet“ am 26.4.2021 fand auch die erste Gesellschafterversammlung der erweiterten Laber-Naab Infrastrukturgesellschaft mbH (LNI) statt. Entstanden 2014 aus der Wassergruppe Laber-Naab hat die LNI den Auftrag, den Aufbau und Betrieb bzw. die Verpachtung einer leistungsfähigen Telekommunikationsinfrastruktur im Gemeindegebiet der Gesellschafter als interkommunale Aufgabe der Daseinsvorsorge zu organisieren. Gründungsgesellschafter waren acht Gemeinden aus dem Landkreis Regensburg und vier aus dem Landkreis Neumarkt. Mit der Öffnung sind es nun insgesamt 41 ausschließlich kommunale Gesellschafter aus dem Landkreis Regensburg und weitere sieben aus dem Landkreis Neumarkt.

Weshalb man sich unter der Federführung des Landratsamts in Regensburg dafür entschied, den Breitbandausbau von der öffentlichen Hand erledigen zu lassen, darüber sprach GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel mit Landrätin Tanja Schweiger, Amtsleiter Alfons Steimer, dem Leiter des Amts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (ADBV) Regensburg, Geschäftsführer René Meyer, LNI, Ingenieur Josef Ledermann, IB Ledermann, Harald Hillebrand, Referent der Landrätin, und Roland Weiß, Wirtschaftsförderer im Landkreis Regensburg. Die Besonderheit: Das Glasfasernetz bleibt in kommunaler Hand.

Bereits 2009/2010 wurde die Versorgung mit schnellem Internet als wichtiger Meilenstein für das Fortbestehen der regionalen Wirtschaft definiert. Galt doch das ländlich geprägte Gebiet nicht gerade als Rosine unter den Telekommunikationsanbietern, wurde unter Tanja Schweigers Vorgänger im Amt, Landrat Herbert Mirbeth, ein Lenkungsausschuss einberufen. Alleine dadurch, dass am Markt dieses konzentrierte Auftreten bekannt wurde, kam es bereits ab 2013 zu verstärkten Ausbaumaßnahmen der Privatwirtschaft. Die GZ berichtete in Ausgabe 18/2013. Die Absicht des Landkreises, den Gemeinden bei deren Breitbandausbaubestrebungen unterstützend zur Seite zu stehen, führte zu einer gewissen Unabhängigkeit gegenüber den etablierten Netzbetreibern und deren renditeorientierten Ausbauplänen.

Daraus entstand die Idee eines eigenen Glasfasernetzes, das von der öffentlichen Hand errichtet wird und durch Vermietung an Netzbetreiber Einnahmen generieren soll.

Mit Amtseinführung von Tanja Schweiger als Regensburger Landrätin wurde die Strategie des Breitband-/Glasfaserausbau neu positioniert. Waren bisher Gemeinden weitgehend selbst für die Planung, Vergabe, Verlegung, Finanzierung und Förderantragstellung unter Mithilfe von Ingenieurbüros und Netzbetreibern zuständig, übernahm ab 2014 der Landkreis eine zentrale Koordinierungs- und Steuerungsfunktion, damit „nicht alle Gemeinden jedes Mal von vorn anfangen müssen“, so die Landkreischefin. Mit dem Ingenieurbüro Ledermann, das den Landkreis schon länger unterstützte, wurde ein Kooperationsvertrag geschlossen, um Masterpläne, Handlungsempfehlungen und den Breitbandausbau voranzubringen. Lobend erwähnte Landrätin Tanja Schweiger, dass unter dem damaligen Finanzminister Dr. Markus Söder aus den Vermessungsämtern schließlich Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung hervorgingen und es seither mit Ingenieuren besetzte Fachstellen gibt, die – und das ist wichtig – in der Fläche den bayerischen Kommunen beratend zur Seite stehen. Für den Landkreis Regensburg ist Alfons Steimer, Amtsleiter im Amt für Leiter des ADBV Regensburg,

der Breitbandmanager. Er hat den Überblick über alle Fördermöglichkeiten. Für René Meyer, Geschäftsführer der LNI, ein Glückstreffer, denn es ist mehr als hilfreich, wenn Berater „Pläne lesen und verstehen können“. Das Ingenieurbüro Ledermann steht der Unternehmung in allen technischen Fragen bei. „Ein gut abgestimmtes Beratungsteam ist notwendig, will man kommunale Infrastruktur für die Allgemeinheit erhalten und pflegen, ohne das Knowhow verhalten zu können.“ Insbesondere im Betreibermodell, das ja im Landkreis vorangetrieben werden soll, können die allerwenigsten Kommunen das alleine leisten“, so Alfons Steimer. Beim Landkreis Regensburg sorgte die Erkenntnis, dass ein privatwirtschaftlicher Ausbau nicht zu einer vollständigen Erschließung führt und die Wirtschaftlichkeitslücke dieses privaten Unternehmens mit Steuergeld geschlossen werden muss, dafür, den Ausbau selbst zu übernehmen. Sowohl zugesprochenes Steuergeld als auch die geschaffene Infrastruktur bleiben damit in öffentlicher Hand.

Kommunen sensibilisieren

Mit der Änderung der Förderkulisse im Bundesverfahren – die LNI kann dort als Förderempfänger auftreten und jetzt Förderungen von bis zu 90 Prozent erhalten – und der Feststellung, dass an einem flächendeckenden Ausbau kein Weg vorbeiführt, wurden die Weichen neu gestellt. Digitalpolitisches Kernziel der Bundesregierung ist es, gigabitfähige Internetverbindungen für alle Haushalte und Unternehmen in Deutschland zu schaffen und entsprechende Mittel bereitzustellen.

Da der Wasserzweckverband Laber-Naab bei der Verlegung von Trinkwasserrohren bereits unter der Führung des Werksleiters Franz Herrler konsequent beachtet hatte, Leerrohre mit zu ver-



Hybrides Pressegespräch im Landratsamt Regensburg. V.l.: GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel, Harald Hillebrand, Referent der Landrätin, Landkreischefin Tanja Schweiger und Geschäftsführer René Meyer, LNI. Online waren dabei: Amtsleiter Alfons Steimer, Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (ADBV) Regensburg und Ingenieur Josef Ledermann, IB Ledermann. Bild: Birgitt Retzer, Landratsamt Regensburg

legen, konnte dieses schon bestehende Netz von der LNI übernommen werden. Der erste Schritt zur Schaffung eines eigenen, kommunalen Glasfasernetzes hatte sich somit von selbst erledigt. Zukünftig wird darauf geachtet, solche Synergieeffekte sorgfältig zu nutzen. Für die LNI ist das um einiges leichter, da die Kommunen und deren Bürgermeisterinnen und Bürgermeister als Gesellschafter selbst sensibilisiert sind, wie eben auch Aufsichtsratsvorsitzender Josef Bauer, der auch Bürgermeister von Parsberg ist.

Die LNI ist zusätzlich mit Wasser- und Energieversorgern in ständigem Austausch über anstehende Baumaßnahmen. So wurde in der Gemeinde Pfatter eine Sanierungsmaßnahme des Trinkwasserversorgers Regensburg-Süd mit einer Straßenbaumaßnahme zusammengelegt, um gleichzeitig Rohre für das schnelle Internet ins Haus unter die Erde zu bringen, so werden Synergien beispielhaft genutzt.

Bis Mitte 2021 erreichte der Landkreis Regensburg eine Breitbandabdeckung von über 99 Prozent von >30 Mbit/s. Jetzt gilt es aber, die Glasfaser in jedes Haus zu legen. Meyer zufolge können bis 2030 ca. 30.000 Haushalte für ca. 200 Mio. Euro mit dem Bau von neuen Glasfasertrassen auf einer Länge von ca. 1.500 km im gesamten Gebiet erschlossen werden. Von 2015 bis heute hat die LNI ca. 250 km Glasfaserkabel verlegt. Zusätzlich kümmert sich die LNI auch um die Mobilfunkversorgung. Für einen ers-

ten Mast, der dann Eigentum der Kommune ist, steht der Bauantrag kurz vor der Genehmigung.

Die LNI beabsichtigt, die flächendeckende Versorgung im Gebiet der beteiligten Gemeinden mit leistungsfähiger Telekommunikationsinfrastruktur zu schaffen und zukünftig bereitzustellen, denn „der Breitbandausbau ist essenzieller Standortfaktor und unverzichtbarer Bestand-

teil für die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur vor Ort“, so Tanja Schweiger.

Bayerisches BreitbandForum

Der „Regensburger Weg in der Versorgung mit schnellem Internet“ wird auf dem 9. Bayerischen BreitbandForum, das am 13.10.2022 im Amberger ACC stattfindet, vorgestellt. CH

Breitbandausbau als eigene Chance der Kommune

Ein Gastbeitrag von Dr. Henrik Bremer, WIRTSCHAFTSRAT RECHT

Vieles hat sich durch die Ergebnisse der jüngsten Bundestagswahl in den politischen Akzenten gewandelt. Keine Veränderung hat hingegen die Fokussierung auf den Glasfaserausbau erfahren. Hier ist nach wie vor festzustellen, dass in Deutschland noch viel zu tun ist. So überrascht es auch nicht, dass der Koalitionsvertrag entsprechende Ausführungen zum weiteren Ausbau enthält. In den Fokus stellt die Koalition dabei das Betreibermodell.

Dafür gibt es aus kommunaler Sicht gute Gründe. Das Betreibermodell ermöglicht es einer Kommune, selbst ein Netz zu errichten und dieses dann an einen Netzbetreiber zu verpachten. Die Förderung basiert darauf, dass die Errichtungskosten für das Netz zu ermitteln sind und von diesen wird die Pachteinnahme über einen Zeitraum von sieben Jahren abgezogen. In der Vergangenheit war es üblich, dass die Pachtzeit eher langfristig ausgelegt war und eher zwischen 20 bis 25 Jahren betrug. Dieses hatte seine Ursache darin, dass über diesen langen Zeitraum verlässliche Pachteinnahmen realisiert werden konnten, um so das Netz finanzieren zu können. Dies ist nunmehr nicht mehr erforderlich.

Es ist aus unserer Sicht durchaus sinnvoll, sich Gedanken darüber zu machen, ob nicht eine Pachtlaufzeit von sieben Jahren sinnvoller ist. Werden Pachteinnahmen nur über sieben Jahre vereinnahmt, so bedeuten diese geringeren Einnahmen eine höhere Förderung. Damit sinkt der Eigenanteil der Gemeinde. Auch sollte man sich vergegenwärtigen, dass durch die Förderung aus Sicht der Gemeinde ein relativ günstiges Netz errichtet wird. Kostet etwa entsprechend der technischen Planung ein Hausanschluss 10.000 Euro, so verbleiben als Eigenanteil bei der Gemeinde bei 90 Prozent Förderung nur 1.000 Euro. Dieser Wert ist im Verhältnis zu den Marktpreisen als niedrig anzusetzen. Liegt der Marktpreis etwa bei 4.000 Euro, so hat die Gemeinde stille Reserven pro Hausanschluss von 3.000 Euro gebildet.

Frühzeitig strategische Allianzen eingehen

Ein weiterer Vorteil der kurzen Laufzeit ist aus unserer Sicht, dass frühzeitig strategische Allianzen eingegangen werden können. Die gebauten Netze sind häufig zu klein, um ein flächendeckende Open Access Netz zu ermöglichen, hierfür ist es erforderlich, dass potentiell mehrere tausend Kunden über einen standardisierten Vertrag angesprochen werden können. So ist es auch zu erklären, dass beispielsweise größere Netzbetreiber able-

nend auf die Anfragen zum Ausbau von Neubaugebieten reagieren. Die Förderung lässt es zu, dass bereits zu Beginn des Projektes eine privatrechtliche Trägergesellschaft gegründet wird. Hier hat sich in der Praxis einer vermögensverwaltende GmbH & Co. KG bewährt. Dieses Modell führt dazu, dass das Netz steuerrechtlich nicht als Betriebsvermögen anzusehen ist. Es entfällt steuerrechtlich vielmehr der Vermögenssphäre der Gemeinde. Die Gemeinde kann beispielsweise bei der Suche nach einem Betreiber zugleich ausschreiben, dass sie sich einen Partner in der Gesellschaft zum Betrieb des Netzes wünscht. Hier kann bereits vorgesehen werden, nach Ablauf der Zweckbindungsfrist von sieben Jahren eine Kaufoption zugunsten des Vertragspartners vereinbart wird, um so den Fortgang des Projektes finanzieren zu können. Wählt man eine vermögensverwaltende Ge-



Dr. Henrik Bremer.

Bild: Wirtschaftsrat Recht

staltung, so ist der Veräußerungserlös im Übrigen steuerfrei. Ein Partner macht deswegen wahrscheinlich Sinn, weil zum einen eine Konsolidierung von mehreren Netzen möglich ist, da eine privatrechtliche Struktur beteiligungsfähig ist. Des Weiteren kann über diese Beteiligungsstruktur gewährleistet werden, dass die Netze weiterentwickelt werden. Hier ist zum Beispiel an 5G-Netze, autonomes Fahren, Smartcity oder WLAN-Netze zu denken. Der große Vorteil des Betreibermodells besteht darin, dass die Kommune selbst entscheiden kann, wie sie mit dem Netz verfahren will und zudem durch die Fördermittel erhebliche Vermögensgegenstände zugunsten der Gemeinde entstehen. □

Wettbewerb im Umbruch

Monopolkommission stellt neues Sektorgutachten Telekommunikation vor

Die Monopolkommission hat ihr 12. Sektorgutachten Telekommunikation „Wettbewerb im Umbruch“ vorgelegt. Darin gibt sie Empfehlungen, wie der Wettbewerb auf der Netzebene und der Dienstebene zum Vorteil der Endnutzer ausgebaut werden kann.

Zunächst sollten laut Kommission die Abschaltung des Kupfernetzes und der Wechsel auf Glasfasernetze wettbewerblich erfolgen. Zugleich sei Planungssicherheit für die Marktteilnehmer über den gesamten Migrationsprozess wichtig. Beides wäre gewährleistet, wenn die kupferbasierten Vorleistungsentgelte bis zum Ende des Migrationsprozesses real stabil gehalten werden. Kritisch sieht die Monopolkommission, dass die Deutsche Telekom AG langfristige Abnahmeverträge nur mit großen Vorleistungsnachfragern abgeschlossen hat. Den nicht an diesem sog. Commitment-Modell beteiligten Glasfasernetzbetreibern entziehe dies dauerhaft die Nachfrage nach Netzzugang, was wiederum deren Netzausbau erschwert.

Zudem gelte es, die Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen beizubehalten. Für den Mobilfunk stehe nur eine begrenzte Menge an Frequenzspektrum zur Verfügung. Diese sollte zwischen den Mobilfunknetzbetreibern so verteilt sein, dass sowohl eine hochwertige Mobilfunkversorgung als auch Wettbewerb zwischen den Mobilfunknetzen gewährleistet ist. Dies sei am ehesten sichergestellt, wenn die Mobilfunkfre-

quenzen auch weiterhin versteigert werden. „Auch bei der künftigen Frequenzvergabe ist auf ein wettbewerbliches Verfahren in Form einer Versteigerung zu achten“, betont der Vorsitzende der Monopolkommission, Professor Jürgen Kühling.

Interoperabilitätspflicht ist wettbewerbsschädlich

„Überregulierung bei interpersonellen Telekommunikationsdiensten vermeiden“, lautet eine weitere Empfehlung. Bislang können nur Endnutzer desselben Kommunikationsdienstes wie WhatsApp, Signal, Threema und Wire untereinander kommunizieren. Nun planen die Koalitionsparteien, eine dienstübergreifende Kommunikation durch eine Interoperabilitätspflicht zu ermöglichen. „Solche Interoperabilitätsverpflichtungen sind aktuell abzulehnen, da sie derzeit mehr Nachteile als Vorteile für den Wettbewerb verursachen würden“, erklärt Kühling.

Eine symmetrische Interoperabilitätsverpflichtung, die auch gegenüber kleineren Anbietern greifen würde, ist aus Sicht der Monopolkommission unverhältnismäßig und wettbewerbsschädlich, da diesen Anbietern die Möglichkeit entzogen würde,

sich gegenüber großen Anbietern durch bessere Funktionen oder höhere Datenschutzstandards abzugrenzen. Eine asymmetrische Interoperabilitätsverpflichtung, die sich nur an marktmächtige Unternehmen richtet, sei nur sinnvoll, wenn ein Marktversagen identifiziert wird. Eine solche Situation sei derzeit nicht erkennbar.

In seiner Stellungnahme zum Gutachten begrüßt BREKO-Geschäftsführer Dr. Stephan Albers die Vorschläge der Monopolkommission. Auch der BREKO sieht die große Gefahr, dass das sogenannte Commitment-Modell der Deutschen Telekom, bei dem diese Zugangs- und Entgeltvereinbarungen mit den größten Vorleistungsnachfragern 1&1, Telefónica und Vodafone getroffen hat, zu einer Beeinträchtigung des Wettbewerbs und damit zu einem Hemmschuh für den Wechsel von Kupfer- auf Glasfasernetze werden kann.

Auch Buglas-Geschäftsführer Wolfgang Heer zeigt sich zufrieden, dass die Monopolkommission die zentrale Bedeutung eines funktionsfähigen Wettbewerbs für den weiteren Glasfaserausbau herausstellt: „Das Expertengremium hat sich intensiv mit der Migration der bisherigen Kupfer- auf moderne Glasfasernetze beschäftigt. Das Gutachten zeigt zutreffenderweise insbesondere auf, dass dem strategischen Missbrauchspotenzial



Prof. Jürgen Kühling, Vorsitzender der Monopolkommission.

Bild: Haselbeck

des Migrationsprozesses durch die Telekom und einer potenziellen Marktmachtübertragung wirksam begegnet werden muss. Als Glasfaserverband sprechen wir uns daher dafür aus, die kupferbasierten Anschlüsse gerade auch auf die bereits bestehenden Glasfasernetze der Wettbewerber zu migrieren und nicht auf einen Ausbau der Telekom zu warten. Das schafft nicht nur Anreize zum weiteren Glasfaserausbau für alle Marktteilnehmer, sondern stellt auch die Vielfalt des Wettbewerbs sicher.“

In Zeiten knapper Tiefbau-Ressourcen vermeide dies auch den unsinnigen Überbau bereits bestehender Netze. Dies trägt nach Auffassung des Buglas ebenso zu günstigen und den weiteren Ausbau von Netzen anzureizen. Die Rahmenbedingungen bei wie die von der Monopolkommission adressierte notwendige Planungssicherheit des gesamten Migrationsprozesses für alle Marktteilnehmer. DK

Highspeed-Internet von der Genossenschaft

Die Fiber Network WUG – eine Tochter der Nahwärme Pfofeld eG – versorgt immer mehr Dörfer in Bayern mit schnellem Internet

Von Florian Christner, Genossenschaftsverband Bayern

Marco Kleemann kann bei dem Gedanken an quälend langsame Internetverbindungen ein Lächeln nicht unterdrücken. So etwas gibt es in Pfofeld seit Mai 2017 nicht mehr. Kleemann ist nicht nur Metzgermeister, Gastronom und zweiter Bürgermeister im Ort, sondern auch Vorstandsvorsitzender der Nahwärme Pfofeld eG und Geschäftsführer der Fiber Network WUG GmbH. Die Geschichte, wie das Highspeed-Internet in den Ort kam, kann ohne die Nahwärmegenossenschaft nicht erzählt werden. Also bittet Kleemann zu einem Rundgang durch das Heizhaus, das seinen Platz im ehemaligen Raiffeisen-Lagerhaus am Ortsausgang von Pfofeld gefunden hat. Die Raiffeisenbank Weißenburg-Gunzenhausen betreibt ihre Geschäftsstelle nach wie vor im angrenzenden Gebäude. Sie steht der Nahwärme Pfofeld eG und der Fiber Network WUG in Finanzfragen zur Seite.

Im Heizhaus ist die Luft trocken und sehr warm. Kleemann schaut sich die Brennleistung auf einem kleinen Display an. „Da steckt modernste Technik dahinter, der Brennwert der Hackschnitzel wird optimal ausgenutzt“, sagt der Vorstand. Das in den Kesseln erhitzte Wasser wird dann mit einer Temperatur von 83 Grad Celsius in den Heizkreislauf des Nahwärmenetzes eingespeist. Geplant und gebaut wurde das Netz der Nahwärme Pfofeld eG von dem Hilpoltsteiner Unternehmen Enerpipe, das schon mit vielen Wärmegenossenschaften in der Region zusammengearbeitet hat.

Die beiden Hackschnitzelheizungen unterstützen die Blockheizkraftwerke der Biogasanlagen in Gundelshalm und Ritters bei der Wärmeproduktion. Rund 1.100 Kubikmeter Hackschnitzel verfeuert die Genossenschaft pro Jahr. Der Löwenanteil der Heizleistung, etwa vier Fünftel, kommt aber von den Biogasanlagen. So sorgt die Genossenschaft für wohlige Wärme in den Pfofelder Haushalten – zu 100 Prozent

aus erneuerbaren Energien. „Fast drei Viertel der Pfofelder Haushalte sind an unser Netz angeschlossen, und wir haben noch Kapazitäten für weitere Anschlüsse“, sagt Kleemann. Rund 600.000 Liter Heizöl sparen die Pfofelder durch die genossenschaftliche Nahwärme ein – pro Jahr.

Neben den beeindruckenden Dimensionen des Hackschnitzel-lagers und der beiden Öfen ist die Verteilzentrale für das Pfofelder Glasfasernetz regelrecht unscheinbar. Jedoch sorgt diese Technik dafür, dass die Pfofelder je nach Tarif für 44,95 Euro bis 99,95 Euro pro Monat mit bis zu einem Gigabit pro Sekunde im Internet surfen können.

Dabei hätte es auch anders kommen können, wenn die in der Genossenschaft organisierten Pfofelder in der Planungsphase für das Nahwärmenetz nicht unternehmerische Weitsicht bewiesen hätten. „Schnelles Internet wird immer mehr zum Standortfaktor. Wenn wir den Ort schon aufgeben, dann legen wir doch gleich ein Glasfasernetz mit in die Straßen und versorgen alle Be-

wohner mit einem Highspeed-Zugang“, berichtet Kleemann von den Überlegungen in der Genossenschaft in den Jahren 2015 und 2016. Eine Datenleitung hätte ohnehin mit den Rohren verlegt werden müssen. Denn ein Nahwärmenetz muss gesteuert werden, um die Anlage möglichst optimal auszulasten und Wärmeverluste zu vermeiden. Dafür braucht es im ganzen Netz Steuerungsmodulare, die laufend mit der Hauptsteuerung kommunizieren. „Es gab die Möglichkeit, dafür Kupferleitungen zu verlegen. Diese hätten 40.000 Euro gekostet, wären allerdings für keine weiteren Zwecke nutzbar gewesen. Die Glasfasernetzleitungen waren mit 160.000 Euro viermal teurer, dafür konnten wir sie auch für das Internet verwenden“, erklärt Kleemann.

Amortisation nach acht Jahren

Weil die angefragten Dienstleister nicht die geforderte Qualität liefern konnten, plante die Genossenschaft ihr Glasfasernetz eben selbst. Viele Mitglieder brachten Eigenleistungen ein, darunter auch Kleemann. Dafür braucht es Fachwissen. „Durch das Engagement der Mitglieder und weil wir nicht eigens die Straßen aufgeben mussten, amortisiert sich unser Glasfasernetz innerhalb von acht Jahren. Hätten wir die Leistungen vergeben, hätte die Amortisationszeit bei zehn bis 15 Jahren gelegen“, rechnet Kleemann vor.

Im Vergleich zu den Vorschlägen der angefragten Dienstleister hätten es die Mitglieder ge-

schaft, durch eine optimierte Planung und eine geschickte Platzierung der Verteiler die Länge der Hausanschlusskabel für das Pfofelder Glasfasernetz von 64 auf 22 Kilometer zu reduzieren und die Kosten auf ein Drittel der ursprünglich veranschlagten Summe zu senken. „Dadurch wurde das Projekt wirtschaftlich darstellbar.“

Schwierige Providersuche

Im Verlauf der Planung sah sich die Genossenschaft dann aber doch mit einem größeren Problem konfrontiert: Es fand sich kein Internet-Provider, der das Pfofelder Netz nach Fertigstellung betreiben würde. „Für die großen Telekommunikationsanbieter waren wir alleine zu klein. Deswegen haben wir uns mit den Nahwärmegenossenschaften der umliegenden Gemeinden zu einem Glasfaserverbund zusammengeschlossen und dadurch ein Gewicht von 750 potenziellen Kunden auf die Waage gebracht. Das hat Wirkung gezeigt. Erst haben die Provider dankend abgelehnt, doch dann waren wir auf einmal interessant“, berichtet Kleemann. Schließlich habe sich ein Anbieter gefunden, der die benötigte Technik installiert hat, um das lokale Glasfasernetz mit den überörtlichen Datenzentren zu verbinden.

Durch die umfangreichen Eigenleistungen bei der Planung des eigenen Glasfasernetzes haben sich die Mitglieder der Nahwärme Pfofeld eG sehr viel Expertise erarbeitet. Diese boten Kleemann und seine Mitstreiter dann auch anderen Genossenschaften und Kommunen in der Region an, die ebenfalls ein Nahwärmenetz mit schnellem Internet bauen wollten. „Die Nachfrage nach dieser Dienstleistung ist innerhalb von kurzer Zeit explodiert“, berichtet Kleemann. Als Reaktion darauf gründete die Nahwärme Pfofeld eG Ende 2018 die Fiber Network WUG GmbH als 100-prozentiges Tochterunternehmen. Marco Kleemann ist Vorstandsvorsitzender der Genossenschaft und Geschäftsführer der GmbH.

2019 nahm die Fiber Network WUG ihren Geschäftsbetrieb auf. „Von da an ging es steil aufwärts. Inzwischen sind wir bayernweit unterwegs und betreuen Projekte in Adelshofen im Landkreis Fürstentfeldbruck, in Eching bei Landshut, in Schweinfurt oder in Burgpreppach im Landkreis Haßberge“, berichtet Kleemann. Im ersten Jahr habe die Fiber Network WUG sieben Glasfasernetze geplant und einen Umsatz von 55.000 Euro gemacht, 2020 waren es schon 450.000 Euro Umsatz und 2021 dank zweier Großaufträge rund 1,2 Millionen Euro Umsatz. Insgesamt hat die Fiber Network WUG bis heute mit vier Angestellten 45 Glasfasernetze unterschiedlicher Größe geplant und sich an der Ausführung beteiligt. „Pro Netz sind zwischen zehn und 350 Kunden angeschlossen“, erklärt der Vorstand. Teilweise sind die Netze auch untereinander durch Ortsverbindungen miteinander verknüpft.

Bessere Förderbedingungen

Kleemann erwartet, dass sich immer mehr Kommunen und Genossenschaften für ein Nahwärmenetz mit Glasfaseranschluss entscheiden werden. Denn die Förderbedingungen haben sich seit dem vergangenen Jahr erheblich verbessert. Dass dem so ist, liegt auch an Marco Kleemann und der Nahwärme Pfofeld eG. Die Änderungen zu erklären, ist ein bisschen kompliziert. Es war bisher schon so, dass der Bau von Nahwärmenetzen und Glasfasernetzen staatlich gefördert wurde – nur nicht in Kombination. „Eine Doppelförderung wäre von den Behörden sofort als förder-schädlich abgelehnt worden, weil

mit der Glasfaserförderung kein Nahwärmenetz gefördert werden durfte und umgekehrt“, erklärt Kleemann. Zudem dürfe mit dem Tiefbau erst begonnen werden, wenn die Förderzusage vorliege. „Bei der Glasfaserförderung kann das aber bis zu zwei Jahre dauern. Keine Genossenschaft würde mit dem Bau ihres Nahwärmenetzes so lange warten“, sagt Kleemann. Die meisten Genossenschaften haben deshalb ihr Glasfasernetz auf eigene Faust mit dem Nahwärmenetz verlegt. Oder sie haben sich wegen der hohen Kosten letzten Endes doch für Kupferkabel entschieden. „Eine vertane Chance“, bedauert Kleemann.

Die Errichtung eines Glasfasernetzes ist zudem so teuer, dass viele potenzielle Betreiber selbst dann davor zurückschrecken, wenn sie eine Förderung in Aussicht gestellt bekommen. Vor allem die Erdarbeiten schlagen heftig zu Buche – nicht jedoch, wenn die Glasfaserleitungen gemeinsam mit dem Nahwärmenetz verlegt werden. Weil Kleemann nicht einsehen wollte, dass dieses Einsparpotenzial nicht genutzt werden kann, sprach er unter anderem beim Bayerischen Finanz- und Heimatministerium vor – und hatte Erfolg. Inzwischen ist die kostensparende Synchronverlegung von Nahwärme- und Glasfasernetzen möglich. „Endlich gibt es klare Vorgaben, wie solche Projekte umgesetzt werden können“, sagt Kleemann.

Synergieeffekte reduzieren Wirtschaftlichkeitslücke

Das Modell funktioniert nun so: Beim Breitbandausbau sind nur die Kommunen berechtigt, einen Förderantrag zu stellen. Die Mittel dazu kommen vom Freistaat und/oder vom Bund. Normalerweise holt die Kommune dann Angebote von Providern ein, die Glasfasernetze errichten und betreiben. Weil die Kosten dafür viel höher sind als der Erlös aus den späteren Einnahmen, weisen die Provider eine sogenannte Wirtschaftlichkeitslücke aus, die von der Kommune mithilfe der Fördermittel ausgeglichen wird. Das Unternehmen mit der geringsten Wirtschaftlichkeitslücke erhält den Zuschlag.

Wenn nun eine Nahwärmegenossenschaft ein Glasfasernetz errichtet, kann die Kommune den Provider darauf hinweisen, dass es bereits eine Bestandsinfrastruktur gibt. Der Provider kann dann die Glasfaserleitungen von der Genossenschaft pachten und spart sich so die hohen Kosten für den Bau eines eigenen Netzes. Dafür weist er eine geringere Wirt-

schaftlichkeitslücke aus. Davon profitiert auch die Kommune, weil sie weniger Geld als Ausgleich an den Provider zahlen muss.

Der Provider pachtet also in einer Art Dreiecksverhältnis das Glasfasernetz von der Genossenschaft und lässt sich von der Kommune die Wirtschaftlichkeitslücke erstatten, die ihrerseits Fördermittel von Bund und/oder Freistaat bezieht. „Von diesem Modell profitieren alle Beteiligten. Der Provider kann wirtschaftlicher arbeiten, die Kommune muss weniger Geld zuschießen, die Genossenschaft kann ihr Glasfasernetz durch die Verpachtung langfristig und solide refinanzieren und die Bürger erhalten eine schnelle Internetanbindung. Zu guter Letzt sparen auch Bund und Freistaat durch die Synergieeffekte beim Bau beider Netze Fördermittel ein. Das verhindert Steuerverschwendung“, betont Kleemann. Die praktische Umsetzung sei aber dann doch nicht so einfach. „Im Detail gibt es vielfältige Förderkulissen. Da muss man wirklich von Netz zu Netz schauen, welches Fördermodell am besten geeignet ist.“

Wertschöpfung bleibt in der Region

Die neuen Fördervorgaben helfen auch dabei, Wertschöpfung in der Region zu halten. „Wenn bisher irgendwo Glasfasernetze gefördert wurden, waren die Provider meist große Wirtschaftsunternehmen, die ihren Sitz oft außerhalb von Bayern haben. Das Geld ist also aus der Region abgeflossen“, sagt Kleemann. Die Fiber Network WUG dagegen bietet ortsnahe Dienstleistungen bei der Planung und Programmierung von Glasfasernetzen an, regionale Partnerfirmen übernehmen den Tiefbau und weitere Dienstleister vor Ort kümmern sich um das Einblasen und Spleißen der Glasfasern. „So können bayerische Unternehmen und Kommunen von bayerischen Förderprojekten partizipieren.“

Nachdem sich der bisherige Pächter des Pfofelder Glasfasernetzes aus dem Geschäft zurückziehen will, wird die Fiber Network WUG in Zukunft auch selbst als Provider auftreten und nicht nur die Infrastruktur anbieten, sondern auch die dazugehörigen Tarife für Endkunden. Der wirtschaftliche Erfolg der Fiber Network WUG kommt dabei auch den Mitgliedern und Verbundpartnern der Nahwärme Pfofeld eG zugute. Zudem ist geplant, die anderen Nahwärmegenossenschaften, die zum Glasfaserverbund der Fiber Network WUG gehören, als Gesellschafter an der GmbH zu beteiligen. □

Staatsminister Füracker:

Gigabit für zahlreiche Schulen im Freistaat

„Unser bayerisches Ziel bleibt: Glasfaser bis in jedes Haus und jede Schule. Unsere Landkreise und Kommunen schaffen zukunftsfähige Glasfaserinfrastruktur vor allem im ländlichen Raum und engagieren sich damit beim Aufbau einer starken digitalen Infrastruktur in ganz Bayern!“, unterstrich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der virtuellen Übergabe des Förderbescheids für die Anbindung öffentlicher Schulen an das leistungsfähige Glasfasernetz.

Der Landkreis Fürstentfeldbruck startet den Ausbau der Glasfaseranschlüsse bis in jede seiner 18 öffentlichen Schulen. Die Anbindung an das leistungsfähige Gigabitnetz ermöglicht rund 15.200 Schülerinnen und Schülern künftig ein noch moderneres Lernumfeld. Der Freistaat Bayern unterstützt den Landkreis dabei mit insgesamt 790.000 Euro.

Mit der Glasfaserförderung des Freistaats für 12 Schulen werden künftig alle 21 öffentlichen Schulen der Stadt Landshut an das Gigabitnetz angeschlossen sein. Rund 7.100 Schüler werden künftig angebunden sein. Der Freistaat fördert Landshut dabei mit über 490.000 Euro.

Die Stadt Schwabach startet mit der Förderung des Freistaats den Glasfaserausbau bis in jede ihrer 13 öffentlichen Schulen sowie in die Außenstelle des Rathauses. Die Anbindung an das leistungsfähige Gigabitnetz ermöglicht rund 5.600 Schülern ein noch moderneres Lernumfeld. Auch die Stadtverwaltung ist so für die Zukunft bestens aufgestellt. Unterstützt wird Schwabach vom Freistaat Bayern mit insgesamt 470.000 Euro.

In Kaufbeuren werden 14 Schulen der Stadt bei der Anbindung an ein zukunftsfähiges Glasfasernetz unterstützt. Kaufbeuren wird dabei mit über 381.000 Eu-

ro gefördert. Rund 4.800 Schüler profitieren von der Gigabit-anbindung. Alle 21 öffentlichen Schulen der Stadt sind dann direkt an Glasfaser angeschlossen.

Um Bayerns Bildungsstätten digital optimal aufzustellen, fördert der Freistaat seit Juni 2018 die Erschließung mit leistungsfähiger Glasfaser. Bayernweit sind bereits 2.200 öffentliche Schulen mit Glasfaser angebunden, 1.944 öffentliche Schulen befinden sich in der Bauphase. Bereits jetzt sind über 99 Prozent der öffentlichen Schulen mit schnellem Internet versorgt oder haben die Glasfasererschließung angestoßen. Über 74 Prozent der öffentlichen Schulen können aktuell Gigabitbandbreiten nutzen. Durch das bayerische Förderprogramm „Glasfaser/WLAN-Richtlinie“ werden absehbar über 99 Prozent aller öffentlichen Schulen im Freistaat direkt mit leistungsstarker Glasfaser und damit Gigabit angebunden.

Wie das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat weiter mitteilt, sei der Freistaat mit der Förderung in den sogenannten grauen Flecken seit 2020 europaweit Vorreiter und jetzt sind schon fast die Hälfte aller bayerischen Gemeinden im Förderverfahren. Der Glasfaser-Ausbau in Bayern läuft auf Hochtouren. „Das starke Interesse der Kommunen zeigt, wie goldrichtig unse-

re Förderung ist“, erklärt Finanz- und Heimatminister Albert Füracker. Mit den derzeit laufenden Förderverfahren nach der Bayerischen Gigabitrichtlinie sollen über 850.000 Gebäude direkt mit Glasfaser versorgt werden. „Megesheim ist die tausendste Gemeinde im Förderverfahren nach der Bayerischen Gigabitrichtlinie. Wir nehmen das als Ansporn, weitere Gemeinden für die Förderung zu motivieren. Leistungsfähige Breitbandnetze sind die Lebensadern der Gegenwart und Zukunft. Bayerns Ziel ist, dass Gigabit in jedem Haus ankommt und hier kommen wir mit großen Schritten voran“, so Füracker weiter.

Megesheim (Landkreis Donau-Ries) ist in das Förderverfahren nach der Bayerischen Gigabitrichtlinie eingestiegen und plant, das Gemeindegebiet nahezu flächendeckend mit FTB (Fiber-to-the-Building) zu erschließen. Das bedeutet, über 300 Häuser sollen direkt an das leistungsfähige Glasfasernetz angeschlossen werden. Die Kommunen entscheiden im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit über die Inanspruchnahme eines Förderverfahrens und über den Umfang der Fördergebiete.

Mit der früheren bayerischen Breitbandrichtlinie, der Gigabitförderung und der bayerischen Kofinanzierung des Bundesförderprogramms wurden durch den Freistaat seit 2014 insgesamt über 1,6 Milliarden Euro an staatlichen Fördermitteln zugesagt. Damit unterstützt der Freistaat Bayern wie kein anderes Bundesland die Umsetzung der Landes- und Bundesförderverfahren. DK

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
LANDS BAYERN

FACHGESPRÄCH

IT-SICHERHEIT IN DEN KOMMUNEN

7.3.2022 | 19 UHR
ONLINE

Diskutieren Sie mit uns über den Schutz kommunaler IT-Infrastruktur vor Cyberattacken.

Mit Johannes Becher, MdL, Heike Leise, AKDB und Daniel Kleffel, Präsident des LSI

Anmeldung und Infos unter
www.gruene-fraktion-bayern.de/termine

Start eines neuen lokalen Online-Marktplatzes für Würzburg:

Würzburg bei Ebay

In Zusammenarbeit mit der Stadt hat eBay Deutschland einen lokalen Online-Marktplatz für Würzburg eingerichtet. Unter ebay-deine-stadt.de/wuerzburg finden Käufer die Angebote von mehr als 200 gewerblichen Händlerinnen und Händlern aus Würzburg – viele von ihnen mit stationärem Geschäft. So können die Würzburger den lokalen Einzelhandel online gezielt unterstützen – auch dann, wenn sie gerade selbst nicht im jeweiligen Ladengeschäft einkaufen können oder möchten.

Mit dem neuen lokalen Online-Marktplatz wird ein Ort des Handels, aber auch ein Ort der Begegnung geschaffen. Nutzerinnen und Nutzer, die Geschäfte aus Würzburg online unterstützen möchten, finden dort eine breite Auswahl an Produkten, aber zukünftig auch weitere Informationen aus und über Würzburg wie beispielsweise Veranstaltungstermine.

Dem lokalen Handel ein Gesicht geben

Darüber hinaus verleiht der lokale Online-Marktplatz dem Handel aus der Nachbarschaft ein Gesicht: Käuferinnen und Käufer sehen durch eine Google Maps TM-Integration nicht nur, wo sich die jeweilige Händlerin oder der jeweilige Händler befindet, sondern auch die Öffnungszeiten, um direkt vorbei gehen zu können. In Text und Bild lernen sie die Händler auch besser kennen und erhalten alle wichtigen Informationen, wie Öffnungszeiten und Kontaktdaten.

Projekt mit Modellcharakter

Mit dem neuen lokalen Online-Marktplatz ist Würzburg Teil eines deutschlandweiten Projekts zur Stärkung des lokalen Handels. Die Initiative „eBay Deine Stadt“ ermöglicht es allen interessierten Städten und Kommunen, lokale Online-Marktplätze einzurichten. Neben Würzburg sind bereits über zwanzig weitere Städte erfolgreich mit dem Projekt gestartet, das Modellcharakter hat. In den zehn Pilotstädten (darunter Nürnberg, Chemnitz und Lübeck), die bereits zum Start von „eBay Deine Stadt“ im April dabei waren, haben sich seitdem über 1200 neue gewerbliche Händlerinnen und Händler bei eBay angemeldet.

Hightech für intakte Kanäle:

Die Telekom unterstützt Kummert

Fränkischer Spezialist für Kanalinspektion setzt auf bestes Mobilfunknetz
Hoch sichere M2M-Kommunikation mit flexiblem Nutzungsmodell

Kanalinspektion ist heutzutage Hightech. Robuste Inspektionssysteme der Firma Kummert liefern mit Hilfe der Telekom Daten über die unsichtbare Infrastruktur unter unseren Füßen: für deren Erhalt, für Wassersparsamkeit und Umweltschutz.

Hochmoderne Kameras werden mit einem Schiebekabel in die Rohre eingebracht und liefern neben gestochenen scharfen Bildern in HD-Qualität auch Daten über die Lage und den Verlauf der Leitungen.

So entstehen eine detaillierte Planzeichnung der Unterwelt sowie eine genaue Bestandsaufnahme über Zustand und Funktionsfähigkeit. Diese Daten überträgt die Telekom mit sicherem Mobilfunk ihrer M2M-Plattform (Machine-to-Machine-Kommunikation) in eine Cloud. Der ausführende Dienstleister hat so unmittelbar Zugriff auf die Ergebnisse der Inspektion und kann diese ohne Verzögerung auswerten, verarbeiten und an seine Kunden weitergeben.

Mit regelmäßigen Inspektionen der Kanäle können Schäden frühzeitig erkannt werden. So lässt sich verhindern, dass etwa Abwasser über Schadstellen ins Grundwasser sickert oder die Funktionsfähigkeit der Entwässerungssysteme eingeschränkt ist.

Ein Vorteil der Initiative für den lokalen Handel ist, dass die Angebote nicht nur auf der lokalen Plattform „Würzburg bei eBay“ verfügbar sind. Sie sind auch auf dem nationalen eBay-Marktplatz (www.ebay.de) zu finden. So können die Händler ihre Artikel über eBay auch an 20 Millionen Menschen in ganz Deutschland und sogar darüber hinaus verkaufen. Jenen Händlern, die neu zu eBay kommen, wird durch das „eBay-Durchstarter“-Programm der Einstieg in den Online-Handel erleichtert: Neueinsteiger zahlen drei Monate keine Verkaufsprovision und profitieren von einer halbjährigen Intensivphase mit kostenlosem eBay-Premium-Kundenservice, Premium-Shop und individueller Beratung.

Ein Stück Heimat

„Wir haben in den letzten Wochen intensiv und eng mit der Stadt Würzburg und dem HBE Unterfranken zusammengearbeitet und wir freuen uns sehr über den schnellen Start von ‚Würzburg bei eBay‘“, so Oliver Klinck, der Geschäftsführer von eBay Deutschland.

Laut Klinck stieg in den vergangenen Jahren der Druck auf den lokalen Handel, neben stationären Angeboten auch digitale Lösungen zu finden. „Gleichzeitig möchten immer mehr Menschen die Geschäfte ihrer Region gezielt unterstützen. Handel ist ein Kulturgut und für viele Menschen ist der regionale Handel ein Stück Heimat. Wir freuen uns, dass zum Start bereits über 200 Würzburger Händler dabei sind. Sie stellen ein breites Angebot zur Verfügung und können ihre Waren über den lokalen Marktplatz aber auch global an weltweit über 185 Millionen Menschen bei eBay verkaufen.“

Leistungsfähiges Netz

Die Telekom stattet die Inspektionsgeräte von Kummert mit SIM-Karten aus. Die Datenübertragung läuft hochsicher durch einen eigens abgeschotteten VPN-Tunnel (Virtual Private Network) im öffentlichen Netz. Zudem „kennt“ die SIM-Karte nur einen Empfänger, nämlich die Cloud von can3D®, und gestattet nur diesem Zugriff.

Der Stadtbeauftragte André Hahn ergänzt: „Der Würzburger Stadtrat hat durch seinen Beschluss in den Haushaltsberatungen für 2022 den Startschuss für den lokalen Marktplatz in Würzburg gelegt. Auf Grund der ak-

tuellen angespannten und ungewissen Situation für den Einzelhandel, haben wir in der Wirtschaftsförderung alle Kräfte mobilisiert und haben mit ‚eBay-Würzburg‘ schon im Jahr 2021, konkret am 30.11. gestartet.“

Deutsche Glasfaser und Bayerischer Gemeindetag vereinbaren Standards

Deutsche Glasfaser beim eigenwirtschaftlichen Ausbau von Glasfasernetzen in Bayern als wichtiger Partner der Kommunen

Der Bayerische Gemeindetag und die Unternehmensgruppe Deutsche Glasfaser haben sich auf Eckpunkte zur Beschleunigung und Verbesserung des Glasfaserausbaus in Bayern geeinigt. In der Vereinbarung verpflichtet sich das Unternehmen zu enger und transparenter Zusammenarbeit mit den Kommunen im Freistaat. Im Gegenzug fordert der Bayerische Gemeindetag seine Mitglieder auf, den Ausbau durch die Deutsche Glasfaser in den Genehmigungsverfahren zu unterstützen.

Die Partner sind sich einig, dass der eigenwirtschaftliche Ausbau von Glasfaser-Infrastruktur im Freistaat Bayern Priorität hat. Förderprogramme sollen auf jene Orte beschränkt sein, in denen ein Ausbau unrentabel ist. Deutsche Glasfaser verspricht, Glasfaser-Infrastrukturen nach den anerkannten Regeln der Technik zu planen und zu errichten. Insbesondere wurden zur Gewährleistung einer guten Wiederherstellung der Straße verschiedene Maßnahmen vereinbart.

Empfohlene kommunale Maßnahmen

Der Gemeindetag akzeptiert, dass Deutsche Glasfaser die Kabel aus Effizienzgründen bevorzugt in einer geringeren Verlegetiefe verlegt. Zu den vom Bayerischen Gemeindetag empfohlenen kommunalen Maßnahmen zählen die schnelle Bearbeitung von Anträgen, Prozesse zur kurzfristigen Genehmigung anerkannter, moderner Verlegetechniken sowie die zeitnahe Erteilung von verkehrsrechtlichen Anordnungen.

„Der zügige Bau von Telekom-

munikationslinien oder -anlagen kann nur gemeinsam effizient und reibungslos abgewickelt werden“, erklärte Stefan Graf, Direktor und Referatsleiter Energie, Telekommunikation, Öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Umweltrecht beim Bayerischen Gemeindetag. „Die getroffene Vereinbarung sichert insbesondere die Qualität der Straßenbauarbeiten ab. Im Gegenzug rufen wir die Gemeinden auf, für eine schnelle und reibungslose Abwicklung der erforderlichen Genehmigungen und Anordnungen zu sorgen.“

„Wir freuen uns über die Vereinbarung mit dem Bayerischen Gemeindetag“, betonte Peter Reisinger, Regionalleiter Bayern bei Deutsche Glasfaser. „Mit dieser Vereinbarung untermauern wir unser enges und partnerschaftliches Verhältnis zu den Kommunen in Bayern und setzen wichtige Rahmenbedingungen für die Beschleunigung unseres ambitionierten Ausbauprogramms im Freistaat.“

Interessierte Händler können sich gerne für weitere Informationen an den Stadtbeauftragten André Hahn (andre.hahn@stadt.wuerzburg.de) wenden. □

Für einen reibungslosen Glasfaserausbau in Bayern:

Deutsche Glasfaser und Bayerischer Gemeindetag vereinbaren Standards

Deutsche Glasfaser beim eigenwirtschaftlichen Ausbau von Glasfasernetzen in Bayern als wichtiger Partner der Kommunen

Der Bayerische Gemeindetag und die Unternehmensgruppe Deutsche Glasfaser haben sich auf Eckpunkte zur Beschleunigung und Verbesserung des Glasfaserausbaus in Bayern geeinigt. In der Vereinbarung verpflichtet sich das Unternehmen zu enger und transparenter Zusammenarbeit mit den Kommunen im Freistaat. Im Gegenzug fordert der Bayerische Gemeindetag seine Mitglieder auf, den Ausbau durch die Deutsche Glasfaser in den Genehmigungsverfahren zu unterstützen.

Die Partner sind sich einig, dass der eigenwirtschaftliche Ausbau von Glasfaser-Infrastruktur im Freistaat Bayern Priorität hat. Förderprogramme sollen auf jene Orte beschränkt sein, in denen ein Ausbau unrentabel ist. Deutsche Glasfaser verspricht, Glasfaser-Infrastrukturen nach den anerkannten Regeln der Technik zu planen und zu errichten. Insbesondere wurden zur Gewährleistung einer guten Wiederherstellung der Straße verschiedene Maßnahmen vereinbart.

Empfohlene kommunale Maßnahmen

Der Gemeindetag akzeptiert, dass Deutsche Glasfaser die Kabel aus Effizienzgründen bevorzugt in einer geringeren Verlegetiefe verlegt. Zu den vom Bayerischen Gemeindetag empfohlenen kommunalen Maßnahmen zählen die schnelle Bearbeitung von Anträgen, Prozesse zur kurzfristigen Genehmigung anerkannter, moderner Verlegetechniken sowie die zeitnahe Erteilung von verkehrsrechtlichen Anordnungen.

Chancen der Digitalisierung nutzen

Der Bayerische Gemeindetag hat die Unterlagen aus der getroffenen Vereinbarung bereits seinen Mitgliedern bekanntgemacht und zur Anwendung empfohlen. Deutsche Glasfaser schafft als Digitalversorger der Regionen die Voraussetzung dafür, dass ländliche und suburbane Kommunen in Deutschland die Chancen der Digitalisierung nutzen können. Landkreise und Kommunen, die an Glasfasernetze angebunden sind, gewinnen nachweislich an Attraktivität. Unternehmen siedeln sich an, der Arbeitsmarkt wächst und es gibt weniger Abwanderung in die großen Städte.

Das Unternehmen aus Borken in Nordrhein-Westfalen hat sich im Dezember mit der bayerischen Landesregierung darauf verständigt, bis 2025 insgesamt 550.000 Haushalte im Land mit leistungsfähigen FTTH-Anschlüssen zu verbinden. Insgesamt plant Deutsche Glasfaser, bundesweit 6 Millionen Haushalte mit der leistungsfähigsten aller Breitbandtechnologien zu versorgen, 4 Millionen davon innerhalb der kommenden vier Jahre.

Um den Glasfaserausbau in Bayern noch effizienter und sicherer zu gestalten, hat Deutsche Glasfaser bereits im August mit dem Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft zudem eine Vereinbarung zur engeren Absprache mit den Versorgern in künftigen Infrastrukturprojekten getroffen. □

Das Ehrenamt digital stärken:

Landesfeuerwehrverband wird Partner von BayernFunk

Landesfeuerwehrverband Bayern, Versicherungskammer Bayern, Bayerisches Rotes Kreuz und Fraunhofer IESE kooperieren in der Kommunikationsplattform BayernFunk

Die BayernFunk-App ist eine datensichere Social-Media-Plattform exklusiv für bayerische Gemeinden und Landkreise. Damit können sich Bürger, Kommunen, Vereine, Feuerwehren und andere ehrenamtlich Engagierte austauschen. Sie können gebündelte Informationen zu Nachbarschaftshilfe, Vereinsleben und Veranstaltungen in einer zentralen Plattform kommunizieren und koordinieren. Das fördert das Miteinander und stärkt die örtliche Gemeinschaft.

Das Ehrenamt ist besonders im ländlichen Raum ein wichtiger Bestandteil des Gemeinwesens – so auch die Feuerwehren. Über die Gruppenfunktion im BayernFunk können sich ihre Mitglieder digital vernetzen und ihre Arbeit koordinieren. Johann Eitzenberger, Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbands Bayern: „Mit dem BayernFunk haben wir die Möglichkeit, verstärkt über unsere Arbeit zu informieren. Dies soll uns auch dabei helfen, mehr Frauen, Männer und Jugendliche für den Feuerwehrdienst zu begeistern.“

Nähe zu den Kommunen

Christian Krams, Leiter Konzern Schaden der Versicherungskammer, begrüßt den Landesfeuerwehrverband als neuen, starken Kooperationspartner im BayernFunk: „Damit unterstützen wir dieses wichtige Ehrenamt und bleiben auch im digitalen Zeitalter unserer traditionellen Nähe zu Menschen und Kommunen treu.“

Mit dem BayernFunk unterstützt die Versicherungskammer Bayern gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering (IESE) und dem Bayerischen Rotes Kreuz das Miteinander auf Lokal- und Kreisebene. Das er-



Johann Eitzenberger, Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbands Bayern, mit der BayernFunk-App.
Bild: LFV Bayern e.V.

öffnet neue Möglichkeiten, die ländlichen Regionen zu digitalisieren und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Bayern zu stärken – nicht nur in der Pandemie.

Die App ist bereits in 150 bayerischen Gemeinden im Einsatz. Sie kann einfach und kostenfrei im AppStore oder Google Playstore heruntergeladen werden. Sie ist intuitiv gestaltet und für Menschen jeden Alters geeignet. Interessierte Kommunen melden sich unter bayernfunk@vkb.de kostenfrei an. □

Startschuss für Pilotprojekt Digitallotsen

Mit dem Projekt „Digitallotsen“ setzt sich der Landkreis Donau-Ries dafür ein, dass auch ältere Menschen souverän digital agieren können. Von den Möglichkeiten der Digitalisierung können aber nur Menschen profitieren, die auch einen Zugang zu diesen Angeboten haben. „Die Teilhabe von älteren Menschen an unserer digitalen Lebenswelt ist daher eine wichtige gesellschaftliche und politische Aufgabe“, betont Landrat Stefan Rößle.

Der Landkreis Donau-Ries und die Gesundheitsregionplus DONAURIES nahmen sich seit vergangenen Jahr gemeinsam mit lokalen Einrichtungen und Akteuren dieses Themas an. Im Rahmen der dazu gegründeten Arbeitsgruppe „Digitale Teilhabe und Kompetenzen älterer Menschen“ wurden die konkreten Maßnahmen dazu entwickelt.

Der Landkreis suchte im Dezember vergangenen Jahres Pilotgemeinden, die Digitallotsen vor Ort einsetzen möchten. Für das Pilotprojekt haben sich fünf Kommunen beworben: Deiningen, Donauwörth, Harburg, Nördlingen und Wemding.

Kostenloses Beratungsangebot vor Ort

Mit den Digitallotsen wird ein kostenloses Beratungsangebot für Ratsuchende vor Ort aufgebaut. Verankert werden die Digitallotsen an lokalen Stützpunkten. Dies kann die Nachbarschaftshilfe, die Stadtbibliothek, ein Mehrgenerationenhaus, die örtliche Schule oder VHS sein, aber immer in öffentlichen Räumen vor Ort. „Wir wollen ein niedrigschwelliges und wohnortnahes Angebot zur Vermittlung von digitalen Kompetenzen schaffen. Wir wollen gerade ältere und oft weniger mobile Menschen ansprechen und in die virtuelle Welt begleiten“ so Dr. Gabriele Theiler Digitalisie-

rungskoordinatorin im Landkreis und Projektleiterin.

Regionale Bildungsträger der Erwachsenenbildung wie das Evangelische Bildungswerk Donau-Ries für Nördlingen und Deiningen, das Bildungswerk Harburg oder die VHS für Donauwörth und Wemding organisieren und koordinieren die Ausbildung der Digitallotsen direkt vor Ort.

Die Verankerung der Digitallotsen vor Ort in den lokalen Stützpunkten ist wesentlicher Ansatz des Projekts, um das Angebot auch bedarfsgerecht zu gestalten. Hier werden die verschiedenen Angebote bekannt gemacht und durchgeführt. Nur so wird gewährleistet, dass Angebot und Nachfrage optimal koordiniert werden können. Die enge Verzahnung mit dem Alltagshandeln in der Kommune sehen alle Beteiligten als eine Gelingensbedingung für das Projekt.

In den Pilotkommunen wird es in den nächsten Wochen viel Arbeit geben, denn noch zum Ende des ersten Halbjahres soll die Ausbildung der ehrenamtlichen Digitallotsen starten und die notwendigen Voraussetzungen für deren Einsatz geschaffen werden. Auch werden in den Kommunen nun Ehrenamtliche gesucht, die Lust haben älteren Menschen bei einem niederschweligen Einstieg in die digitale Welt zu unterstützen. An wen sich Interessierte wenden können, wird demnächst veröffentlicht. □

Feinstaubbelastung in Bayern:

Wieder mehr Grenzwert-Überschreitungen

Im vergangenen Jahr wurden im Freistaat wieder mehr Tage mit zu viel gesundheitsschädlichem Feinstaub an belasteten Straßen verzeichnet. Die 33 Luftmessstationen, deren Daten beim Umweltbundesamt zugänglich sind, registrierten zusammen 108 Tage mit einem Mittelwert von mehr als 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. 2020 waren es bei 32 Stationen nur 80 Überschreitungen.

Acht Tage mit Werten über 50 Mikrogramm im Jahr 2021 gehen dabei auf das Konto der neu geführten Messstation in Passau Angerstraße, die damit gleichauf mit der Landshuter Allee in München die zweitmeisten Überschreitungstage aufweist. Spitzenreiter war mit zehn Überschreitungen die Von-der-Tann-Straße in Nürnberg.

Negativranking

Auf den Plätzen vier bis sechs im Negativranking rangieren die

Residenzstraße in Ansbach, das Rathaus in Regensburg und der Stadtring Süd in Würzburg mit je sechs Tagen. Vier Überschreitungstage wurden an Stachus und Lothstraße in München sowie am LfU und in der Karlstraße in Augsburg registriert.

Die gute Nachricht: Insgesamt liegen immer noch alle Werte der Messstationen im Rahmen: Der Feinstaubwert darf die Grenze von 50 Mikrogramm im Tagesmittel nicht mehr als an 35 Tagen im Jahr überschreiten. Hier hat sich die Situation in den letzten Jahren deutlich ver-

bessert, im vergangenen Jahrzehnt hatte es noch weitaus mehr Überschreitungen gegeben. Während die Landshuter Allee in München im Jahr 2013 noch 39 Überschreitungstage verzeichnete, waren es in der Von-der-Tann-Straße in Nürnberg 31.

Wie Feinstaub entsteht

Feinstaub entsteht im Verkehr durch Verbrennungsmotoren, aber auch durch Reifenabrieb. Weitere Quellen sind unter anderem die Industrie, Kraftwerke und Holzöfen. Ein möglicher Grund für die Zunahme ist der im Vergleich zum ersten Corona-Jahr wieder angestiegene Straßenverkehr. Allerdings hat auch das Wetter großen Einfluss auf die Feinstaub-Werte.

Bayerische Ressourceneffizienztag:

Zukunft gemeinsam gestalten

Zu den größten Herausforderungen unserer Zeit zählen der Klimawandel, die Verknappung von Ressourcen sowie der nachhaltige Umgang mit Kunststoffen. Die ersten Bayerischen Ressourceneffizienztag boten Unternehmern sowie Interessierten dazu eine Plattform. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Themen Klimaschutz, Digitalisierung, Kunststoffe sowie Ökodesign im Kontext der Ressourceneffizienz.

Wie Ressourceneffizienz gelingt, zeigten rund 20 renommierte Experten aus Forschung und Praxis. Vorgestellt wurden Lösungsansätze, laufende Projekte sowie die Best-Cases der Gewinner des Bayerischen Ressourceneffizienz-Preises: Con-tech Software & Engineering GmbH (Fürstenfeldbruck), Sysplast GmbH (Nürnberg), Steico SE (Feldkirchen bei München) und BMK electronic services GmbH (Augsburg).

REZ-Ausbau zugesichert

Impulse gaben die Keynotespeaker Prof. Dr. Christian Berg (Club of Rome), Bernd Draser (ecosign – Akademie für Gestaltung), Dr. Adriana Neligan (Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.), Dr. Tina Buchholz (PlasticsEurope Deutsch-

land) und Prof. Dr. Klaus-Jürgen Grün (Vizepräsident des Ethikverbands der deutschen Wirtschaft e.V.). Bayerns Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Thorsten Glauber, sicherte seinerseits den Ausbau des Ressourceneffizienz-Zentrums Bayern (REZ) ab April 2022 zum CleanTech Hub für die Kreislaufwirtschaft der Zukunft zu. Das REZ ist als zentrale Anlaufstelle für Unternehmen zum Thema Rohstoff- und Materialeffizienz in Bayern am Bayerischen Landesamt für Umwelt angesiedelt.

Potenzial für Klimaschutz

Die Bayerischen Ressourceneffizienztag machten deutlich, dass es aufgrund einer wachsenden Bevölkerung erforderlich ist, die Emissionen und den

Bedarf an Rohstoffen zu reduzieren. Diese Ziele lassen sich beispielsweise durch eine nachhaltige Materialauswahl und eine bessere Umsetzung der Kreislaufwirtschaft erreichen. Hier besteht großes Potenzial für den Klimaschutz.

Produktdesign mit passenden Geschäftsmodellen verknüpfen

Auch wurde aufgezeigt, dass weitere Potenziale zur Steigerung der Material- und Rohstoffeffizienz im Unternehmen insbesondere in der Produktentwicklung liegen. Es sei vorteilhaft, ein kreislauffähiges Produktdesign mit passenden Geschäftsmodellen zu verknüpfen, die das Produkt beispielsweise über ein Leasing oder als Dienstleistung anbieten. Dies könne dazu führen, dass die Produkte regelmäßig gewartet, im Bedarfsfall repariert werden und schließlich in das Unternehmen zurückgelangen.

Beim Thema Digitalisierung wurde die Bedeutung einer individuellen Digitalisierungsstrategie im Unternehmen vor der

Verheerende Gesundheitsschäden

Wie eine im Fachmagazin „Lancet Planetary Health“ veröffentlichte Modellierungsstudie aus den Vereinigten Staaten zeigt, verursacht Luftverschmutzung in Städten verheerende Gesundheitsschäden. Hohe Feinstaubbelastung habe demnach im Jahr 2019 zu etwa 1,8 Millionen Todesfällen weltweit beigetragen.

Etwa 2,5 Milliarden Menschen in Städten weltweit seien einer Feinstaubbelastung ausgesetzt, die über den von der Weltgesundheitsorganisation WHO empfohlenen Grenzwerten liegt. Das seien rund 86 Prozent aller in Städten lebenden Menschen, heißt es in der Untersuchung. Ausgewertet wurden für die Berechnung demnach Daten aus rund 13.000 Städten weltweit zur Belastung mit Feinstaubpartikeln kleiner als 2,5 Mikrometer. Diese winzigen Teilchen können tief in die Atemwege eindringen und etwa die Lunge nachhaltig schädigen.

Eine zweite Studie vom gleichen Autorenteam kommt zu dem Schluss, dass allein 2019 weltweit rund 1,85 Millionen neu aufgetretene Fälle von Asthma bei Kindern auf eine hohe Stickstoffdioxid-Belastung zurückzuführen sind, zwei Drittel davon träten in Städten auf.

Handlungsbedarf

Zwar sei aufgrund von möglicherweise strengeren Luftverschmutzungsvorschriften in reicheren Ländern der Anteil der Asthmaerkrankungen bei Kindern, die auf eine Stickstoffdioxid-Belastung in Städten zurückgeführt werden kann, zuletzt gesunken, so die Forscher. Dennoch zeigten beide Studien, wie dringend die Luftqualität in Städten verbessert werden muss.

Terminhinweis:

Die Immissionsschutztagung 2022 in München

16. Müller-BBM Fachgespräche – der Erfahrungsaustausch zwischen Vertretern von Behörden, Kommunen, Betreibern und Beratern – finden am 23./24. März im Haus der Bayerischen Wirtschaft (Europasaal) in München statt.

Die Anforderungen der überarbeiteten TA Luft und auch die der TA Lärm und deren Auslegung führen immer wieder zu komplexen und herausfordernden Fragestellungen bei der Zulassung von Vorhaben oder der Sanierung von Bestandsanlagen. Betreiber und verantwortliche Planer wollen wissen, worauf bei laufenden und zukünftigen Genehmigungsverfahren sowie dem Anlagenbetrieb zu achten ist. Hochkarätige Referenten aus der Verwaltung, der Industrie und der Beratung berichten über aktuelle Praxisbeispiele aus den Themenfeldern Stadt- und Bauleitplanung unter Berücksichtigung der E-Mobilität, Schallimmissionsschutz, Windenergieanlagen, Luftreinhalteplanung und die Herausforderungen des Klimawandels sowie Störfall- und UVP-Recht und geben Antworten auf viele Fragen.

Eröffnet wird die Tagung durch die Grußworte von Frau MDgtin Dr. Monika Kratzer, Abteilungsleiterin für Klimaschutz, technischer Umweltschutz und Kreislaufwirtschaft, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, München.

Den Eröffnungsvortrag hält Frau Dr. Lilian Busse, Vizepräsidentin des Umweltbundesamtes (m. d. W. d. G. b.) und Leiterin des Fachbereichs II „Gesundheitlicher Umweltschutz und Schutz der Ökosysteme“ in Dessau-Roßlau.

<https://www.muellerbbm.de/veranstaltungen/>



V.l.: Die Gastgeber Joachim Bittner und Walter Grotz führen durch das Programm und freuen sich auf einen regen Erfahrungsaustausch mit den Teilnehmer:innen.

Bild: Müller-BBM

von Materialien erleichtert werden.

Grundstein für erfolgreiche Kreislaufwirtschaft

Aufgrund ihrer Eigenschaften sind Kunststoffe ein essenzieller Bestandteil vieler Konsumgüter. Gleichzeitig belasten achtlos weggeworfene Einweg-Kunststoffprodukte die Umwelt. Im Rahmen von Fachforen wurden zwei Projekte vorgestellt, die dazu beitragen wollen, die

Kreislauffähigkeit von Kunststoffprodukten zu steigern. Diese beinhalten zum einen die Erarbeitung eines Werkzeugs zur multikriteriellen Materialauswahl für Kunststoffprodukte und zum anderen die Entwicklung eines neuen Sortieralgorithmus für ein verbessertes Kunststoffrecycling. Der Grundstein für eine erfolgreiche Kreislaufwirtschaft liegt auch hier in der Zusammenarbeit aller entlang eines Produktlebenszyklus beteiligten Akteure.

Renexpo Interhydro:

Europas Expertentreff der Wasserkraft

Am 3. und 4. März 2022 öffnet das Messezentrum Salzburg mit der Renexpo Interhydro die Schleusen für eine Flut an Fachexpertise im Bereich der (Klein-)Wasserkraft. Vertreter aus Wirtschaft, Politik, Bau- und Ingenieurwesen nutzen die Fachmesse als Plattform für einen umfangreichen Erfahrungsaustausch innerhalb der Branche. Im Zentrum stehen aktuelle Rahmenbedingungen, neueste Entwicklungen, sowie der weitere Ausbau und das Vorantreiben Europas nachhaltiger Energiequelle. So präsentiert sich die Renexpo Interhydro als der perfekte und in Sachen Wissensdichte- und Qualität, einzige Ort, um berufliche Netzwerke zu erweitern und Synergien zu stärken. Mit dem gemeinsamen Ziel das vorhandene Potential im Bereich der Wasserkraft maximal auszuschöpfen.

Bühne frei für saubere Energie

Den Mittelpunkt des Geschehens bildet das Hydro-Forum. Der Name ist Programm: Über beide Tage hinweg lockt ein interessantes Bühnenprogramm mit Vorträgen und Diskussionsrunden von und für Personen vom

Fach, die einen breiten Diskurs auf europäischer Ebene ermöglichen. Es wird sich über aktuelle rechtliche und politische Gegebenheiten, die Rolle der Wasserkraft in der Energiewende, umgesetzte Projekte, Praxiserfahrungen und neue Konzepte ausgetauscht. Zur Eröffnung laden unter anderem die österrei-



Renexpo 2019.

Bild: MZS Habring

chische Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, Leonore Gewessler BA, sowie Dr. Andreas Lenz, Mitglied des deutschen Bundestages und Vorsitzender des parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung. Außerdem lesen sich auf der Agenda, neben vielen weiteren, auch die Namen des Blackout-Experten und Präsidenten der Österreichischen Gesellschaft für Krisenvorsorge (GfKV), Herbert Saurugg, sowie Ing. Otto Mitterfelner, Vorstand Landesverband Bayerischer Wasserkraftwerke eG (LVBW). Ergänzend geben Aussteller der verschiedenen Fachbereiche einen Einblick in ihr tägliches Tun. Planung- und Bau-

durchführung, Mess-, Regel- und Steuertechnik, Kraftwerkstypen und Gewässerschutz sind nur einige der Ausstellungsbereiche. Der Mix aus theoretischer und gelebter Praxis sorgt für ein mitreißendes Fahrwasser!

Kontakte knüpfen und Netzwerk erweitern

Die Renexpo Interhydro bietet eine einmalige Gelegenheit, um sich auf fachlicher Ebene europaweit auszutauschen und wertvolle neue Geschäftsbeziehungen entstehen zu lassen. Im Rahmen des Business-Matchmaking stellt das Organisationsteam einen Kontaktpool zur Verfügung, in dem sich Aussteller wie auch

Besucher gegenseitig finden, vernetzen und einen Termin für ein persönliches Gespräch auf der Messe vereinbaren können.

Noch mehr Tiefgang beim Kongress

Wer nicht nur an der Oberfläche schwimmen, sondern vollends in die Tiefen der (Klein-)Wasserkraft abtauchen möchte, dem sei zu einem Kongressticket geraten. Über beide Messtage, Donnerstag und Freitag, erstreckt sich ein fachgerechtes Kongressprogramm, das drei Themenschwerpunkte behandelt. „Wasserkraft & Sedimente“ widmet sich der optimierten ökonomischen, technischen bzw. ökologischen Nutzung der Wasserkraft. Dies mit dem Ziel das

Sedimentmanagement bei Wasserstraßen zu verbessern, um dadurch die Lebensdauer unterschiedlicher technischer Anlagenteile von Wasserkraftanlagen zu verlängern. „Wasserkraft & Speicher“ beschäftigt sich mit der Wasserkraft im zukünftigen Energiesystem zwischen Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Innovation während sich der Bereich „Gewässerökologie“ mit den neuesten Entwicklungen im Monitoring befasst.

Die Renexpo Interhydro lässt also keinen auf dem Trockenen sitzen und holt Vertreter aus allen Bereichen mit ins Boot, das in Richtung einer gemeinsamen nachhaltigen Zukunft Europas steuert!

Mehr Informationen und Tickets auf: www.renexpo-interhydro.eu



Renexpo 2019.

Bild: MZS Habring

RENEXPO INTERHYDRO

Donau-Ries weiß, wo es hinwill

Kreistag billigt ehrgeizige Nachhaltigkeits-Strategie

Kurz vor Weihnachten hat der Donau-Rieser Kreistag der Nachhaltigkeitsstrategie zugestimmt, die mit dem zeitlichen Horizont der nächsten neun Jahre die Weichen nicht nur für die Landkreispolitik bestimmen soll. „Nachhaltigkeit geht nur gemeinsam“ heißt es in dem über 100 Seiten umfassenden Dokument, das jetzt offiziell ist.

Landrat Stefan Rößle betonte in der beschlussfassenden Sitzung des Kreistages die breite Beteiligungsbasis, auf der das neue Landkreis-Leitbild steht. Mehr als 120 Menschen waren letztes Jahr an der Diskussion darüber beteiligt, was Nachhaltigkeit für das Leben im Landkreis bedeuten soll. „Wir alle tragen Verantwortung für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, für den Klima- und Naturschutz und für gerechte Lebensverhältnisse und den sozialen Frieden. Wir wissen auch, dass diese Verantwortung über das tägliche Leben in unserer Region hinausgeht und uns letztlich mit dem ganzen Planeten verbindet“, stellte Landrat Rößle fest. Für das nunmehr vorliegende ehrgeizige Zukunftsprogramm „Donau-Ries 2030 global nachhaltig“ bekam er kurz vor Weihnachten eine hohe und parteiübergreifende Zustimmung.

Klimagerechtigkeit ist Voraussetzung für Frieden

Donau-Ries weiß also, wo es in Zukunft hinwill. Im Dokument der Landkreispolitik ist dazu eine visionäre Zielsetzung formuliert. Hier heißt es unter anderem:

Stadt Würzburg:

Klimaschutzkonzept erarbeitet

Mit Unterstützung durch den Freistaat

Ende Januar hat der Würzburger Stadtrat das neu aufgestellte integrierte Klimaschutzkonzept beschlossen. Damit verpflichtet sich die Stadt, Klimaneutralität schnellstmöglich und sozialverträglich bis spätestens 2040 zu erreichen. Die Stadtverwaltung selbst geht als Vorbild voran und soll bis 2028 klimaneutral werden. Neben der Energie- und Treibhausgasbilanz, der Darstellung von Potenzialen und Szenarien ist ein umfassendes Maßnahmenpaket Dreh- und Angelpunkt im Konzept.

Insgesamt 94 wegweisende Handlungsaufträge zeigen für die verschiedensten Bereiche wie beispielsweise Energie, Mobilität oder Wirtschaft Möglichkeiten auf, womit die Treibhausgas-



Klimabürgermeister Martin Heilig.
Bild: Martin Heilig

emissionen möglichst maximal zu senken sind. Im Ergebnis führt die Umsetzung dieser Lösungsschritte zur Klimaneutralität bis 2045. Für die frühere Klimaneutralität wird die Stadtverwaltung weitere Vorschläge erarbeiten und dem Stadtrat in den nächsten zwei Jahren vorlegen.

Klimabürgermeister Martin Heilig würdigte die aktive Beteiligung an der Erarbeitung des Klimaschutzkonzepts durch die Stadtgesellschaft, der Stadtratsfraktionen, sowie lokale Initiativen und Institutionen. „Ich freue mich, dass wir mit unserem Klimaschutzkonzept ein ambitioniertes, aber vor allem realistisches Paket vorweisen können, wie wir Klimaneutralität bis spätestens 2040 erreichen können“, hob Bürgermeister Heilig hervor. Insbesondere die Töchter und

rem: „Wir unternehmen große Anstrengungen, um den Klimawandel abzuschwächen – nicht nur, weil wir selbst inzwischen die negativen Auswirkungen auch bei uns immer deutlicher zu spüren bekommen. Sondern vor allem, weil wir verstanden haben, dass Klimagerechtigkeit die Voraussetzung dafür ist, dass die uns nachfolgenden Generationen in Frieden werden leben können.“

In fünf Handlungsfeldern will man künftig den Hebel ansetzen, um einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise noch mehr Raum zu geben: Klima/Energie, Globale Verantwortung, Bildung, Konsum/öffentliche Beschaffung sowie Lokale Produktion.

Öffentliche Hand ist Vorbild

Für jedes dieser Handlungsfelder wurden mehrere Aktionsbereiche mit Zielen und möglichen Umsetzungsmaßnahmen benannt. So soll bspw. der Vorbildcharakter des öffentlichen Sektors bei klimaneutralen Gebäuden verstärkt und der Fair-Trade-Gedanke im Landkreis unterstützt werden. Dort, wo innerhalb des Landkreises Kooperationen mit Schulen im globalen

Öffentliche Hand ist Vorbild

Die Nachhaltigkeitsstrategie selbst steht unter der Adresse <https://www.donau-ries.de/nachhaltigkeit/nachhaltigkeit/nachhaltigkeitsstrategie>

Bundespreis startet in erste Bewerbungsrunde:

haltigkeitsstrategie bereits zum Download bereit.

Die Umsetzung soll von Beginn an mit einer breiten Beteiligung der Bevölkerung erfolgen, wie Heike Burkhardt hervorhebt. Deshalb soll 2022 unter anderem mit einer gezielten Förderung des bürgerschaftlichen Engagements gestartet werden. Hierfür werden anknüpfend an die Best-Practice-Beispiele Angebote erarbeitet, sogenannte Nachhaltigkeits-Aktive für verschiedene Bereiche zu motivieren und ihnen die Möglichkeiten aufzuzeigen, sich aktiv in ihrem Umfeld einzubringen.

CO2-Fußabdruck messbar machen

Als zentrale Herausforderung steht das Bestreben im Raum, den Landkreis so weit als möglich „klimaneutral“ zu machen, das heißt, die klimaschädlichen CO2-Emissionen zu reduzieren. Beginnend mit dem Zuständigkeitsbereich des Landratsamtes ist als erstes der Rahmen genauer abzustecken: Der CO2-Fußabdruck ist messbar zu machen. Dafür muss man die Bereiche benennen, die man Prioritär optimieren will, um den Ausstoß der Treibhausgase deutlich zu verringern. Landrat Stefan Rößle betont, dass sowohl die personellen als auch finanziellen Möglichkeiten ausgelotet und das Projekt in sinnvollen Teilprojekten umgesetzt werden wird. Zur Projektplanung gehöre es auch, frühzeitig Messgrößen und Indikatoren für das Monitoring und die Evaluation der Projekte festzulegen. Nur dann könne man rechtzeitig nachsteuern und habe die Chance, 2030 nachweisbar nachhaltiger zu leben und zu wirtschaften als heute, betont der Landkreischef. □

Die Nachhaltigkeitsstrategie selbst steht unter der Adresse <https://www.donau-ries.de/nachhaltigkeit/nachhaltigkeit/nachhaltigkeitsstrategie>

Bundespreis startet in erste Bewerbungsrunde:

„Blauer Kompass“

Kommunen mit Klimaanpassungsprojekten können sich erstmals bewerben

Mitte Januar startete die Bewerbungsfrist für den „Blauen Kompass“, die höchste staatliche Auszeichnung in Deutschland für Projekte zur Anpassung an die Folgen der Klimakrise. Im Jahr 2022 wird der Preis erstmals als Bundespreis ausgelobt. Ab sofort suchen Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt gemeinsam innovative Projekte mit nachhaltigen Lösungen für die Klimaanpassung. Bewerben können sich wie bisher private und kommunale Unternehmen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie Vereine, Verbände und Stiftungen. Neu ab 2022: Erstmals können auch Städte, Gemeinden und Landkreise ihre innovativen Projekte einreichen. Bewerbungsfrist ist der 25. März 2022. Die Auszeichnung ist mit einem Preisgeld in Höhe von 25.000 Euro je Gewinnerprojekt dotiert.

Bundesumweltministerin Steffi Lemke: „Klimavorsorge und Klimaanpassung sind zur dringenden Zwillingaufgabe geworden. Das haben uns die Flutkatastrophe im letzten Sommer sowie die trockenen Sommer der letzten Jahre sehr deutlich gezeigt. Kommunen sind in besonderem Maße gefordert, wenn es um die Abwehr von Folgen der Klimakrise geht. Der Bund steht daher den Kommunen mit Förderung, Beratung und Kompetenzaufbau vor Ort zur Seite. Kommunen in

Deutschland sind vielfältig, und jede hat ganz eigene Voraussetzungen. Dennoch können Bürgermeister*innen und Landrät*innen gut voneinander lernen. Mit dem neu aufgelegten Bundespreis „Blauer Kompass“ wollen wir bewusst solche Lösungen finden, die zum Nachahmen auffordern, um deutschlandweit die bestmögliche Klimaanpassung zu erreichen.“

UBA-Präsident Dirk Messner: „Von Starkregen und Überschwemmungen bis Hitze und

Verpackungsgipfel in Berlin:

Recycling praktisch umsetzen

Unter dem Titel „Recyclingfähigkeit und Sekundärrohstoffeinsatz bei Verpackungen – Neue Impulse in einer neuen Legislaturperiode“ fand der 4. Verpackungsgipfel des Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. (bvse), der Arbeitsgemeinschaft Verpackung + Umwelt (AGVU), und des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungs-, Wasser und Rohstoffwirtschaft e.V. (BDE) in Berlin statt. Dabei wurde deutlich, dass die deutsche Kreislaufwirtschaft und die Verpackungshersteller große Erwartungen in die neue Bundesregierung in Fragen der Nachhaltigkeit und des Verpackungsrecyclings setzen.

Vor etwa 150 Experten aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Forschungsinstituten verewies BDE-Geschäftsführer Dr. Andreas Bruckschen darauf, dass die neue Ampelkoalition mit ihrer Ankündigung einer nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie ein Ausrufezeichen gesetzt habe. Nun seien alle beteiligten Kreise sehr gespannt, ob es der neuen Regierung auch tatsächlich gelingt, der Kreislaufwirtschaft den notwendigen Impuls zu geben, indem sie unter anderem wie im Koalitionsvertrag angekündigt, schärfere Regeln für das Design for Recycling und anspruchsvolle Rezyklateinsatzquoten zügig verabschiedet. „Unser Ziel sind recyclingfreundliche Verpackungen. Zudem sind bessere Recyclingmöglichkeiten nötig, die wir nur schaffen können, wenn die Unternehmen investitionsfähig bleiben“, machte die umweltpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Judith Skudelný deutlich. Mit Blick auf der im Koalitionsvertrag erwähnten Einführung einer Plastiksteuer erklärte sie, dass diese nur sinnvoll sei, wenn sie tatsächlich eine Lenkungswirkung entfalte. Wie bvse-Hauptgeschäftsführer

Eric Rehbock feststellte, „ist die recyclinggerechte Produktgestaltung das A & O für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft. Dabei ist entscheidend, dass das Recycling nicht einfach eine theoretische Möglichkeit ist, sondern ganz praktisch umgesetzt werden kann. Für uns ist seit Jahren klar: Verpackungen, die nicht recycelt werden können und keinen Beitrag zu Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz leisten können, dürfen nicht mehr auf den Markt kommen. Greenwashing bringt uns nicht weiter.“

Im Praxisteil stellten Unternehmen ihre Ansätze für kreislauffähige Verpackungen und den Wiedereinsatz von Rohstoffen vor. Zudem präsentierte der Abteilungsleiter Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit im Umweltministerium des Landes Brandenburg, Axel Steffen, die Vorschläge der Länderarbeitsgruppe RESAG zur Steigerung des Rezyklateinsatzes bei Kunststoffen. Ein besonderer Schwerpunkt lag hierbei auf den Effekten der Kreislaufwirtschaft für den Klimaschutz. Dabei lobte Steffen die Aktionsvielfalt der Branche. Zudem machte sich der Abteilungsleiter für CO2-Gutschriften für die Kreislaufwirtschaft stark. **DK**

neue Bundespreis „Blauer Kompass“ an sehr verschiedene Akteure. Projekte aus vier Kategorien können sich bewerben: Kommunen, private und kommunale Unternehmen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie Vereine, Verbände und Stiftungen. Die Bewerbungsunterlagen finden sich auf www.uba.de/blauerkompass. Fragen und Antworten rund um die Bewerbung zum Bundespreis beantwortet das Wettbewerbsbüro (E-Mail an blauerkompass@uba.de) auch im Rahmen einer Online-Sprechstunde des Zentrums Klima-Anpassung, welche Anfang März 2022 stattfindet.

Unterstützung

Nach der Bewerbungsfrist nominieren Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt im Mai 2022 zwanzig Projekte für den Bundespreis. Unterstützung bei der Bewertung der Projekte bietet das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und das Wettbewerbsbüro co2online. Eine Jury mit Expertinnen und Experten des Bundesumweltministeriums, des Umweltbundesamtes, der Kommunalen Spitzenverbände sowie aus den Bereichen der Wirtschaft, Forschung, dem Ehrenamt und der Klimakommunikation wählt Ende Juni 2022 jeweils ein Gewinnerprojekt pro Kategorie. Erneut wird ein Publikumspreis vergeben, welcher ab dem 18. Mai 2022 per Online-Voting auf www.uba.de/tatenbank ermittelt wird. Alle fünf ausgezeichneten Projekte werden am 16. September 2022 im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung im Bundesumweltministerium in Berlin ausgezeichnet. Das Preisgeld soll für neue künftige Aktivitäten zur Klimaanpassung eingesetzt werden. Zudem werden Kurzfilme zu den ausgezeichneten Projekten produziert, welche im Anschluss für die Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden können. □

Terminhinweis 13. Bayerisches EnergieForum:

Gute Beispiele gesucht!

Für den 2. Juni 2022 lädt die Bayerische Gemeindezeitung zum 13. Bayerischen EnergieForum ins Bürgerhaus der Stadt Garching bei München ein. Den Themen „Kommunaler Klimaschutz“ und „Anpassungsstrategien an Klimaveränderungen“ wird hier extra Raum gegeben. Anmeldungen und Infos: www.bayerisches-energieforum.de.

Nun suchen wir Sie!

Haben Sie Projekte im Bereich Energie und Klimaschutz, auf die Sie besonders stolz sind und die Sie gerne als nachahmenswerte Beispiele den bayerischen kommunalen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern bei uns live präsentieren wollen? Dann bewerben Sie sich bitte bei uns bis zum 31.03.2022 per Mail an veranstaltungen@gemeindezeitung.de. Unter den Einsendungen verlosen wir einen 30-minütigen Vortrag inkl. Dokumentation im Sonderdruck, der zur Veranstaltung erscheinen wird. □

Bayerns vergessener Ministerpräsident

Vor 100 Jahren war Hugo Graf von und zu Lerchenfeld Bayerischer Ministerpräsident. Im Landratsamt Regensburg erinnert eine Ausstellung an den Landesvater

Das Geschlecht der Grafen von und zu Lerchenfeld-Köfering zählt zum altbayerischen Uradel. In seiner bis ins 11. Jahrhundert nachweisbaren Familiengeschichte brachte das Adelsgeschlecht zahlreiche bedeutende Minister, Politiker und Diplomaten hervor. Vor genau 100 Jahren schaffte es einer aus der Familie gar bis an die Staatsspitze Bayerns: Hugo Graf von und zu Lerchenfeld auf Köfering und Schönberg. Er wurde am 21. September 1921 vom Bayerischen Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt.

Hugo Graf von und zu Lerchenfeld wurde am 21. August 1871 im Stammschloss der Familie in Köfering geboren. Nach dem Rechtswissenschaftsstudium schlug er eine Beamtenlaufbahn mit Stationen im In- und Ausland ein. 1921 war er als Gesandter der Reichsregierung in Darmstadt, als Spannungen zwischen Bayern und dem Reich sich zu einer Regierungskri-

se in München zuspitzten. Er wurde nach Bayern gerufen.

Nach dem Rücktritt der Regierung von Kahr wurde Hugo Graf von und zu Lerchenfeld auf Vorschlag der Bayerischen Volkspartei (BVP) zum Ministerpräsidenten gewählt. „Lerchenfeld war in der damaligen Situation genau der Mann, den die BVP suchte“, analysiert der Historiker Hans

Hinterberger in seiner Dissertation die Wahl des Grafen: „Ein guter Name, der auf Verbundenheit zu Bayern, zum Königshaus und zur Kirche hinweist, war in der Person Lerchenfelds gepaart mit dem Image des honorigen Fachmanns, der von außerhalb der Partei und von außerhalb des Parlaments kam.“

Gegen Nationalsozialismus und Antisemitismus

Nach der Wahl benannte Graf von und zu Lerchenfeld das „Bekenntnis zur christlich-nationalen Gesinnung, das Festhalten und die Verteidigung der Rechte Bayerns und die Fühlung mit anderen Staaten“ als sein Programm. Dem zu dieser Zeit immer offener auftretenden Antisemitismus und der Bewegung von Adolf Hitler stellte er sich entgegen. Im Landtag wies er den Österreicher in die Schranken und warf ihm vor, das Gastrecht zu missbrauchen. Offen drohte er Hitler mit der Ausweisung. Damit machte er sich die Nationalsozialisten zum Feind: „Wenn schon längst kein Mensch mehr den Namen Lerchenfeld nennen wird, wird die nationalsozialistische Bewegung immer noch im Wachsen sein“, schwor Hitler dem Grafen Rache.

Graf von und zu Lerchenfeld sah aber nicht das Judentum als den wesentlichen Unruhefaktor der Zeit, sondern die Inflation und wollte diese bekämpfen. Daher erklärte er: „Die Regierung hat die Pflicht, die Staatsbürger zu schützen, also auch unsere jüdischen Staatsbürger. [...] Als Mensch und Christ verurteile ich einen Antisemitismus, der den Grund für alle Krankheiten unseres Volkslebens im jüdischen Geiste sieht. Auf dem Weg der antisemitischen Agitation werden wir keinen der Schäden wirksam bekämpfen, der etwa aus einer jüdischen Geistesrichtung entspringen sollte. Alle die beklagenswerten Erscheinungen lassen sich vielmehr nur durch die sittliche Kraft des ganzen Volkes überwinden.“

Wunsch nach Versöhnung

Der Graf, der selbst mit einer Amerikanerin verheiratet war, bemühte sich um eine Aussöhnung mit den Gegnern des erst drei Jahre zurückliegenden 1. Weltkriegs. „Wenn wir uns auf den Standpunkt der Gewalt und der Revanche stellen, kommen wir nicht weiter als unsere Väter und Vorväter“, mahnte er. Doch Graf von und zu Lerchenfeld, der relativ überraschend von außerhalb Bayerns in seine Heimat zurückgerufene Ministerpräsident, unterschied sich in vielen seiner Anschauungen von weiten Teilen der politischen Elite Bayerns. Trotz seiner zweifelslos erfolgreichen Politik, verlor er zunehmend den Rückhalt in der eigenen Partei.

Gleichzeitig verbreiteten seine Widersacher die Geschichte von der Affäre, die seine Frau, Gräfin Ethel von und zu Lerchenfeld, während eines Auslandsaufenthalts ihres Mannes mit dem Münchner Bildhauer Fritz Behn gehabt hatte. Rechtsnationale Kreise versuchten die bereits mehrere Jahre zurückliegende Geschichte auszuschlachten, um den Grafen politisch zu diskreditieren. Grundtenor dabei war, Graf von und zu Lerchenfelds männliche Autorität in Frage zu stellen, wenn er nicht einmal seine Frau im Griff habe. Dabei hatte Ethel Gräfin von und zu Lerchenfeld schon längst aufrichtig bereut und ihr Mann hatte ihr ehrlich verziehen, weshalb die Ehe auch

nicht in die Brüche ging. Angewidert von diesem Treiben trat Graf von und zu Lerchenfeld desillusioniert und isoliert am 2. November 1922 als Ministerpräsident zurück.

Im Jahr 1924 wurde Graf von und zu Lerchenfeld Mitglied des Reichstages und 1926 Deutscher Gesandter in Österreich. Nach seiner letzten Station als Gesandter in Belgien wurde er 1933 in den Ruhestand versetzt. Da Graf von und zu Lerchenfeld und Hitlers NSDAP sich mit großer Ablehnung gegenüberstanden, verwundert es nicht, dass für ihn im nationalsozialistischen Regime kein Platz war. Er musste seine Gesandtentätigkeit aufgeben.

Neben seiner politischen und diplomatischen Tätigkeit gehörte Graf von und zu Lerchenfeld dem Zentralvorstand des Deutschen Caritasverbandes (DCV) an und engagierte sich für die Freie Wohlfahrtspflege. Seit deren Gründung 1925 war er Präsident der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde Graf von und zu Lerchenfeld dort auf den einfluss-



Hugo Graf von und zu Lerchenfeld im Jahr 1938.

Bild: Gräfliche Familie von und zu Lerchenfeld

losen Posten des Ehrenpräsidenten abgeschoben.

Seine letzten Lebensjahre verbrachte Hugo Graf von und zu Lerchenfeld in Percha am Starnberger See. Er arbeitete mehrere Jahre an den Memoiren seines Onkels und Taufpaten, des bayerischen Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld (1843 – 1925). Am 13. April 1944 verstarb Hugo Graf von und zu Lerchenfeld mit 72 Jahren. Er ist auf dem Gemeindefriedhof von Percha an der Seite seiner

Frau bestattet. Das unscheinbare Grab ist bis heute erhalten.

Ausstellung im Regensburger Landratsamt

Eine Ausstellung im Foyer des Regensburger Landratsamts erinnert vom 1.–27. März an Hugo Graf von und zu Lerchenfeld, der aus dem Landkreis stammt. Gezeigt werden Fotos aus dem Privatbesitz der gräflichen Familie. Infotafeln geben Einblick in sein Leben und Wirken. **Wolfgang Voigt**

Landratsamt München:

Modellprojekt „Ombudsstelle“

Neue Anlaufstelle für Kinder, Jugendliche und Familien

Junge Menschen, aber auch Sorgeberechtigte, stehen manchmal vor scheinbar unüberwindbaren Hindernissen, bevor sie bedarfsgerechte Unterstützungsleistungen innerhalb und außerhalb der Jugendhilfe erhalten.

Fehlendes Wissen um Rechte, Pflichten, Unterstützungsmöglichkeiten oder Barrieren im Zugang sind hierfür häufige Gründe. Fragen wie „Darf ich/mein Kind mitreden, in welche Einrichtung es kommen soll?“, „Darf meinem Kind in der Wohngruppe das Taschengeld entzogen werden?“ oder „Was mache ich, wenn ich mit einer Entscheidung vom Jugendamt unzufrieden bin?“ führen oft zu Verunsicherung oder erlebter Hilflosigkeit von Kindern, Jugendlichen und Familien.

Ausgleich des strukturellen Machtungleichgewichts

Hier setzt die Ombudsstelle für den Landkreis München an. Sie stärkt die Position der Kinder, Jugendlichen und Eltern und gleicht dadurch das strukturelle Machtungleichgewicht aus. In der ombudsschaftlichen Beratung geht es nicht darum, alle Forderungen bzw. Wünsche der Kinder, Jugendlichen und Erziehungsberechtigten durchzusetzen, sondern die rechtliche Situation und das Handeln und die Entschei-

dungen der Fachkräfte zu erklären und so für ein gegenseitiges Verständnis zu sorgen.

Geförderter Modellstandort

Bayern steht noch ganz am Anfang einer Struktur für ombudsschaftliche Hilfen. Deshalb wurde vom Bayerischen Landesjugendamt ein Modellprojekt zur Einführung eines Ombudsschaftswesens initiiert. Der Landkreis München ist einer von insgesamt drei geförderten Modellstandorten. Das Angebot richtet sich an Kinder, Jugendliche, junge Volljährige, Eltern sowie Sorgeberechtigte aus dem Landkreis München und ist freiwillig und kostenfrei.

Die Ombudsstelle des Landkreises Münchens hat es sich zur Aufgabe gesetzt daran mitzuwirken, junge Menschen und Familien zu unterstützen, ihre Rechte wahrzunehmen und das Recht auf Beteiligung und Beratung voranzutreiben und so Artikel 2 der UN-Kinderrechtskonvention umzusetzen. www.landkreis-muenchen.de/ombudschaft



„Großartige Weiterentwicklung“: MdB Tina Winklmann zeigte sich bei ihrem Besuch im Science Park C4 beeindruckt von den neuen Bildungsmöglichkeiten. Bereits 2019 war sie als Bezirksvorsitzende der Bündnis 90/DIE GRÜNEN zusammen mit Anna Schwamberger, MdB, in Weiherhammer, um einen Eindruck von den Bildungsmöglichkeiten zu erhalten. Als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales kümmert sich die Bundestagsabgeordnete um den Bereich der Aus- und Weiterbildung. Vor Ort informierte sie sich über innovative Bildungskonzepte und neue Formen des Lehrens, Lernens und Forschens, die im Science Park C4 für die Anforderungen des digitalen Zeitalters generiert werden. Das „Future Lab“ bspw. ermöglicht Bildungsangebote in der virtuellen Welt. Beim Rundgang über den Bildungscampus besichtigte die Bundestagsabgeordnete die großzügige Ausbildungswerkstatt mit digitalisiertem Maschinenpark. Prof. Dr. Erich Bauer, Vorstandsvorsitzender der Lars und Christian Engel (LUCE) Stiftung und Geschäftsführer des Überbetrieblichen Bildungszentrums in Ostbayern (ÜBZO), erläuterte die Aktivitäten der LUCE Stiftung, deren Ziel es ist, die Oberpfalz als modellhafte Wissensregion zu etablieren. „Vereint werden diese Aktivitäten in der DENKWELT Oberpfalz, in der das Leben, Arbeiten, Bilden und Forschen neu definiert wird“, so Bauer. Beide betonten, dass die konkrete Erfahrung von aktuellen Methoden und Ansätzen in der Bildung genauso wichtig sind wie der persönliche Austausch und das Wissen um die Chancen vor Ort und die politische Umsetzungsmöglichkeiten.

Bild: Luce-Stiftung

Offenes Weltbild durch multinationale Zusammenarbeit

Studenten und Young Professionals setzen unternehmerischen Fragestellungen beim Bavaria Israel Partnership Accelerator (BIPA) erfolgreich um

Studierende der Hochschule München, der OTH Regensburg, der TH Deggendorf und aus Israel bearbeiteten in interdisziplinären Teams beim Bavaria Israel Partnership Accelerator (BIPA) von Unternehmen gestellte Aufgaben. Erstmals nahmen in diesem Jahr auch Studierende der Khalifa University aus Abu Dhabi am Programm teil. Unter den Aufgabenstellern waren auch in diesem Jahr kommunale Einrichtungen, wie die Kreisklinik Würth a. d. Donau, deren Träger der Landkreis Regensburg ist, und die Regensburg Business Development (RBD) GmbH, eine Gesellschaft der Stadt Regensburg.

„BIPA bietet den Studierenden eine spannende, internationale Komponente in ihrem Studium“, erklärt Prof. Dr. Sean Patrick Saßmannshausen. Als Professor für Entrepreneurship und Leiter des Startup Centers initiiert er das Programm an der Regensburger Hochschule. Deren Präsident, Prof. Dr. Wolfgang Baier hebt die Bedeutung des Programms hervor: Die OTH Regensburg sei mit mehr als 200 Partnerhochschulen weltweit international bestens vernetzt. „Daher begrüßen wir interkulturelle Vielfalt und fördern interkulturelle Arbeitsgruppen. Wir sind davon überzeugt, dass die multinationale Zusammenarbeit in ganz konkreten praktischen Fragen dazu beiträgt, ein offenes Weltbild zu entwickeln“, so der Hochschulpräsident. Diese Auffassung vertreten auch Ulrich Fritz, Büroleiter des Beauftragten der Staatsregierung gegen Antisemitismus, und Liran Sahar, Vize-Generalkonsul Israels.

Im Rahmen von BIPA sammeln Studierende unternehmerische Erfahrungen und erlernten Innovationsmethoden sowie Problemlösungskompetenzen in internationalen Kleingruppen. Sie nahmen während des achtwöchigen virtuellen Programms auch an auf das Projekt abgestimmten Vorlesungen teil und wurden zudem von den Mentoren und Methodentrainern betreut. „Die Zusammenarbeit mit Studierenden, Young Professionals und Unternehmen funktioniert hervorragend“, bestätigt die Methodentrainerin Katrin Hößl, die zwei der Teams betreute.

Erwartungen übertroffen

„Neben den Studierenden profitierten auch die teilnehmenden Unternehmen“, erklärt Morten Edzards. Er ist seit sieben Jahren der Leiter des BIPA Programms am Strascheg Center in München. Die Unterneh-

men sind in diesem Jahr wieder voll des Lobes: „Die Studierenden haben unsere Erwartungen übertroffen“, lobt Toni Lautenschläger, Geschäftsführer der Regensburg Business Development GmbH, die Leistung der Studierenden. Dass die Ergebnisse nicht in der Schublade landen, davon ist auch Martin Rederer, Leiter der Kreisklinik Würth an der Donau, überzeugt: „Wir wollen die von dem Team erarbeitete App zur Optimierung der Hol- und Bringdienste für unsere Patienten umsetzen“, versicherte er.

Unterstützung des Friedensprozesses

Das Programm wird vom Strascheg Center for Entrepreneurship in München zusammen mit der OTH Regensburg und der TH Deggendorf im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie durchgeführt. Ein weiteres Ziel des Programms ist es, nachhaltige Wirtschaftsbeziehungen zwischen Bayern, Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten aufzubauen. Damit stellt das Programm ein Leuchtrumprojekt dar, soll es doch die Annäherung und den Friedensprozess im Nahen Osten unterstützen. □

Für alle Mitgliedsbetriebe kostenlos!

KUVB Bayer. LUK

SEMINARE FÜR ARBEITSSICHERHEIT UND GESUNDHEITSSCHUTZ

Sicher und gesund arbeiten. Jetzt anmelden!

Das Bildungsangebot Ihrer gesetzlichen Unfallversicherung für Beschäftigte in öffentlichen Einrichtungen.



Alle Infos unter: www.kuvb.de/praevention/seminare • Fon 089 36093-440 • seminare@kuvb.de

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Da ich mehrere Ämter ausübe, muss man das differenziert betrachten. Als Landrat von Cham vertrete ich rund 130.000 Bürgerinnen und Bürger. Als Bezirkstagspräsident der Oberpfalz bin ich für rund 1,1 Millionen Menschen zuständig. Und als Präsident des Bayerischen Bezirkstags vertrete ich zwar in erster Linie die Interessen der bayerischen Bezirke, bin dadurch aber indirekt für alle Einwohnerinnen und Einwohner Bayerns tätig – zumindest, was den Wirkungsbereich der Bezirke betrifft.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig??

Franz Löffler

Landrat im Landkreis Cham,
Bezirkstagspräsident Oberpfalz und
Präsident des Bayerischen Bezirkstags

Seit 2008 bin ich Bezirkstagspräsident der Oberpfalz und seit 2018 Präsident des Bayerischen Bezirkstags. In diesen beiden Funktionen bin ich ehrenamtlich tätig. Zum Landrat wurde ich erstmals 2010 gewählt. Dieses Amt übe ich im Hauptamt aus.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ich habe eine Ausbildung zum Verwaltungsfachwirt gemacht und war, bevor ich hauptamtlich in die Politik gegangen bin, Leiter des Ordnungsamtes der Stadt Waldmünchen.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Kommunalpolitik betrifft die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar und ist dadurch auch spürbarer für jeden Einzelnen. Meine Motivation war es, Politik für meine Mitmenschen zu gestalten und für gute Lebensverhältnisse in meiner Region zu sorgen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich war schon in jungen Jahren in der örtlichen Vereinsarbeit engagiert und auch von daher am politischen Geschehen in meiner Heimatstadt sehr interessiert. Bevor ich Bezirkstagspräsident und Landrat wurde, war ich Bürgermeister der Stadt Waldmünchen. Durch meine jahrzehntelange Erfahrung in einer öffentlichen Verwaltung sowie durch meine politischen Ämter auf verschiedenen kommunalen Ebenen kenne ich die unterschiedlichen Interessenlagen ganz gut. Davon profitiere ich in meiner täglichen Arbeit immer wieder.

Wo lagen in der Vergangenheit die größten Herausforderungen?

Die Corona-Pandemie war bzw. ist schon eine ganz besondere Herausforderung. Dadurch dass die Krise nahezu alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens tangiert, bin ich auf allen politischen Ebenen damit befasst. Auch die Flüchtlingswelle im Jahr 2015 wird mir noch lange in Erinnerung bleiben. Ein weiterer Meilenstein der letzten Jahre war die Einführung des Krisendienstes Oberpfalz, der dem Netzwerk der Krisendienste Bayern angehört. Dahinter steckt ein bayernweites psychosoziales



Beratungs- und Hilfeangebot für Menschen in psychischen Krisen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Aus bezirklicher Sicht steht für uns die Frage nach der Finanzierung unserer Sozialleistungen für Menschen mit Behinderung sowie alte und pflegebedürftige Menschen im Fokus. Durch Gesetzesänderungen auf Bundesebene sind wir auf kommunaler

Seite großen Kostensteigerungen ausgesetzt, die aber nicht vollständig refinanziert werden. Im Landkreis geht es aktuell darum, die medizinische Versorgung auch in der Fläche sicherzustellen und gleichzeitig den Qualitätsanspruch sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich zu erfüllen.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Die Corona-Pandemie wird uns auf jeden Fall noch eine Weile beschäftigen. Ansonsten kämpfe ich auch weiterhin für einen guten und verlässlichen Sozialstaat, damit Menschen, die unsere Hilfe benötigen, nicht alleine gelassen werden. Auch der Erhalt und die Weiterentwicklung der regionalen Kulturarbeit liegt mir besonders am Herzen. Kultur ist nicht nur ein wichtiger Standortfaktor, sondern bringt Menschen in vielfältiger Weise zusammen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Suchen Sie das Gespräch mit den Menschen und bleiben Sie dabei „echt“ – authentisch, ehrlich, verlässlich.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

In keinem meiner Ämter bin ich als Einzelkämpfer unterwegs. Sowohl als Landrat, als auch als Bezirkstags- sowie Verbandspräsident kann ich mich auf kompetente und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie auch auf die kommunalen Gremien verlassen. Zudem versuche ich den Menschen mit offenen Augen und Ohren zu begegnen. Nur so kann man ein Gefühl für ihre Sorgen und Nöte bekommen. In der politischen Arbeit hat es sich bewährt, alle Fraktionen gleichermaßen zu informieren und einzubeziehen. Denn nur so fasst man nachhaltige Beschlüsse.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird alle Lebensbereiche in unserer Gesellschaft durchdringen. Auch die Kommunalpolitik muss sich dem stellen – besser noch, sie muss dieses Thema auch als Chance begreifen. Wichtig ist allerdings, dass der einzelne Bürger als Akteur zum Gelingen der Gesellschaft auch auf dem digitalen Weg mitgenommen wird.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Ich finde das Zitat von Mahatma Gandhi ganz treffend: „Richte deinen Fokus auf die Lösung, nicht auf das Problem.“

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Für einen Nachruf ist es noch zu früh. Aber ich bin mir meiner großen Verantwortung im Amt durchaus bewusst und möchte meine Aufgaben als bodenständiger und verlässlicher Politiker erledigen. □

Jahrespressekonferenz des Landkreises Erding:

Ausgewählte Meilensteine

„2021 war nicht nur Corona“, konstatierte der Erdinger Landrat Martin Bayerstorfer im Rahmen der Jahrespressekonferenz des Landkreises. Auch über die Pandemie hinaus sei einiges bewegt worden. Zu den Meilensteinen zählten unter anderem die Etablierung des Pflegekrisendienstes, die schulische Ausstattung, das Klinikum Landkreis Erding sowie die Integrierte Leitstelle.

Laut Bayerstorfer wurde im Januar vergangenen Jahres der Vertrag mit dem BRK-Kreisverband Erding über den Pflegekrisendienst abgeschlossen. Der Pflegekrisendienst nahm seine Arbeit am 1. Februar auf, er steht den Bürgern in vielen Landkreisgemeinden unentgeltlich zur Verfügung. Der Pflegekrisendienst, „eine echte, wertvolle Hilfe“, kümmere sich vor allem um Patienten, wenn kein anderer Pflegedienst oder ehrenamtlicher Helfer die Tätigkeit übernehmen kann, so der Landkreischef. Mittlerweile nahmen 18 Landkreisgemeinden an dem Projekt teil. Der Kreisausschuss beschloss kürzlich die Verlängerung um ein weiteres Jahr.

Ausstattung der Schulen

Auch die Ausstattung der landkreiseigenen Schulen sei ein großes Thema gewesen, betonte Bayerstorfer: Mit insgesamt 400 CO₂-Ampeln für alle Klassenzimmer und 460 Luftreinigungsgeräten seien auf seine Initiative hin die bestmöglichen Voraussetzungen für Präsenzunterricht geschaffen worden. Alle Schulen in der Sachaufwandsträgerschaft des Landkreises wurden mit leistungsfähigem WLAN ausgestattet und es wurden zusätzliche Geräte im Bereich der Digitalausrüstung beschafft. Die FOS/BOS wurde zwischenzeitlich mit modernsten Touch-Displays ausgerüstet, die nun auch für die weiteren Schulen verwendet werden sollen. Hierzu beantragt der Landkreis Erding, 2021 mit dem Qualitätssiegel „Digitale Bildungsregion in Bayern“ ausgezeichnet, Fördermittel in Höhe von 1,6 Mio. Euro aus dem Projekt „Digitalpakt Schule“.

Eine höchst erfreuliche Nachricht habe den Landkreis im Juni vergangenen Jahres erreicht, so der Landrat. Ab dem Schuljahr 2022/23 werde eine Kinderpflegeschule im Landkreis Erding etabliert. Kultus- und das Sozialministerium hätten Grünes Licht für das Vorhaben gegeben, das an der Dr. Herbert-Weinberger-Berufsschule umgesetzt werden soll.

In den kommenden Jahren strategisch und räumlich zukunftsgerichtet aufgestellt werde nach einem Beschluss des Krankenhausausschusses das Klinikum Landkreis Erding, teilte Bayerstorfer weiter mit. Dabei sol-

len am Standort Erding insgesamt rund 55 Mio. Euro investiert werden. Dazu gehören ein Neubau, in dem eine neue Notaufnahme ihren Platz finden soll, sowie ein weiterer Neubau, in dem eine psychiatrische Tagesklinik sowie die Schmerztherapie des Klinikums ziehen soll.

Für die Räumlichkeiten im Klinikum, die durch diese Maßnahmen frei werden, gibt es ebenfalls bereits Planungen. So soll im Klinikum ein neues, ambulantes OP-Zentrum entstehen, das den modernsten Anforderungen entspricht und durch das der Haupt-OP entlastet werden wird. Darüber hinaus sind u.a. Neubauten für eine Strahlentherapie und ein Dialysezentrum geplant, die beide durch externe Kooperationspartner betrieben werden sollen.

Einen Neubau erhält auch die Klinik Dorfen: Hier sollen 14 Mio. Euro investiert werden. Geplant ist, in den Gebäuden eine psychiatrische sowie eine geriatrische Ambulanz zu etablieren, bei denen Kooperationen mit der Klinik Wartenberg sowie dem kbo-Klinikum Taufkirchen denkbar sind. Weiterhin soll die Rettungswache dort Platz finden und es sollen Personalwohnungen und eine Tiefgarage mit rund 100 Stellplätzen entstehen.

MVV-Tarifintegration

„Einen großen Erfolg konnten wir mit der MVV-Tarifintegration der Bahnstrecke Markt Schwaben-Dorfen erzielen“, fuhr der Landrat fort. Damit kommen künftig rund ein Drittel der Landkreisbürger in den Genuss, neben ÖPNV, Buslinien und S-Bahnen die Bahn im MVV-Tarif ab Dorfen Bahnhof nach München nutzen zu können.

Deutlich beengt sind nach Bayerstorfers Ausführungen die Räumlichkeiten der Integrierten Leitstelle (ILS) Erding. Jedoch fehlten dem Landkreis für einen dringend benötigten Ausbau die Grundstücksflächen. Da sich die Polizeidienststelle in direkter Nachbarschaft der ILS auf einem Grundstück des Freistaats befindet, habe Innenminister Joachim Herrmann bei einem Besuch im vergangenen Sommer angeboten, den Landkreis zu unterstützen und ihm bei Bedarf eine Teilfläche des staatlichen Grundstücks für eine Bebauung zur Verfügung zu stellen. Auf diesem

Weg könnte der Ausbau der Integrierten Leitstelle am jetzigen Standort realisiert werden.

Bekanntlich hat aber auch der Landkreis Freising sein Interesse an der Errichtung der ILS in seinem Landkreis bekundet. Bayerstorfer zufolge muss sich dieser hierzu noch mit einem konkreten Konzept bewerben. Im Landkreis Erding wären zudem auch noch andere Orte vorstellbar. Die endgültige Entscheidung werde die Zweckverbandsversammlung treffen.

Ausblick

Wie Bayerstorfer abschließend betonte, seien auch für das kommende Jahr zukunftsweisende Projekte geplant. Das Gesamtvolumen des Haushaltsentwurfs betrage rund 250 Mio. Euro, 196,9 Mio. Euro im Verwaltungs- und 53,0 Mio. Euro im Vermögenshaushalt. Schwerpunkte würden gesetzt bei den Themen Familie/Soziales, Bildung und medizinische Versorgung. 20 Mio. Euro davon werden für eine Kreditaufnahme genutzt, die der Landkreis Erding aufgrund der besseren Konditionen für die Wohnungsbaugesellschaft tätigt, um das zukunftsweisende Mietkaufmodell im kommenden Jahr auf den Weg bringen zu können. Schließlich müsse es auch für Durchschnittsverdiener möglich sein, Wohneigentum zu erwerben. **DK**

BAVERISCHE GEMEINDEZEITUNG

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chessel vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 56 vom 01.01.2022

Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Landratsamt Regen ist „Digitales Amt“

„Ich freue mich, dass wir nun zu den ersten zwölf bayerischen Landratsämtern gehören, die die offizielle Anerkennung als Digitales Amt haben“, sagt die Landrätin des Landkreises Regen, Rita Röhr. Die Auszeichnung bekam der Landkreis nun offiziell von Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach verliehen. Als „Digitales Amt“ dürfen sich bayerische Kommunen bezeichnen, die bereits mindestens 50 kommunale und zentrale Online-Verfahren im sogenannten BayernPortal verlinkt haben.

Diese Kommunen werden zudem auf der Webseite des Staatsministeriums für Digitales veröffentlicht, um zu zeigen, welche



Landrätin Rita Röhr freut sich mit Landratsamtschäftsleiter Günther Weinberger (li.) und Sachbearbeiter Johann Brunner über die Anerkennung. Bild: Langer/LRA Regen

Kommunen bei der Digitalisierung bereits gut vorangekommen sind. Digitalministerin Gerlach erklärte: „Die Digitalisierung der Verwaltung ist eine der wichtigsten Aufgaben der bayerischen Kommunen in den nächsten Monaten. Einige sind hier bereits vorbildlich unterwegs. Mit unserem neuen Prädikat 'Digitales Amt' wollen wir nicht nur das Engagement dieser Gemeinden, Städte und Landkreise würdigen. Wir wollen auch den Bürgerinnen und Bürgern dort zeigen: Schaut her, hier könnt Ihr viele Eurer Anliegen schon online erledigen.“

Landrätin Rita Röhr bedankte sich insbesondere beim zuständigen Landratsamtschäftsleiter Günther Weinberger und bei Johann Brunner, der sich primär um die Umsetzung im Amt kümmerte. Um das Prädikat „Digitales Amt“ zu erhalten, müssen interessierte Kommunen mindestens 50 rein kommunale oder zentrale Online-Verfahren im BayernPortal verlinkt haben. Nach einer Prüfung durch das Bayeri-



Pflegekrisendienst: Mit der Unterschrift von Landrat Martin Bayerstorfer und BRK-Kreisgeschäftsführerin Gisela van der Heijden begelten beide die Zusammenarbeit. Bild: LRA Erding

sche Staatsministerin für Digitales erhalten die Kommunen ein Schild mit der Aufschrift „Digitales Amt“, ein Online-Signet für Ihre Website und sie werden auf der Website des Ministeriums veröffentlicht.

„In der Praxis bedeute Online-Verfahren, dass die Bürgerinnen und Bürger die notwendigen Daten über die Anträge komplett auf digitalem Weg übermitteln können“, erklärt die Landrätin und ergänzt: „Der Antragsteller

muss sich durch Online-Ausweisung eID oder Zertifikat oder Benutzername/Passwort ausweisen können.“ Dazu müssen die Bürgerinnen und Bürger einmal im Bayern-Portal ein Bürgerkonto anlegen, ihre Daten angeben. „Dann können sie damit alle Daten in den Online-Verfahren mit diesem Bürgerkonto automatisch bedienen. Dies ist eine enorme Erleichterung für die Bürger und auch für die Mitarbeiter im Amt“, so die Landrätin weiter. □

Jahresbilanz Messe München und NürnbergMesse:

Erfolgreicher Restart lässt hoffen

Auch das zweite Jahr der Covid-19-Pandemie hat bei Messe München und NürnbergMesse Spuren hinterlassen. Beide Gesellschaften blieben 2021 wirtschaftlich auf mäßigem Niveau, wie die Geschäftsführer Klaus Dittrich sowie Dr. Roland Fleck und Peter Ottmann bei der Vorlage der Jahresbilanzen betonten. Gleichwohl blicken die Messechefs zuversichtlich in die Zukunft.

Nach 18 Monaten Lockdown, deutlichen Kostensenkungen und Anpassungen der Unternehmensstruktur ist im September das internationale Messegeschäft in München zurückgekehrt. Wie Klaus Dittrich erläuterte, habe die IAA Mobility mit über 400.000 Teilnehmern und Präsentationen, auch über die schönsten Plätze mitten in der Stadt verteilt, Messengeschichte geschrieben. Gemeinsam mit der Expo Real und der productronica sei das wichtige Signal gesendet worden, dass große internationale Messen auch unter Corona-Bedingungen in Deutschland wieder stattfinden können.

Trotz aller Herausforderungen hat die Messe München mit ihren Tochtergesellschaften im Ausland und den Gastveranstaltungen 2021 insgesamt 125 Veranstaltungen mit über 1,1 Mio. Besuchern bzw. Teilnehmenden umgesetzt – sowohl online als auch als Präsenzveranstaltung. Davon fanden fünf eigene Präsenzveranstaltungen in der bayerischen Landeshauptstadt statt.



Stefan Rummel und Reinhard Pfeiffer (v.l.) bilden ab Mitte 2022 die neue Doppelspitze der Messe München. Bild: Messe München

Wirtschaftlich wird für die Messe München GmbH nach aktuellen Hochrechnungen ein Umsatz von 122,5 Mio. Euro erwartet (2020: 93,6 Mio. Euro). Weltweit wird das Unternehmen voraussichtlich einen Konzernumsatz von 154,5 Mio. Euro erwirtschaften. Das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) für die GmbH liegt für 2021 nach aktuellen Hochrechnungen bei -49,6 Mio. Euro. Insgesamt verzeichnete man 2020 und 2021 infolge der Covid-19-Pandemie ein Umsatzminus in Höhe von rund 400 Mio. Euro.

Optimistisch in die Zukunft

Trotz der anhaltenden Pandemie blickt die Messe München Dittrich zufolge optimistisch in die Zukunft. Mit insgesamt 54 Eigenveranstaltungen im In- und Ausland werde 2022 wieder ein starkes Jahr im Zyklus der Messe

München, zeigte sich der scheidende Messechef überzeugt.

Vor allem im zweiten Halbjahr sei der Messekalender prall gefüllt. Ab Frühjahr stünden internationale Großveranstaltungen als Präsenzformate wie die IFAT auf dem Plan. Diese Branchentreffpunkte gäben der Wirtschaft dringend nötige Impulse, erklärte Dittrich. So drängten Klima- und Umweltschutz trotz Corona-Pandemie wieder ganz nach oben auf die Agenda der gesellschaftlichen Diskussion. Die IFAT spiegle diesen Trend mit einem hohen Anmeldestand von Ausstellern aus aller Welt wider. Alle 18 Hallen seien ausgebucht.

Als Höhepunkt werde die bauma 2022 im Oktober wieder wichtige Zukunftsthemen der Bau-, Baustoff- und Bergbaumaschinenindustrie in Live-Präsentationen, Diskussionsrunden und Vorträgen in den Mittelpunkt stellen. International vernetzte die Münchner Messegesellschaft 2022 im Rahmen des globalen Messeverbands bauma NETWORK die Bau-, Baustoff- und Bergbaumaschinenindustrie sowie Baufahrzeuge- und Baugeräteindustrie mit der bauma CHINA in Shanghai, in Moskau mit der bauma CTT RUSSIA sowie Anfang 2023 in Neu-Delhi mit der bauma CONEXPO INDIA.

Pandemiebedingter Ausnahmezustand

Auf ein besseres Neues Jahr 2022 hofft auch die NürnbergMesse. Von den 77 weltweit geplanten Messen mussten im vergangenen Geschäftsjahr 51 abgesagt oder verschoben werden. Daraus ergab sich für die NürnbergMesse Group im Jahr 2 der Pandemie ein Umsatz in Höhe von rund 70 Mio. Euro (2020: 110,3 Mio. Euro) und ein Verlust von unter 50 Mio. Euro (2020: 68,6 Mio. Euro).

Nach den Worten von CEO Dr. Roland Fleck „blicken wir auf ein Geschäftsjahr 2021 im pandemiebedingten Ausnahmezustand zurück. Durch consequente Kosteneinsparungen, Kurzarbeit und das Verschieben von geplanten Investitionen konnten wir einerseits ein deutlich negatives Ergebnis verhindern. Andererseits haben wir in Nürnberg und auch weltweit einen erfolgreichen Restart im Herbst des Jahres erlebt, der mit seiner hohen Kundenresonanz unser Geschäftsmodell Messe eindrucksvoll bestätigt hat.“ Gleichzeitig habe die NürnbergMesse durch den gezielten Ausbau von digitalen Angeboten die Reichweite ihrer Messethemen erhöht und erstmals mit ihren digitalen Formaten zehn Prozent vom Gesamtumsatz erzielt, ergänzte CEO Peter Ottmann.



V.l.: Peter Ottmann und Dr. Roland Fleck, Geschäftsführer NürnbergMesse. Bild: NürnbergMesse, Ralf Rödel

Durch ihre consequente Kosten- und Investitionsbremse verhinderte die NürnbergMesse ein noch schlechteres Geschäftsergebnis 2021 und leistete dadurch einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der erforderlichen Liquidität. So wurden Sach- und Personalkosten gegenüber den Vor-Corona-Planungen um rund 25 Prozent reduziert.

Verringerte Belegschaft und Investitionseinsparungen

Am Standort Nürnberg sind derzeit 566 Mitarbeiter (NürnbergMesse Group: 943) beschäftigt, eine um rund 10 Prozent (NürnbergMesse Group: 20 Prozent) verringerte Belegschaft im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019. Die Streichung oder Verschiebung von Investitionsvorhaben auf dem Messegelände erbrachte im abgelaufenen Jahr gegenüber den Vor-Corona-Planungen Einsparungen in Höhe von knapp 70 Mio. Euro, was einem Rückgang von knapp 90 Prozent entspricht.

Nach rund 19 Monaten ohne Präsenzveranstaltungen und insgesamt 243 Tagen mit Veranstaltungsverbot feierten verschiedene Branchen im Herbst 2021 einen erfolgreichen und emotionalen Messe-Restart, darunter Fachpack, it-sa, FeuerTrutz, ConSozial und die Kommunale. Auch Gastveranstaltungen wie die Messe Biogas begeisterten Aussteller und Besucher unter den geltenden Hygienevorschriften gleichermaßen. „Durch ihre Teilnahme bekräftigten sie einmal mehr die Bedeutung unserer Eigen-, Partner- und Gastveranstaltungen als wichtige und unverzichtbare Plattformen für die jeweiligen Branchen und als Wirtschaftsmotor für die Metropolregion“, unterstrich Roland Fleck abschließend. DK

CSU-Bezirksverband Mittelfranken:

Ja zu bäuerlicher Landwirtschaft

Georgensmünd/Mittelfranken. „Die CSU steht zu unserer heimischen, bäuerlichen, familiengeführten und bodengebundenen Landwirtschaft“, so CSU-Bezirksvorsitzender und Innenminister Joachim Herrmann. Es sei im ureigenen Interesse aller, vielfältigste Lebensmittel aus heimischer Produktion und in der Gesamtbilanz autark zur Verfügung zu haben. Die Landwirtschaft sei systemrelevant.

Bei einer Vorstandssitzung hatte sich der CSU-Bezirksverband Mittelfranken die Situation der Landwirtschaft als Schwerpunktthema vorgenommen und tagte unter Einhaltung der Hygienevorgaben im „Kuhcafé Mäbenberg“ im gleichnamigen Georgensmündener Ortsteil mit direktem Blick auf den modernen Kuhstall mit freilaufenden Tieren. Dabei waren sich alle Teilnehmer einig: „Die CSU war, ist und bleibt die politische Ansprechpartnerin für unsere Bäuerinnen und Bauern“.

Für Marlene Mortler, seit Juli 2019 Mitglied im Europäischen Parlament und dort unter anderem im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung tätig, „arbeiten unsere Bäuerinnen und Bauern nicht nur in der Natur und mit der Natur, sondern auch unter ständiger Beobachtung“. Transparenz sei wichtig, aber alle Landwirte wegen weniger „schwarzen Schafe“ unter Generalverdacht für alles Mögliche zu stellen, dagegen verwarfte sich die Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der CSU vehement.

Zu kämpfen hätten die Landwirte vor allem mit dem Preiswettbewerb im Lebensmittelhandel, verursacht durch die Marktmacht weniger Konzerne, der letztlich zu Lasten der Erzeuger gehe. „Viele gehen deshalb neue

GZ PINOS WELT

Zu den unbedingten Vorteilen eines Katzenlebens gehört es, über sehr viel freie Zeit zu verfügen, die man sinnvoll nutzen kann. Die Nahrungsbeschaffung übernimmt ja der Mensch, jagen ist also nur ein Freizeitvergnügen. Alle anderen Daseinsorgen werden einem auch abgenommen und das einzige, was man eigentlich selber tun muss, ist die Fellpflege und die Maniküre mittels kratzen – beides ein genussvolles Ritual.



Was ich wirklich bedauere ist, dass ich nicht lesen kann. Der Bürgermeister ist ein ausgesprochen vielseitig interessierter Mann, der eine bemerkenswerte Bibliothek sein eigen nennt. Vor allem in den historischen Werken, Biographien und Geschichtsmographien würde ich zu gerne mal blättern. Aber man kann ja ausweichen auf Podcasts, YouTube-Videos, das Fernsehen und aufs Radio. Da gibt es immer wieder in-

Historische Bürde oder staatliches Interesse

teressante Beiträge und Sendungen zu den unterschiedlichsten Epochen und mein Katerhirn wird dadurch durchaus immer wieder angeregt, über die vielen historischen Reminiszenzen, Vergleiche und Metaphern nachzudenken, die so durch die politische Diskussion schweben.

Schauen wir uns doch einmal die derzeitige Krise um die Ukraine an. Da weigert sich die Bundesregierung das zu tun, was alle unsere Verbündeten tun, nämlich Waffen in die Ukraine zu liefern und Soldaten in die ost- und südosteuropäischen EU- und NATO-Partnerländer zu verlegen. Weil – jetzt kommts – Deutschland eine historische Bürde trage. Wenn man die Geschichte von der dritten polnischen Teilung bis zum Zweiten Weltkrieg überblickt, wäre es wahrscheinlich die erste und wichtigste Verpflichtung, die Deutschland hat, Polen und das Baltikum zu schützen – durch Truppen und Gerät.

Natürlich hat Russland nach dem deutschen Angriffskrieg 1941 einen schrecklichen Blutzoll an Gefallenen und zu Tode geschundenen Kriegsgefangenen zu beklagen gehabt. Aber das hatten alle Völker der Sowjetunion – von Kasachen über Armenier bis zu Usbeken, von Ukrainern über Belarussen bis zu Georgiern. Letztere

drei Völker klagen derzeit über russische Aggressionen. Zuerst verwüstet wurden Belarus und die Ukraine, Minsk zum Beispiel wurde anders als Moskau im Krieg vollständig zerstört. Die ersten Zivilisten, die unter dem Überfall litten, waren Belarussen und Ukrainer, in diesen Republiken wurde als erstes die jüdische Bevölkerung vernichtet.

Also wäre eigentlich doch die Lehre aus der Geschichte, dass Deutschland alles tun muss, um den Frieden zwischen den Nachfolgestaaten der Sowjetunion aufrecht zu erhalten, oder? Und wenn das mit Hilfe von Waffenlieferungen möglich ist, weil damit eine Unterlegenheit ausgeglichen werden kann ...

Aber da ist ja auch noch der erste Lehrsatz der Realpolitik, den Charles de Gaulle einmal in die Worte gefasst hat „Staaten haben keine Freunde, sie haben Interessen“. Wenn es Deutschlands Interessen nutzt, liefert es Waffen bis zum Abwinken, etwa nach Ägypten, das der zuverlässige Stabilitätsanker in einer der unruhigsten Weltgegenden ist. Wir wollen da Ruhe, also versetzen wir ein Partnerland dazu in die Lage – das ist Realpolitik und anders als politische Romantiker meinen, ganz und gar nicht verwerflich. In Russland haben wir halt andere Interessen – Öl und Gas. Wie man aber erstaunt hören konnte, hat die deutsche Außenministerin beim ersten Moskau-Besuch auch die Frage einer Aufforstung in Russland diskutiert – weil das so schön viel CO2 binden würde, wenn die unendlichen russischen Wälder noch etwas unendlich würden. Vielleicht sollen so die Bäume kompensiert werden, die in deutschen Wäldern wegen des Baus von Windrädern gefällt werden müssen? Ich weiß es nicht. Aber wenn man sich angesichts von riesigen Truppenkonzentrationen, Manövern zu Lande, in der Luft und auf drei Meeren über forstwirtschaftliche Fragen austauschen kann, gibt dies dem Begriff von der Softpower eine ganz neue Bedeutung.

Ich glaube an die Stärke der Diplomatie und ich glaube nicht daran, dass die Russen ein aggressives Volk sind. Aber dennoch sollten alle die Worte von Camilo José Cela bedenken: „Es gibt zwei Klassen von Menschen: Die, die Geschichte machen und die, die sie erleiden.“

Ihr Pino

vom BBV formulierten Maßnahmen vor allem eine spürbare Entlastung von bürokratischen Vorgaben und den Erhalt des „Produktionsfaktors Boden“.

ten Forschung und Lehre beispielhaft Hand in Hand“.

Im mittelfränkischen Triesdorf gebe es neben Forschungs- und Wissenstransfer eine „moderne Qualifizierung für nachhaltige Erzeugung von landwirtschaftlichen Rohstoffen und Nahrungsmitteln“, meinte auch Bezirksrat Hans Popp, Beauftragter des Bezirkstages für diese Bildungseinrichtung. Er plädierte für den weiteren Ausbau des Bildungsangebotes für alle gesellschaftlichen Gruppen, um einen breit angelegten „Bürgerdialog“ zu ermöglichen.

Günther Felßner nannte die Zielvorgaben der neuen Bundesregierung vor allem für kleine landwirtschaftliche Betriebe „besonders belastend“. Wie bei der Energie dürfe man sich auch bei Nahrungsmitteln nicht von Importen vor allem aus Ländern abhängig machen, wo deutsche Standards nicht eingehalten würden. Deutschland sei ohnehin bereits Netto-Importeur von Agrargütern. Zum Erhalt und Ausbau der Ernährungssouveränität brauche es neben vielfältigen und

Auch die „massiv steigenden Strompreise und eine zu erwartende gigantische Versorgungslücke bei falschen Weichenstellungen“ beschäftigte den CSU-Vorstand. Nur neue Technologien, auch zur Speicherung von Energie, könnten die Grundlastversorgung gewährleisten. „Zur Energiewende braucht es mehr als Photovoltaik und Windkraft“, sagte Artur Auernhammer, agrarpolitischer Sprecher der CSU im Deutschen Bundestag. „Eine ökologische Energiewende findet überwiegend im ländlichen Raum statt“, meinte CSU-Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann, „was nur mit der Landwirtschaft als Partner funktionieren kann“. Marlene Mortler ergänzte: „Der landwirtschaftliche Partner bietet als einzige Branche im Bereich Biogas grundlastfähige Energie, denn im Gegensatz zu Sonne, Wind und Wasser steht die Biomasse rund um die Uhr zur Verfügung“. Energiewende und Landwirtschaft werden Hauptthemen des mittelfränkischen Bezirksparteitags im Juli werden. pmw



V.l.: CSU-Bezirksvorsitzenden Joachim Herrmann, Europaabgeordnete Marlene Mortler und Günther Felßner. Bild: pmw

Umbau der Kirschbaumühle in Lichtenfels:

FADZ erhält vom Bund 11 Millionen Euro Fördermittel

In Lichtenfels wird die Zukunft greifbar: Der Zweckverband Forschungs- und Anwendungszentrum für digitale Zukunftstechnologien (FADZ) erhält 11 Mio. Euro Fördermittel für den Umbau der historischen Kirschbaumühle. Die Mittel kommen aus dem Förderprogramm „Maßnahmen zum nationalen Klimaschutz – Lernen am CO2-neutralen Alltagsbau“ des Bundesumweltministeriums.

Ziel ist die Eröffnung im Jahr 2026. Bis dahin sollen die Aktivitäten des FADZ im „Machbar“ stattfinden, sowie kontinuierlich ausgebaut werden. Neben Werkstatt, Repair-Café und digitalem Klassenzimmer soll im „Machbar“ auch der neue Studiengang „Additive Manufacturing and Lightweight Design“ der Hochschule Coburg einziehen. Lichtenfels wird damit zum Hochschulstandort.

Besonders freut sich Erster Bürgermeister Andreas Hügerich über diese großartige und nicht gerade alltägliche Förderung: „Lichtenfels erhält damit die Möglichkeit, bei der Sanierung

der Kirschbaumühle als Modellprojekt, einen ernsthaften Beitrag zur Einsparung von CO2-Emissionen zu leisten. Die energetische Sanierung des Gebäudes soll mit nachwachsenden, ressourcenschonenden Rohstoffen erfolgen. Die Versorgung mit erneuerbaren Energien nimmt eine zentrale Rolle ein. Ziel ist die deutliche Einsparung von Treibhausgas-Emissionen gegenüber einem vergleichbaren Neubau von ca. 60 Prozent.“

Landrat Christian Meißner betont die Wichtigkeit des FADZ, die weit über die Stadt und den Landkreis hinausstrahlt. „Mit dem im Herbst 2021 gegrün-

deten Zweckverband FADZ von Stadt und Landkreis Lichtenfels steht die Politik hinter diesem großartigen Projekt. Das deutliche Votum der Stadt- und Kreisräte für die Gründung eines Zweckverbandes ist ein klares Signal, dass wir aktiv an der Umsetzung des FADZ mitgestalten wollen und auch Verantwortung übernehmen. Schließlich ist der Zweckverband u.a. für die Sanierung der Kirschbaumühle verantwortlich.“

Eine grandiose Gemeinschaftsleistung

Der erste Vorsitzende des FADZ Fördervereins, Frank Carsten Herzog, bedankt sich für die hervorragende Unterstützung aus Berlin: „Zu den Bundesmitteln fließen weitere 1,5 Mio. Euro von Seiten des Zweckverbandes dem Projekt zu. Mehr als 2 Mio. Euro investieren außerdem heimische Wirtschaft und private Hand. Finanziert wird damit der Umbau des ‚Machbar‘ in der Laurenzstraße in Höhe von 1,1 Mio. Euro. Die übrigen 900.000 Euro sind für die Finanzierung erster Geräte und Maschinen und künftige Personalkosten vorgesehen. Alles zusammengenommen sind das beeindruckende 14,5 Mio.

Euro für ein Zukunftsprojekt in Lichtenfels. Eine grandiose Gemeinschaftsleistung von Politik, Wissenschaft, Ehrenamt und Wirtschaft.“

„Das FADZ in Lichtenfels wird ein echtes „Leuchtturmprojekt“ mit Strahlkraft für ganz Oberfranken“, betont Andreas Schwarz, SPD- Abgeordneter im Haushaltsausschuss.“ Anette Kramme ergänzt ihren Kollegen: „Für Lichtenfels eröffnen sich dadurch ganz neue Möglichkeiten. Die Vernetzung digitaler Zukunftstechnologien mit den handelnden Akteuren vor Ort ist ein hervorragender Ansatz, unsere Region nachhaltig zu stärken.“

Der FADZ Förderverein fördert die Gründung, Entwicklung und den Betrieb des FADZ in Lichtenfels als gemeinsame Forschungs- und Transferstelle regionaler Unternehmen und der Hochschule Coburg im Sinne eines „Joint Research Centers“.

Die Korbstadt wird Hochschulstandort

Eng verzahnt mit der Region und zugeschnitten auf die Bedürfnisse der Unternehmen vor Ort wird der neue Master- Studiengang „Additive Manufacturing and Lightweight Design“ der Hochschule Coburg. Die inhaltlichen Schwerpunkte liegen im Bereich Additive Fertigung und Leichtbau mit unterschiedlichen Materialien wie Kunststoff und Metall. Die ersten Studierenden sollen im Oktober mit dem Stu-



Aus den Händen von Anette Kramme, MdB, übernimmt der Vorsitzende des FADZ-Zweckverbandes, Erster Bürgermeister Andreas Hügerich, den Förderbescheid über 11 Mio. Euro vom Bundesumweltministerium. Über diese enorme Fördersumme freuen sich v.r.: MdB Emmi Zeulner, Landrat Christian Meißner, MdB Andreas Schwarz sowie der Vorsitzende des FADZ-Fördervereins Frank Carsten Herzog. Bild: Stadt Lichtenfels

dium beginnen. „Wir etablieren unser neues Studiengangskonzept in Lichtenfels“, betont Prof. Dr. Stefan Gast, Dekan der Fakultät Maschinenbau und Automobiltechnik der Hochschule Coburg. „Die Studierenden lernen projektzentriert und praxisnah. Projektzentriert, weil sie während ihres Studiums gemeinsam ein Projekt erarbeiten. Praxisnah, weil die gewählten Projekte einen starken Anwendungsbezug haben und durch Impulsvorträge aus der Praxis ergänzt werden. Klassischer Seminarunterricht tritt dabei in den Hintergrund. Unsere Lehrenden begleiten die Studierenden als Coaches und vermitteln an den passenden Stellen Wissen und Kompetenzen. Es ist wahnsinnig spannend, welche neuen Möglich-

keiten durch die Räumlichkeiten im ‚Machbar‘ und später auch in der Kirschbaumühle für diesen Studiengang entstehen.“

Überwältigendes Bürgerengagement

Das Projekt steht als Wissens-, Forschungs- und Bildungseinrichtung allen Interessierten offen und wird neben den Geldgebern maßgeblich von ehrenamtlichem Engagement getragen. „Insgesamt sind bislang über 3.500 Stunden Arbeitsleistung unentgeltlich für das Projekt erbracht worden. Dieses Bürgerengagement ist überwältigend und keinesfalls selbstverständlich, wir freuen uns sehr darüber“, sagt Frank Carsten Herzog. □

Vorschau auf GZ 5/2022

In unserer Ausgabe Nr. 5, die am 24. Februar 2022 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energie: Erzeugung, Beschaffung, Speicherung
 - Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
 - Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark
 - Kommunale Museen und Bibliotheken
 - Handwerkliche Dienstleistungen
- Ausstattung und Einrichtung kommunaler Gebäude

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
 www.fahrenn-koch.de info@fahrenn-koch.de

Fahren Koch
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
 Hauptstraße 106
 D-84088 Neufahrn/NB
 T 08773 18-0
 F 08773 18-113
 www.erlus.com

ERLUS
 Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
 www.etsch.de

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
 Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
 sicher, günstig, nah
 erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSE SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN **juwi**

Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.

juwi AG · Martha Müller · 0711/900357-7 · windimwald@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
 www.fahrenn-koch.de info@fahrenn-koch.de

Fahren Koch
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
 Am Gewerberg 23 · D-94069 Schierling
 Tel: 09451 9313-0 · www.fahrenn-koessinger.de

Fahren
 Maste
 Roll-Ups
 Bekleidung
 uvm.

Glasfaserausbau

UG
 Online
 Glasfaser
 Glasfaser

powered by Allianz

VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT.

Jetzt UGG-Glasfaser-Ausbaukapazitäten für 2022 sichern unter: **0800 410 1410 111**

Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning

Informationssicherheit und Datenschutz

insidas
 INFORMATIONSSICHERHEIT DATENSCHUTZ

Daten sind das wichtigste Thema des 21. Jahrhunderts. Sind Sie vorbereitet? Kontaktieren Sie uns für eine professionelle, nachhaltige und tatkräftige Unterstützung in Sachen Datenschutz und Informationssicherheit. Tel.: 0871 205494-0 oder vertrieb@insidas.de

www.insidas.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.

Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de **schweitzer**
 Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

KFB Leasingfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
 Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de **KFB**

Abonnieren Sie unseren **KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
 Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
 93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
 95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
 97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
 Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
 Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

HOCHEFFIZIENTE WÄRME- / KÄLTERÜCKGEWINNUNG

Ein Schritt der Energiepreiserhöhung voraus

Betriebskostenkontrolle für Ihre Lüftungsanlagen

- Betriebskosteneinsparung durch hohe Effizienz und Betriebssicherheit
- Maximale Hygiene - keim- u. schadstoffübertragungsfrei
- Redundant, betriebssicher, hocheffizient
- Reduzierung der vorzuhaltenden Heiz-, Kühl- und Elektroleistungen
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich
- Nachrüstung / Sanierung im Bestand

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
 Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de **SEW**

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

GemeindeZeitung auf folgenden Social Media Kanälen:

[f](#) [i](#) [t](#) [t](#) [y](#)